

Die Corona-Krise und das neue Nachdenken als Anschubskraft für einen Green Deal?

Was taugt der New Deal als Vorbild?

Von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Abgeschlossen Mitte Juni 2020

Text 167

Hinweis:

Die beiden nachfolgenden Meldungen waren ursprünglich der Anlass für diesen Text, der von mir am 17. Mai 2020 begonnen, aber gleich unterbrochen werden musste und ab dem 4. Juni 2020 fortgeführt wurde:

Schöne neue Schuldenwelt

In der Corona-Krise steuern Deutsche und Europäer auf finanzielle Abgründe zu. Staaten und EZB legen nie da gewesene Billionenprogramme auf. Experten sprechen vom größten geldpolitischen Experiment der Geschichte. Kann das alles gut gehen? Von Matthias Koch

und „**Das Urteil schadet Deutschland**“ / Der frühere EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Anleihekäufen / Ein Interview von Marina Korbaki

Beide Texte erschienen in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 15. Mai 2020

Das spontane Bedürfnis, diese Meldungen zu kommentieren hat sich inhaltlich durch die Unterbrechung und nachfolgende Meldungen verschoben. Den ersten HAZ-Artikel spreche ich nachfolgend nur indirekt an. Das Interview von Marina Korbaki kommentiere ich zum Schluss.

Zwischenzeitlich böten sich neue Schlagzeilen als Überschrift für meine Darlegungen an. Zum Beispiel aus der HAZ vom 5. Juni 2020 : „**Die EZB geht in die Billionen** / Die Zentralbank weitet ihr Anleihenkaufprogramm massiv aus – und will weitere 600 Milliarden Euro dafür investieren. Ihrer Ansicht nach wird die Erholung der Wirtschaft Jahre dauern.“ und am nächsten Tag: „**Die Europäische Zentralbank kommt unter Zugzwang** / Sind 750 Milliarden genug? ...

Für ein **Inhaltsverzeichnis**, bestehend aus Stichworten, mit denen sich spezielle Aussagen oder Themen leichter finden lassen, fehlt mir z. Z. der Schwung.

Dieser Text hat vier Teile:

Der Rückblick	Seite 1
Blick in den Gegenwart	Seite 11
„Das Urteil schadet Deutschland“	
Kommentare zu den Aussagen vom Martin Schulz MdB	Seite 62
Schlussbemerkung mit Immanuel Kant	Seite 75

Anhang: Frankfurter Rundschau vom 1. 06. 2020

Thema Verschuldung „Her mit den Negativzinsen“ von Beate Bockding	Seite 78
--	----------

>> Ich muss jetzt zu meiner Kette der Aneinanderreihung von Meldungen, Meinungen und Einsichten das Ende finden.<<, habe ich am Ende meiner Ausführungen geschrieben. Der Text ist mehr ein Protokoll des eigenen Denkprozesses, als das Ergebnis einer werbenden gelungenen Botschaft für eine andere Politik, die uns hilft, nicht wie die Lemminge kollektiv in den Abgrund zu stürzen. Wenn auch der Massensuizid der Lemminge von Menschen inszeniert worden sein soll, ist es ein taugliches Bild dafür, wie Menschen sich selbst durch eigenes Versagen in Bedrohungslagen bringen können, die Tod und Elend für Massen von Menschen zur Folge haben.

Meine Frau sagt, dass ich mich wiederhole. Sie hat recht, das liegt aber daran, dass die Politik sich ständig im Kreis dreht und keinen wirklichen Fortschritt macht. Wenn der Mangel, den die Politik erzeugt, beständig ist, dann muss die Kritik am Mangel auch beständig sein. Ich merke aber, dass ich müde werde. Sollen andere weiter und es besser machen, als ich es kann. Ich selber will noch auf das Thema *Corona-Krise und die Verfassung* eingehen und wenn dann noch die Energie vorhanden ist, auf das Thema *Europäische Zentralbank*. TA

Rückblick

Ich habe einen alten, nachdenklichen Text in Erinnerung, in dem empfahl der Autor, wenn man sich den Tag nicht verderben wolle, solle man am Morgen keine Zeitung lesen. Davon abgesehen, dass die Zeitungslektüre am Abend einem den Nachtschlaf rauben kann, gilt die Aussage doch auch für Nachrichten, die über das Radio oder Fernsehen vermittelt werden und seit es das Internet gibt, auch für viele Netzbeiträge. Aber wer an dem Geschehen in der nahen und fernen Welt teilnehmen will, ist auf Nachrichten angewiesen, denn für ein solides Urteil reichen die eigenen Erfahrungen und Beobachtungen nicht aus. Wer sich bemüht, sich ein objektives Bild vom Zeitgeschehen zu machen, gerät leicht zwischen die Fronten. Auf der einen Seite schallt der Ruf zu einem herüber „Lügenpresse“, von der anderen Seite kommt als „Echo“ der Ruf „Verschwörungstheoretiker. Bis zu einem gewissen Umfang kann man den Kampf um die politische Deutungshoheit als Würze in der politischen Auseinandersetzung – soweit der Respekt gegenüber dem jeweiligen Kontrahenten gewahrt bleibt – hinnehmen. Aber es gibt ja die Erfahrung, dass dem Schlagabtausch mit Worten sehr schnell einer mit den Fäusten folgen kann. Es sollte daher nicht alles kommentarlos hingenommen werden, was man hört und liest. Aber im Hinblick auf die hier zur Diskussion stehenden Themen, ist es wohl egal, ob man mit sinnvollen oder unsinnigen eigenen Beiträgen darauf reagiert, weil ich den Eindruck habe, dass der Aufklärungswille bezüglich des Währungs geschens heute genauso unzulänglich ist wie in der Weimarer Republik. Man muss daher davon ausgehen, dass sich der Untergang einer deutschen Republik (sicher in anderer Form) wiederholt. Alle Einsprüche von Einzelbürgern und kleinen organisierten Gruppen werden vergeblich sein. Der Kampf um die sachliche Wahrheit wird wieder mit Gewalt entschieden werden.

Das heißt dann aber, dass die Medien ihre Aufgabe als Anreger bei der Problemerkennung und der Lösung von politischen und ökonomischen Problemen und ihrer Rolle als Kontrolleure der demokratischen Gewalten wieder nicht gerecht werden. Aber dazu, dass wir erneut düsteren Zeiten entgegengehen, gibt es Anzeichen, aber keine eindeutigen Signale. Es kann immer anders kommen, als man erwartet. Ich will damit nur sagen: Ich mache mir keine Illusionen, die Versuche meiner Freunde im Geiste und meine eigenen, die Diskussionen um Währung und Wirtschaft mit Ergänzungsinformationen zu befruchten, wird heute wie jene Bemühungen der Vertreter der Freiwirtschaftsschule in der Weimarer Republik und in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg mit großer Wahrscheinlichkeit nicht gelingen.

Es ist ja noch nicht lange her, dass unser Bundespräsident Walter Steinmeier aus Anlass des Endes des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren an die Herrschaft der NSDAP erinnerte. Das Wort von der Befreiung trifft sicher auf den Nationalsozialismus zu, deckt aber nicht den ganzen Komplex des Geschehens ab. Die Kriegsgegner Deutschlands wollten nicht die Deutschen befreien, sondern besiegen und wie nach dem Ersten Krieg klein halten. Und die Mehrheit der Deutschen fühlte sich als die Geschlagenen und von der Demokratie und von dem Nationalsozialismus Betrogenen, als die Opfer des Krieges, als die Verzweifelten im Kampf ums Überleben, als Ausgebombte, als Heimatlose durch Flucht und Vertreibung, als die durch eigenes Versagen, die Selbstachtung verloren hatten und als die Gedeemühten in der zugewiesenen Rolle der Mörder,¹

Leider fängt die praktizierte Erinnerungskultur in Deutschland immer erst bei Hitler an. Und wenn man sich doch wagt, etwas weiter in der Zeit zurückzugehen, dann wird noch auf den Antisemitismus und das völkische Denken als Ursache für den Aufstieg der NSDAP verwiesen, die uns das alles eingebrockt hätten. Wenn man diesen Fragen nachgeht, kann man feststellen, dass diese Themenkomplexe nur auf den Neben Bühnen des politischen Zeitgeschehens ihren Platz hatten, nichts erklären, aber heute für die Begründung von Denkverböten dienen und so indirekt einen neuen Nationalismus fördern. Die Zerstörung der Weimarer Republik und damit der Bau der Startrampe für den Nationalsozialismus war das Werk der Demokraten und der Amtsinhaber im Staat (auch auf den Lehrstühlen der Universitäten) durch ihren währungspolitischen Unverstand und ihre Beratungsresistenz in Sachen der Währungszusammenhänge. Besonders die SPD, die noch stark im Marxismus befangen war, hat sich damals massiv gegen neue Einsichten gewährt. Und so konnte der soziale Zusammenhalt der deutschen Gesellschaft zerstört und die Republik aufgrund der Inflation und der

1 Das Ende des Krieges habe ich als elfjähriger Junge im Bollinger Moor im Saterland (in Oldenburg, das bis 1946 ein selbständiges Land in Deutschland war) erlebt. Meine Familie hatte sich gegen Ende des Krieges aus dem Haus in meinem Geburtsort Barßel anm der Grenze zum Ammerland, Ostfriesland und dem Saterland ausquartiert und war auf den Hof der Großeltern am Bollinger Kanal gezogen. Als die Front immer näher rückte, sind wir weiter ins Moor gezogen und haben dort in eine ins Hochmoor gegrabene Behausung gewohnt. Von dort sind wir weiter gezogen in ein Siedlerhaus ohne Stromanschluss und haben im Heufach im Stall geschlafen. Von dort aus konnten wir beobachten, wie der Feind (der gar nicht so schrecklich war, wie wir uns das vorstellt hatten) an uns vorbeizog. Vorher, noch im Moor, hatte ich meinen jüngeren Bruder, Jg. 1939, unter dem Geräusch, das die Artilleriegeschosse erzeugten, vom Barßeler Markt erzählt, den ich noch aus der Vorkriegszeit in Erinnerung hatte und der sicher nach dem Krieg wieder kommen würde. Meine ostpreußische Verwandtschaft, die als Flüchtlinge über Dänemark zu uns gekommen war und in Elisabethfehn Quartier gefunden hatte, hat das Kriegsende in ähnlicher Weise im Moor erlebt. Meine Großmutter Esther war auf der Flucht mit einem krank gewordenen Enkel zurückgeblieben. Sie kam erst nach dem Krieg bei uns an. Tote und Verletzte waren in meiner Familie auch zu verzeichnen. Da ich zum Jahrgang 1934 gehöre, habe ich einen anderen Blick auf diese Zeit als jene Mitbürger, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden.

folgenden Deflation als Startrampe für den Nationalsozialismus vorbereitet werden.
Ich verdeutliche das Gesagte mit wenigen Zitaten.² Bei Nahum Goldman ist in seinem Buch „Mein Leben USA. Europa. Israel“ 1981, auf der Seite 8 zu lesen:

Die Kurve meines Lebens und meiner Tätigkeit, ... ,begann gewissermaßen an einem Gipfel jüdischer Existenz – der Lage der Juden in der Weimarer Republik, dem erfolgreichsten und schöpferischsten Kapitel der gesamten jüdischen Galut-Geschichte – doch mit dem Wachstum der nationalsozialistischen Partei und besonders mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, führte die Linie abwärts, in eine entschiedene antisemitische Politik, ...

Um meinen jüdischen Parteifreud Fred Braun aus der Anfangszeit der GRÜNEN verständlich zu zitieren, muss ich kurz den Hintergrund schildern. 1983, als die Zuwanderer aus den K-Gruppen DIE GRÜNEN auf einen roten Kurs bringen wollten, benutzten sie gerne die *Faschismuskeule*, um die Mitglieder aus der jungen Partei herauszudrängen, die ihnen nicht in den Kram passten. Das wohl älteste Gründungsmitglied der GRÜNEN Hermann Müller hatten sie aufgrund eines Flugblattes auch im Visier. Ich hatte in einer kleinen Schrift zur Verteidigung von Hermann Müller geschrieben:

Die NSDAP war am Beginn eine Bewegung, eine Bewegung, die eine Not wenden sollte, also keine Diktatur, eine Bewegung, wie die Bewegung der Grünen heute, bei der man auch manche Unebenheiten in Kauf nimmt, in der Hoffnung, daß sich das Gute durchsetzt. Nun unterstelle mir keiner, ich hätte gesagt, die Grünen hätten die gleichen Inhalte, wie die Nationalsozialisten. Sagen will ich, daß politische Bewegungen aufgrund von Problemlagen entstehen, daß politische Bewegungen in die Irre gehen können, und daß wir heute leicht über die damalige Zeit urteilen können, zumal wir uns das damalige ökonomisch-soziale Elend gar nicht so recht vorstellen können. Ich hoffe nur, daß in fünfzig Jahren über die grüne Bewegung Besseres berichtet werden kann als über die braune.³

Das war für die „lieben“ Freunde ein Grund, mir ein Parteiausschlussverfahren anzuhängen. In Wirklichkeit wollte man damit die ganze freiwirtschaftlich orientierte Gründungsgruppe lahmlegen. In diesem Zusammenhang schrieb mir Fred Braun damals:

2 Die Zitate habe ich auch schon in anderen Texten verwendet, aber wer nicht nur das Negative über die Deutschen sucht, wird auch andere Quellen finden, die die Inhalte bestätigen.

3 Der ganze Vorgang kann hier nachgelesen werden:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/8.2%20Parteiausschlussverf.pdf>

Und über meinen Mein Abschied von den GRÜNEN (Vor einer Wahl ohne Chancen für eine bessere Politik) hier:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.0%20Abschied%20von%20den%20GRUENEN.pdf>

Lieber Tristan Abromeit,
Nochmals darf ich Dir danken für die kleine Streitschrift. Selbstverständlich, was auf Seite 8 festgestellt wird, ist einfach richtig. Von dem Elend, das damals überall herrschte, kann sich die nachgeborene Generation nur sehr beschränkt eine Vorstellung machen. Jedermann wusste tief im Inneren: So geht es nicht weiter. Und es gab nur 2 Parteien, die jedenfalls behaupteten, sie brächten eine Wende, wenn sie an die Macht gelassen würden, die KPD und die NSDAP. Und selbstverständlich war die grosse Masse auch der NSDAP-leute keine Buerger, die Konzentrationslager einrichten wollten, die sich auf Mord und Krieg vorbereiteten, sondern einfach, die wieder Arbeit, anstaendige Löhne und Gehälter usw. sehen wollten. Das gleiche galt natuerlich ebenso für die KPD.

Fred Braun ist damals zur KPD gegangen. Kam ins KZ und konnte nur dank seiner „arischen“ Verlobten auswandern.

Der Schauspieler Victor de Kowa⁴ schildert in seiner Schrift "Katechismus des gesunden Menschenverstandes", 1948, wie sein Bruder in der damaligen Zeit auf Beerdigungen gegangen ist, um zu erfahren, ob der Verstorbene vielleicht einen Arbeitsplatz geräumt hat. Er schreibt dann:

Mein Bruder gab eine Annonce in die Zeitung: „Junger Mann aus gutem Hause mit höherer Schulbildung, arbeitswillig, sucht Stellung.“ Auf die Annonce hatte sich niemand gemeldet. Tags später gab mein Bruder noch eine Annonce auf: „Junger Mann, gesund und kräftig, mit Pflicht- und Ehrgefühl, zu jeder Arbeit bereit, sucht sofort Stellung.“ Ich verdiente noch nicht genug, unser Vater war ein Opfer des Krieges geworden, meine Mutter kränkelte, und da schoß mein Bruder seinem jungen Leben eine Kugel in den Mund.

Aber schon 1924 fügte Dr. Max Sternberg, ein jüdischer Arzt aus Emden, in seiner Schrift „Warum und wie zur Freiwirtschaft“ ein fiktives Gespräch zwischen Stinnes und Sozialdemokraten ein und das lautet so:

Es war in den Sturmtagen des November 1918. Am Schlosse in Berlin war die rote Flagge hochgegangen. Im Gebäude des "Vorwärts" saßen die Führer der siegreichen Sozialdemokratie und überlegten: "Was nun?" Da öffnete sich die Türe und herein trat Stinnes. Und Stinnes sagte: "M. H. Ich und meine Klassengenossen sind zur Zeit, warum soll ich es nicht aussprechen, vollständig ohnmächtig. Wir können nicht und wollen auch nicht Ihnen gegenüberreten. Sie sollen die politische Macht haben, wie Sie sie ja schon seit Jahren verlangt haben. Sie sollen in der Republik den Präsidenten stel-

4 Mit Curt Jürgens in Des Teufels General
[https://de.wikipedia.org/wiki/Des_Teufels_General_\(Film\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Des_Teufels_General_(Film))

len, Ihre Führer sollen auf Ministersesseln Platz nehmen, sollen Regierungspräsident, Oberbürgermeister, Landrat werden, kleinere Führer sollen Sekretär werden, und ganz kleine Führer sollen fortab morgens nicht mehr mit dem Handwerkszeug zur Arbeit, sondern mit der Mappe unter dem Arm zum "Dienst" gehen. So, m. H., sollen Sie die politische Macht haben. Wir haben auch nichts dagegen, wenn Sie "verlangen", daß die "geeigneten" Betriebe sozialisiert werden. Nur eins bedingen wir uns aus: An unserer bewährten Goldwährung dürfen Sie nicht rütteln. Sagen doch alle unsere Sachverständigen, daß die Goldwährung die einzig gute Währung sei. Wer von Ihnen hat sich denn bislang um Währung bekümmert? Hat denn Ihr Marx irgend ein Wort von Währung gesagt? Aber Marx ist ja in einer sehr schwer verständlichen Schreibweise geschrieben, und wenn Sie auch seinen Namen ständig im Munde führen, so hat doch wohl von zehntausend seiner Anhänger kaum ein einziger seine drei Bände vom Kapital durchgearbeitet. Sie haben aber ein vorzügliches Lehrbuch der Marxschen Lehre, in der "Neuen Zeit" von Kautsky, dem Oberhüter der Marxschen Lehre, auf das Wärmste empfohlen. Sie kennen es ja alle. Es heißt: "Karl Marx, sein Leben und seine Lehre" von Beer (N. B. Auch zu kaufen in der sozialdemokr. Buchhandlung in der Kranstraße in Emden.) In diesem Buche kommt das Wort Währung überhaupt nicht, und das Wort Geld nur ein einziges mal vor. Also, was geht Sie Geld und Währung an? Wenn Sie demmaleinst den "Zukunftsstaat" fertig haben, gewiß, dann mögen Sie auch meinetwegen Ihr "Zukunftsgeld", wie es Bebel uns in der "Frau" geschildert hat, einführen, aber bis dahin dürfen Sie nicht das jahrtausende alte und bewährte Geldsystem und unsere Währung ändern."

Als Stinnes so gesprochen hatte, antwortete der Führer der Sozialdemokratie: "Sie haben Recht, Herr Stinnes. Wenn wir die politische Macht haben, dann werden wir die Sache auch schmeißen, dann sozialisieren wir die Betriebe, aber von der Sozialisierung des Geldes, an die Sie jedenfalls denken, davon steht in unseren Lehrbüchern wahrhaftig kein Sterbenswörtchen, also ist sie auch unnötig oder gar fehlerhaft. Seien Sie unbesorgt, unsere Goldwährung lassen wir in Frieden, ja unsere rote Garde soll als Wächter vor sie hingestellt werden.' Da ging Stinnes hinaus und sagte zu seinen Freunden: "Das Ding haben wir mal wieder fein gedreht. Die Toren da drinnen denken nicht einmal an die alte Volksweisheit: "Geld regiert die Welt." Die Toren da drinnen haben die Republik, aber keine Gebrauchsanweisung, und ich, ich gebe sie ihnen nicht. Die da haben die scheinbare Macht, nämlich die politische, ich aber, ich habe die wirkliche Macht, die Geldmacht. Die da haben die Hülle, ich aber habe den Kern. Die da werden in ihrer Blindheit mit der Tätigkeit der Notenpresse, mit der Helfferich angefangen hat, ruhig oder vielmehr mit verstärkter Macht fortfahren und damit ist ihr Bankrott besiegelt. Was an mir liegt, soll alles geschehen, daß das Tempo der Notenpresse immer schneller gehen wird. Die Zeitungen werde ich aufkaufen. Sie mögen dann über die Notwendigkeit der Republik schreiben, wie sie wollen, aber über Geld und Währung sollen sie nichts schreiben, oder nötigenfalls nur so, daß das Volk weiter dumm gehalten wird. Wenn dann durch die Währungspuscherei allmählich die Zeit kommt, wo die Milch 20 Milliarden, das Brot 100 Milliarden kostet, wenn dann die Massen hungern, arbeitslos sind, dann werden wir die Arbeiter, nachdem sie

sich gegenseitig zerfleischt haben, schon wieder unter das Joch des Kapitalismus vollständig niederzwingen. Ob aber das Volk trotz aller Verdunkelungstätigkeit meiner Presse doch nicht merken wird, wo die Wurzel allen Übels steckt? Nein, ich kenne die Wirkung der Presse. Die Presse wird ihre Schuldigkeit tun und wird dem braven Michel die Schlafmütze über die Ohren ziehen, und die Parteibonzen aller Parteien, ich sage ausnahmslos aller Parteien, werden sie bei dieser Tätigkeit unterstützen. Und wenn die Not im Volke gar zu arg wird, nun, wozu hätten wir dann die lieben Juden? Hier müssen unsere Freunde von der deutschnationalen Volkspartei einsetzen. Sie werden das Volk schon dahin "aufklären", daß nur die Juden an allem Unglück Schuld sind. Sie werden die Massen mit nationalen Phrasen benebeln. Auf eine frisch, fromm, fröhliche Judenhetze ist ja von jeher das dumme Volk hereingefallen, wenn die bevorrechtigten Klassen in Gefahr gerieten, an ihrer bevorzugten Stellung Einbuße zu erleiden. So 1811, 1849, 1880. Somit fasse ich mein Urteil dahin zusammen: Voll Vertrauen in die Zukunft geblickt, denn die Notenpresse wird mit unfehlbarer Sicherheit die Nobemberleute zum Bankrott bringen." ...

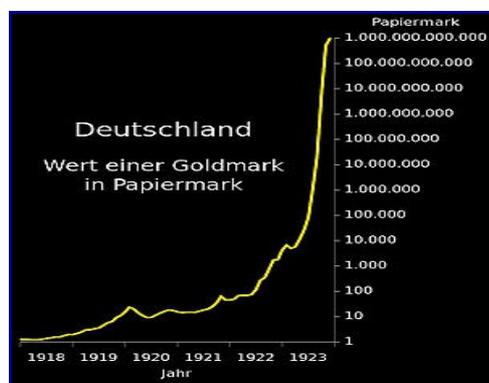
http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.2.1%20Sternberg%20Warum%20FFF.pdf in der Originalfassung

http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.2.2%20Sternberg%20Warum%20FFF%202.pdf als Zeitschriftenserie

Im Historischen Lexikon Bayerns ist von Helmut Braun über die **Inflation**, 1914-1923 zu lesen:

Die Graphik verdeutlicht den rapiden Verfall der Währung zwischen 1918 und 1923. Ende 1923 war eine 1 Goldmark fast 1 Billion Papiermark wert. (Graphik von [Dephi234](#) lizenziert durch [CCO](#) via [Wikimedia Commons](#))

Die Inflation, die schon während des Ersten Weltkriegs begann, konnte nach Kriegsende nicht gestoppt werden, da weiterhin Staatsausgaben durch Schulden finanziert wurden. Im Krisenjahr 1923 erreichte die Geldentwertung als Hyperinflation ihren Höhepunkt. Profiteure der Inflation waren alle Kreditnehmer (Staat, Unternehmer, Landwirte), da diese problemlos ihre nun wertlos gewordenen Schulden tilgen und Investitionen finanzieren konnten. Auf Bezieher fester Einkommen und Inhaber von Wertpapieren wirkte sie dagegen entzweyend.



https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Inflation,_1914-1923

Die Behauptung des Verfassers, dass die Inflation nicht gestoppt werden konnte, ist nur richtig, wenn man den Verantwortlichen für die Währung zubilligt, dass sie keine Ahnung von der Währung hatten. Aber wenn sie etwas von der Währung verstanden und so handelten wie geschehen, dann haben sie ein großes Staatsverbrechen begangen, das weitere Verbrechen vorbereitete. Erst hat Deutschland den Krieg und danach den Staatshaushalt mit der Notenpresse finanziert. Es ist eine Methode, die heute wieder praktiziert wird. Wenn die Inflationsrate trotzdem noch niedrig ist, liegt es daran, dass das zusätzliche Geld bisher noch wenig die Preise des Konsumgütermarktes hochtreibt, sondern nur ein Teil davon die Vermögenspreise. Der weitere Geldüberhang befindet sich in Geldhorte im In- und Ausland. Dieses inaktive Geld stellt aber eine Gefahr für die Geldwert-Stabilität dar. Wenn es im größeren Maß zu einem Vertrauensverlust in der Euro-Währung kommt, wird der jetzige Geldüberhang in die Märkte strömen und dadurch seine Kaufkraft entwerten, weil dann der vergrößerten Nachfrage in Geld keine entsprechend größeres Angebot an Leistungen und Güter im Markt angeboten werden. Das in der Corona-Krise begehrt gewordene Toilettenpapier wird dann leicht pro Paket 1000 Euro kosten.⁵

Nun zur **Deflation**: Unter dem Link <https://www.gevestor.de/details/die-deflation-in-deutschland-1929-567303.html> ist u. a. zu lesen:

Globale Deflation in Deutschland während der Weltwirtschaftskrise 1929

Verantwortlich für die weltweit wirksame Deflation waren die Überproduktion nach dem Ersten Weltkrieg, der Schwarze Donnerstag an den US-Börsen und die verfehlte Politik der US-Notenbank, die die Geldmenge um 30 Prozent senkte.

Die eigenen Probleme veranlassten die USA, ihre hohen Kredite von Deutschland zurückzufordern.

Die Begleichung der Schulden erfolgte dabei hauptsächlich in Gold. Da das umlaufende Geld im Deutschen Reich nur zu 40 Prozent durch Gold und Devisen gedeckt sein musste, wirkte sich der Goldabfluss auf die Geldmenge aus.

Die Geldmenge sank dadurch drastisch. Auch der Geldumlauf verringerte sich ebenso schnell. Dies hatte zur Folge, dass die Gehälter sanken, die Preise einbrachen und die Arbeitslosigkeit auf mehr als sechs Millionen stieg. Das entsprach einem Anteil von 20 Prozent der Erwerbsbevölkerung.⁶ Die damalige Regierung und die Arbeitgeber fachten die Krise noch weiter an, da sie durch Sparmaßnahmen und Lohnkürzungen die Deflation ver-

⁵ Das ist keine errechnete Zahl, sondern nur eine Möglichkeit, die das Problem verdeutlichen soll.

⁶ In einem Artikel vorher auf dieser Internetseite hieß es, das die Quote 40% betrug. Hier liegt ein Übertragungsfehler vor. Siehe auch die nächste Fußnote.

schärften.

Die Deflationspolitik des Reichskanzlers Heinrich Brüning war während dieser Weltwirtschaftskrise durch eine strikte Haushaltssanierung gekennzeichnet.

Das Ziel war eine Gesundschumpfung der deutschen Wirtschaft.

Die niedrigeren Preise sollten deutsche Produkte auf dem Weltmarkt attraktiv machen und der Export sollte dadurch angekurbelt werden.

In einer anderen Quelle ist zu lesen:

Historische Arbeitslosenzahl in der Weimarer Republik 1926-35

Veröffentlicht von Bernhard Weidenbach, 10.02.2020

Im Jahr 1927 waren im Deutschen Reich der Weimarer Republik rund 1,5 Millionen Menschen arbeitslos. Die durch den Börsenkrach an der Wallstreet ausgelöste Weltwirtschaftskrise führte zu einem enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit, so dass sich 1931 die Arbeitslosenzahlen bereits verdreifacht hatten. 1932 wurde mit rund 5,6 Millionen Arbeitslosen das Maximum erreicht.⁷

Volkseinkommen im Vergleich

In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg war das Volkseinkommen der jungen Republik schnell gestiegen und erreichte 1928 und 1929 einen Höchststand von umgerechnet knapp 43 Milliarden Euro. Auch hier zeigte sich jedoch ein deutlicher Einbruch als Folge der Weltwirtschaftskrise: Bis 1932 sank das Volkseinkommen auf rund 25,3 Milliarden Euro.

Folgen der Krise

Die hohe Arbeitslosigkeit trug zu einer zunehmenden Ablehnung der Republik und Demokratie in der Bevölkerung bei: Bei den Reichstagswahlen von 1930 konnten radikale Parteien beider Ränder wie die NSDAP und die KPD Zugewinne verbuchen, die sich für die NSDAP bei den folgenden Reichstagswahlen noch steigerten. 1933 übernahm die NSDAP die Macht, schaffte die Demokratie ab und errichtete eine völkische Diktatur, in der jüdische Menschen, Sinti und Roma, Homosexuelle und politisch Andersdenkende verfolgt und ermordet wurden. Im Völkermord an der jüdischen Bevölkerung Europas – dem Holocaust – wurden mehr als sechs Millionen Menschen jüdischen Glaubens ermordet.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/277373/umfrage/historische-arbeitslosenzahl-in-der-weimarer-republik/>

Schneller als eine Inflation – besonders wenn sie mäßig ist – führt eine Deflation in die Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit und zunehmender Zahl von Konkursen. Das liegt einfach daran, dass die Inflation den Geldkreislauf stimuliert, weil viele Marktteilnehmer lieber eine notwendige oder geplante Anschaffung vornehmen, um den gestiegenen Preisen von morgen

⁷ >> Den Höchststand erreicht sie im Februar 1932 mit über sechs Millionen Arbeitslosen. Die **Arbeitslosigkeit** unter den Gewerkschaftsmitgliedern ist noch dramatischer. Sie klettert in der Weltwirtschaftskrise 1930 von 22,2 Prozent auf 43,7 Prozent im Jahr 1932. <<
[www.gewerkschaftsgeschichte.de > ab-1930-millionen-...](http://www.gewerkschaftsgeschichte.de/ab-1930-millionen-...)

oder übermorgen auszuweichen. Aber das schließt nicht aus, dass Inflationen grundsätzlich rechtliche und ökonomische Probleme mit sich bringen. Sie überträgt fortwährend Vermögensteile von Gläubigern auf die Schuldner. Und eine Rentenerhöhung von z. B. 2 % pro Jahr ist bei einer Inflationsrate von 2 % eine zusätzliche Kaufkraft von 0 %. Wenn die Europäische Zentralbank eine Inflationsrate von 2% pro Jahr anstrebt, dann verstößt sie nicht nur gegen das Gebot der Preisniveaustabilität, auf das sie im *Vertrag über eine Verfassung für Europa* verpflichtet ist, sondern entwertet eine Rücklage fürs Alter – sagen wir von 100.000 Euro in fünf Jahren um 10.000 in 10 Jahren um 20.000 €. Bei einer Deflation, bei der der Kaufwert einer Geldeinheit steigt, tritt ein entgegengesetzter Effekt ein. Aufgrund der fallenden Preise kann kein Unternehmer oder Kaufmann mehr sicher seine notwendigen Preise kalkulieren, weil er nicht weiß, ob er diese morgen oder übermorgen noch im Markt realisieren kann. Die Folge ist: Die Lagerhaltung, der Einkauf und die Produktion werden heruntergefahren. Die privaten und gewerblichen Käufer halten sich mit ihren Einkäufen zurück, weil sie den Vorteil der gefallen Preise von morgen oder übermorgen für sich nutzen wollen. Diese Krise wird von den Marktteilnehmern auf diese Weise verstärkt. Hier wird der Sinn der Volksweisheit deutlich, die da sagt: „Taler, Taler, du musst wandern von dem einem zum andern.“ und „Der Rubel muss rollen!“

Eine arbeitsteilige Wirtschaft, wie wir sie für die heutige Bevölkerungsdichte auf der Welt benötigen, ist ohne das Tauschmittel Geld gar nicht machbar. Das Geld – „der Blutkreislauf der Wirtschaft“⁸ kann aber seine Funktion nicht oder nur unvollkommen ausüben, wenn es nicht ständig fließt, um das Einkommen wieder zur Nachfrage zu machen und so die Märkte ständig räumt und Platz für den Nachschub macht. Heute wird dem Geld neben seiner Funktion als Tauschmittel noch die Funktion des Wertaufbewahrungsmittels zugebilligt. Obwohl der Widersinn und die Lösung der damit verbundenen Probleme schon vor dem Ersten Weltkrieg bekannt waren, durch ungezählte Eingaben, Veröffentlichungen und Vorträge bekannt gemacht wurden, wurden sie von den staatlichen Institutionen, der Wirtschaftswissenschaft und den demokratischen Parteien ignoriert.

Der ganze währungspolitische Wahnsinn, der damals betrieben wurde, hätte verhindert werden können, wenn die Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspolitiker ihre Hausaufgaben gemacht hätten, denn die Erkenntnisse, wie eine Deflation zu verhindern ist, lagen vor.⁹ Besonders idiotisch war, dass Deutschland sich verschuldete, um Gold zu kaufen und dieses

8 Auf den Begriff komme ich später zurück.

9 Eine glaubhafte Wirtschaftsgeschichte würde prüfen, wie viele Eingaben und Stellungnahmen zu der währungspolitischen Unvernunft in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen von Gesell oder seine Mitwirker geschrieben und veröffentlicht wurden.

unproduktiv, gegen den Diebstahl gesichert, in Tresore einzuschließen. Und da gegen bessere Erkenntnisse davon ausgegangen wurde, dass der Wert der Reichsmark stabiler ist, wenn die Notenausgabe an ein Verhältnis zum Gold gekoppelt ist, musste zwangsläufig der Notenumlauf verringert werden, als die Kredite in der Wirtschaftskrise von 1929 – deren Tilgung in Gold erfolgen mussten – gekündigt wurden. Man kann es nicht anders sagen; Deutschland und Millionen Menschen wurden einer fixen Idee geopfert, obwohl die Erfahrungen mit der Rentenmark vorlagen, dass kein Gold für eine stabile Währung notwendig ist. Über die Rentenmark ist zu lesen:

Weimarer Republik > Innenpolitik / Die Währungsreform 1923

Die rasant fortschreitende Inflation machte eine grundlegende Reform der Währung unumgänglich. Ein harter Währungsschnitt war zugleich Voraussetzung für die nach dem Ende des Ruhrkampfes von Reichskanzler Gustav Stresemann anvisierten Verhandlungen mit den Siegermächten des Ersten Weltkriegs über die deutschen Reparationen.

Mit der Errichtung einer Deutschen Rentenbank leitete die Reichsregierung Mitte Oktober 1923 die Rückkehr zu einer stabilen Währung ein. Da das Deutsche Reich zur Deckung des Grundkapitals der Rentenbank nicht über genügend Goldvorräte verfügte, wurden der Grundbesitz von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe mit einer Hypothek von 3,2 Milliarden Rentenmark belastet.

Die Rentenbank begann am 15. November 1923 die Rentenmark als neues Zahlungsmittel herauszugeben. Der Wechselkurs einer Rentenmark war mit einer Billion Papiermark festgelegt worden, ein US-Dollar entsprach 4,20 Rentenmark. Reichsfinanzminister Hans Luther und Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht gelang es in den folgenden Monaten, den Kurs der neuen Währung durch Einschränkung des Geldumlaufs und drastischen Sparmaßnahmen im Haushalt stabil zu halten. Durch die Normalisierung des Wirtschaftslebens und die Beruhigung der innenpolitischen Situation wurde vom "Wunder der Rentenmark" gesprochen.

Die Rentenmark war jedoch nur als Übergangslösung zur Überwindung der Inflation eingeführt worden. Am 30. August 1924 wurde sie im Rahmen des Dawes-Plans von der Reichsmark abgelöst, die durch Gold und wertbeständige Devisen gedeckt war und die deutsche Währungsstabilität garantieren sollte.

Arnulf Scriba / © Deutsches Historisches Museum, Berlin / 6. August 2015

<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/waehrungsreform-1923.html>

Auf die hypothekarische Belastung des Grundeigentums mit Hypothek von 3,2 Milliarden Rentenmark hätte man auch verzichten können, denn für die Preisniveau-Stabilität des Geldes kommt es tatsächlich nur an, dass die Menge des umlaufenden Geldes im Gleichgewicht gehalten wird mit der Menge der Güter, die im Markt angeboten werden. Über die Hinter-

gründe der Goldanbindung kann man an dem nachfolgend angezeigten Ort hier lesen:

Die Bündnisgrünen und die Ökonomie- Über die Fehlleistungen der
Wirtschaftswissenschaft und -politik - / Offener Brief an Jürgen Trittin MdB
von Tristan Abromeit 24. August 2011 www.tristan-abromeit.de Text 96.3
Dokumentation (Quellen) zum Thema Inflation und Deflation in der Weimarer
Republik zum Text 96.1 „Ergänzungen“ Der Zusammenbruch der Goldwährung von
Gustav Cassel 1937 Auszug: Dr. Greely Hjalmar Schacht aus Geheime Mächte von
Will Noebe 1965

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/96.3%20Doku.Noebe.Schacht.pdf>

Blick in die Gegenwart

(Die Fortsetzung vom 4. Juni 2020)

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung von heute meldet in einem Bericht von Franz-Tho-
mas Wenzel:

**Die Europäische Zentralbank kommt unter Zugzwang / Sind 750 Milliar-
den Euro nicht genug? Die Finanzmärkte rechnen damit, dass EZB-Chefin
Lagarde das Anleihenkaufprogramm ausweitet.**

Frankfurt. Darf's noch etwas mehr sein? Dies könnte am heutigen Donners-
tag das Motto der Europäischen Zentralbank (EZB) sein. Die Mehrheit der
Finanzmarktexperten erwartet, dass der EZB-Rat die Schleusen für billiges
Geld noch weiter öffnen wird. Das soll die schwer angeschlagene Wirtschaft
im Euro-Raum stabilisieren und die hoch verschuldeten Staaten vor Notla-
gen bewahren. ...

Und offensichtlich erwarten alle Mitgliedsstaaten des Euro-Verbundes, dass die Europäische
Zentralbank (EZB) sich so verhält. In der EZB und den Regierungen weiß man heute wohl,
dass eine Deflation sich zu einer gefährliche ökonomischen Situation entwickeln kann, aber
offensichtlich nicht mehr, dass die gesellschaftliche Zerstörungskraft, die in einer Inflation
steckt, nicht weniger gefährlich ist. Wenn es anders wäre, würden sie nicht immer mehr
Förderungsprogramme beschließen, die durch die Notenpresse finanziert werden.

Gerhard Ziemer, nach dem Zweiten Weltkrieg Mitbegründer der Lastenausgleichsbank,
schreibt in seinem Buch *Inflation und Deflation zerstören die Demokratie*, 1971:

Man kann fragen, ob es die Mühe lohnt, die voneinander abweichenden An-
sichten der deutschen Historiker über die Wirtschaftskrisen der Weimarer
Zeit beeinflussen zu wollen, da die Wirtschaftswissenschaftler, unsere Bun-
desbank und die für den Wirtschaftskurs ihrer Parteien verantwortlichen Po-
litiker der Gegenwart ein sicheres Wissen über Konjunktoren und über das
Instrumentarium der Krisenbekämpfung haben. Das ist richtig, wenn auch
die Kenntnisse in Konjunktur- und Währungsfragen immer noch auf kleine

Kreise beschränkt sind und Erörterungen über Gold, Stabilität, Wechselkurse, schleichende und angeblich bald galoppierende Inflationen auch in den Reihen der sonst Gebildeten oft seltsam unkundige Gedankengänge auslösen. Wie schwankend die breite Öffentlichkeit mit ihrer Presse in Deutschland reagiert, wurde deutlich, als de Gaulle die Wieder-Inthronisierung des Goldes verlangte. Erst die Stellungnahme der Bundesbank, die den französischen Vorschlag mit Recht ablehnte, klärte endgültig die Richtung unserer Pressekommentare. So mag auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht die Auseinandersetzung mit den Weimarer Krisen von Nutzen sein.

Wichtiger ist aber etwas anderes. Wir haben in Deutschland den Wunsch, nach allem, was geschehen ist, der Umwelt und unseren eigenen nachfolgenden Generationen erklären zu können, warum in den dreißiger Jahren von einem arbeitsamen, vernünftigen und friedliebenden Volk wo kommunistische und über 200 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete gewählt werden konnten. Wir müssen erklären können, warum auch die deutsche Mitte in der Billigung des Ermächtigungsgesetzes schließlich ihre Zustimmung zur Kanzlerschaft Hitlers gab. Das ist ohne das Elend der Massenarbeitslosigkeit, mit der die demokratischen Parteien nicht fertig geworden waren, nicht zu begründen. Die Dauer und das Ausmaß der Wirtschaftskrise aber waren keine höhere Gewalt, sondern beruhten auf dem Versagen politisch wohlmeinender, aber volkswirtschaftlich unkundiger Männer. Dieses Versagen war in den Motiven wieder zurückzuführen auf das Versagen anderer unkundiger Männer, die als verantwortliche deutsche Politiker die fünfjährige uferlose Inflation betrieben hatten. Inflationsangst und Deflationskrise hatten sich auf unheilvolle Weise miteinander verstrickt. Die deutsche Demokratie ist nicht an Ideologien, sondern an ihren Währungskrisen zugrunde gegangen. Das ist keine tröstende Erkenntnis. Sie ändert und rechtfertigt nichts an den Untaten, die Hitler und der Nationalsozialismus begangen haben, machen es aber verständlich, warum die Mehrheit des deutschen Volkes sich dem Nationalsozialismus untergeordnet hat. Er hatte zunächst für die Massen nicht Blut und Tränen, sondern nach langer Krise Arbeit und Brot gebracht. (Aus dem Kapitel: Schlussfolgerungen / S. 223 f.)

Ich wollte hier Ziemer eigentlich nur zitieren, weil nach seiner Einschätzung die Notenbanker und Wirtschaftspolitiker im Nachkriegsdeutschland ein besseres Wissen zu den Währungsfragen hatten als im Vorkriegsdeutschland. Aber schon bei dem Erscheinen seines Buches 1971 reichte das angewandte Wissen für die Bewältigung der ökonomischen Probleme nicht. Die Lage hat sich nicht verbessert, sondern verschlechtert. Heute gibt es nicht einmal einen klaren Geldbegriff mehr bei denen, die für die Stabilität des Geldwertes sorgen sollen. Wenn wir so weiter machen, ist eine Situation, wie sie Ziemer für die Vor-Nazizeit beschreibt - wen auch nicht in gleicher Form – für die nahe Zukunft wahrscheinlich. Nicht ein neuer Rechtsextremismus wird uns umbringen, sondern die Laschheit in Bezug auf die Wirkungen der Währung der Ministerien für Forschung, Finanzen und Wirtschaft. Der Verfassungsschutz hat hier nicht nur keinen Zugriff, sondern kann sich auch nicht einmal vorstellen

len, dass hier der Feind der Demokratie lauert.

Am 13. Mai 2020 reichte Dr. Godehard Kass, Allgemeinmediziner und für die GRÜNEN Mitglied im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge., einen Rundbrief von Avaz mit der Bitte um Zustimmung weiter.

Der Inhalt:

Offener Brief für den grünen Wiederaufbau

Unterzeichnen Sie den offenen Brief für einen grünen Wiederaufbau. Lasst uns 1 Million Unterschriften sammeln! Und bedeutende Abgeordnete werden sie an führende Persönlichkeiten der EU übergeben:

An die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Bundeskanzlerin Angela Merkel, EZB-Präsidentin Christine Lagarde und alle Staats- und Regierungschefs Europas:

"Es liegt in Ihrer Hand, Europa und die Welt aus den dunklen Tagen dieser Pandemie in eine vielversprechende, grünere und nachhaltige Zukunft zu führen.

Sie können den Green Deal zu unserem Plan für den Wiederaufbau machen: Investieren Sie jährlich Hunderte von Milliarden, um grüne Arbeitsplätze zu schaffen und unsere Volkswirtschaften sauber und fair zu gestalten. Wir zählen darauf, dass Sie eine Klimabank und einen Klimahaushalt ins Zentrum des Wiederaufbaus stellen und dafür sorgen, dass die Gelder im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen ausgegeben werden.

Es ist an der Zeit, von schmutzigen fossilen Brennstoffen wegzukommen. Besteuern Sie große Unternehmensgewinne -- anstatt die Einkommen der Menschen -- und starten Sie die Revolution für saubere Energien, die wir so dringend brauchen.

Gemeinsam sind wir stark genug, um die Coronakrise durchzustehen und uns davon zu erholen. Wir sind großzügig genug, um sicherzustellen, dass niemand zurückbleibt. Und wir sind weise genug, um mit diesem Wiederaufbau nicht die Grundlage für eine noch schlimmere, zukünftige Klimakrise zu legen."

Avaaz schliesst sich mit hunderten von führenden jugendlichen Persönlichkeiten, Ministerinnen, Mitgliedern des Europäischen Parlaments, Akademikerinnen, Wirtschaftsführern und zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammen und unterstützt eine gemeinsame Initiative zum grünen Wiederaufbau -- so beispielsweise den Green Resilience Pact", den Aufruf der Green 10 Koalition europäischer Umweltorganisationen und den Aufruf an die G20, der vom Club of Rome und Planetary Emergency Partnership lanciert wurde.
Verfasst am: 4. Mai 2020

Ich habe darauf am 13. 05. (bzw. am 18. 5.) 2020 geantwortet:

Godehard,
diese Forderung halte ich nicht für besonders klug:

>> Sie können den Green Deal zu unserem Plan für den Wiederaufbau machen: Investieren Sie jährlich Hunderte von Milliarden, um *grüne Arbeitsplätze zu schaffen und unsere Volkswirtschaften sauber und fair zu gestalten.* Wir zählen darauf, dass Sie eine Klimabank und einen Klimahaushalt ins Zentrum des Wiederaufbaus stellen und dafür sorgen, dass die Gelder im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen ausgegeben werden.<<

Gerade zur Zeit, wo ein Ausgleich für die wirtschaftlichen Schäden der Corona-Krise geschaffen werden soll, erweckt die Politik - und die Bürger, die einen Einfluss auf diese nehmen wollen - den Eindruck als hätte der Staat einen „Esel streckt dich“ aus Grimms Märchen im Stall. Der Staat kann nur etwas zuteilen oder in die Infrastruktur investieren, wenn er 1. den Bürgern, das, was er zuteilt, vorher anderen weggenommen hat, 2. wenn er sich verschuldet und die Tilgungslast, die nachfolgende Generation auflastet oder 3. wenn er die Bürger betrügt, indem er das Geld inflationiert.

Im Euro-Raum ist der direkte Zugriff der Mitgliedsstaaten auf die Notenpresse nicht möglich. Der Umweg über die Ankaufsprogramme von Schuldtitel des Staates durch die Europäische Zentralbank wurde für Deutschland vom Bundesverfassungsgericht ja gerade als verfassungswidrig erklärt. Nun wird gesagt, dass Deutschland kreditwürdig ist und leicht weitere Kredite am Markt aufnehmen könnte (also ohne Mithilfe der Notenbank). Aber dieser Weg ist auch nicht ohne Probleme, weil bei dem allgemeinen Kreditbedarf, der durch die Corona-Krise ausgelöst wurde, vorhandenes Geld, das in den Horten liegt und keine Wirkung auf die Preisniveaustabilität hat, in dem Umlauf gelockt wird und zwangsläufig preistreibend wirkt.

Ich hänge noch einmal mein Schreiben vom 1. April 2020 mit dem Titel "Corona und die ökonomischen Folgen" an. Dort zitiere ich die Bundesbank, die sagt, das nur 10 % von dem ausgegebenen Geld dem Zahlungsverkehr dienen. Das heißt unsere derzeitige relative Preisstabilität hängt davon ab, dass die Quote von 10 % nicht wesentlich durch die Kreditnachfrage der Euro-Staaten gesteigert wird.

Diese Probleme müssten uns heute nicht mehr beschäftigen, wenn die Währungsfrage spätestens mit Gründung der grünen Partei 1980 bei den Nur-Ökologen auf Verständnis gestoßen wäre und von den Keynesianern und Marxisten nicht abgeblockt worden wäre.

Es grüßt Dich Tristan

Ich füge jetzt das erwähnte Schreiben vom 1. April ein:

Corona und die ökonomischen Folgen

Hallo Teilnehmer der NWO-Mailing-Liste (und Interessierte darüber hinaus)!
Mich bedrückt nicht, als Mitglied der Risikogruppe die Möglichkeit vom Corona-Virus auch noch erwischt zu werden und dann daran vielleicht zu sterben, sondern es sind sowohl die politischen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Virus-Bekämpfung, die leicht Millionen von Menschen das Leben kosten, die das direkte vom Virus verursachte Leid in den Schatten stellen können. Auf die politischen Folgen, die eigentlich nur eine Offenlegung unserer gesellschaftlichen Existenz ist, die oberflächlich einen nur demokratischen Anstrich hat, will ich hier nur so weit eingehen, als ich den Eindruck aus den Nachrichten und Meldungen, die ich wahrgenommen habe, schlussfolgere, dass wir gar nicht weit von dem Punkt entfernt sind, wo eine Mehrheit in unserer Gesellschaft für das Versprechen, dem Corona-Virus-„Spuk“ ein Ende zu bereiten, gerne unsere (bisher erlangte) Demokratie gegen ein autoritäres Regierungssystem einzutauschen bereit ist. Ich hoffe, dass mich meine Wahrnehmungen täuschen.

Bei dem zweiten Problem-Komplex, der sich aus der monetären Bekämpfung der Folgen der Lahmlegung der Wirtschaft aus Gründen der Bekämpfung des Virus ergibt, kann ich mich selber nicht damit herausreden, ich würde den Vorgang dramatisieren und ich würde mich einfach täuschen.

Die Weimarer Republik ist für jene, die bereit sind, die Quellen zu prüfen, eindeutig an der Währungsfrage zugrunde gegangen und nicht am völkischen Denken und am Antisemitismus. Und dieser Vorgang des Unterganges der Demokratie kann sich in unserer Zeit auf der Europaebene und darüber hinaus wiederholen.

Es zeigt sich, dass in der Vergangenheit und bis heute die Währungs- und Wirtschaftspolitik und obendrein die Wissenschaftspolitik im Blindflug ohne geeignete Orientierungsinstrumente geflogen ist. Nur ein Wunderglaube kann davon ausgehen, dass dieses Flugzeug, das hier symbolisch für unsere Wirtschaft steht, nicht an einem Fels zerschellt oder nicht auf einem moorigen Boden landet und sich überschlagend auseinander bricht.

Wir kleine Schar freiwirtschaftlich denkender Bürger können wie unsere Vorgänger zu Weimarer Zeiten zusehen, wie alles den Bach heruntergeht, nicht weil die anderen Teilnehmer am Geschehen böse Menschen sind, sondern weil sie keine Zeit oder keine Lust haben, sich mit den Voraussetzungen einer Ökonomie zu beschäftigen, die eine allgemeine Wohlfahrt und Frieden spenden kann.

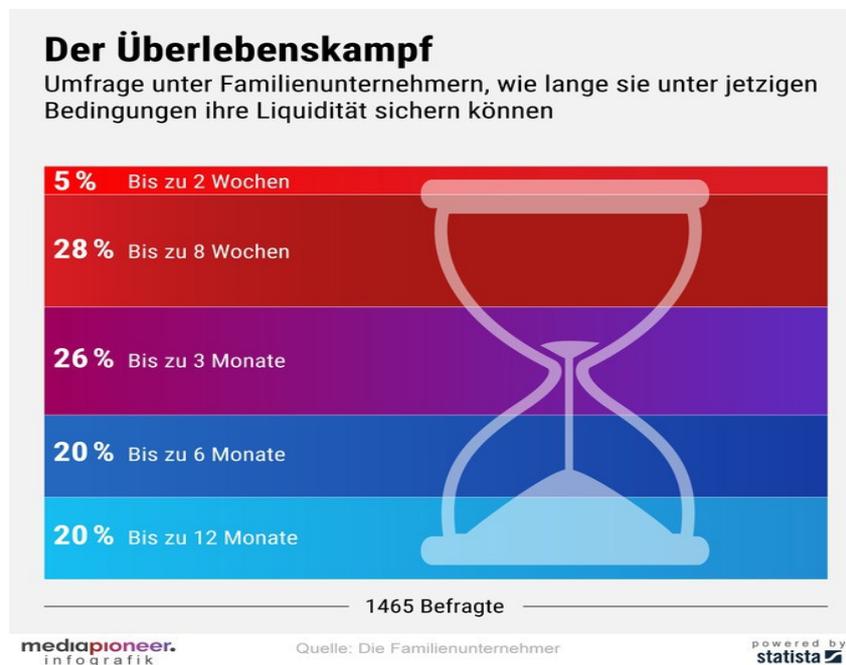
Das klingt zu großkotzig, beklagt soll nur werden, dass die Bereitschaft eine ideologische Befangenheit aufzugeben fehlt oder dass, was man im Studium gelernt hat, zu überdenken. Uns - den Freiwirten - fehlen einfach die Mittel und das Personal zu einer Aufklärungskampagne zu starten. Wir sollten aber wenigstens ein Dokument zustande bringen, das einer Nachwelt mit besseren Einsichten klar macht, dass die Gefahren, die ich hier andeute, auch im Jahr 2020 zu lösen gewesen wären.

Ich weiß, wir tun uns schwer damit, weil vielen (von den wenigen) von uns,

die sich nur nebenberuflich mit der Ökonomie befassen können, der klare Geldbegriff abhandengekommen ist. Aber bei dem was auf dem Spiel steht, sollten wir wenigstens versuchen, ein Manifest im Sinne eines Dokumentes, dass das notwendige Handeln beschreibt, zustande bringen, um nicht die Selbstachtung zu verlieren.

Zwei Schlagzeilen in der HAZ vom 1. April 2020 und eine Grafik aus dem Steingarts Morning Briefing vom gleichen Tag haben mich bewogen, diese Zeilen zu schreiben, obwohl es für mich keine Anzeichen gibt, dass sie irgend einen Nutzen stiften könnten. Meine Frau hat vermutlich recht, wenn sie meine Bemühungen als Zeitvergeudung bezeichnet und ich lieber den Gartensessel für kommende Sonnentage reparieren sollte.

Die Meldungen lauten: a) unter Wirtschaft: „Deutsche Messe benötigt Millionen Kredit“ und b) unter Hannover „Corona-Krise: Stadt will bis zu 800 Millionen Euro ausgeben“.



Und diese Meldungen sind ja nur der Nachklang zu den Programmen, die als Fördermaßnahmen beabsichtigt sind oder beschlossen wurden. Dieses Geld muss aber in der Hauptsache vom Bund, den Ländern oder Kommunen aufgenommen werden. Dabei wird nur selten erwähnt, dass vom Staat kein Euro kommen kann, den er nicht vorher den Bürgern genommen hat. Bei diesem Vorhaben hat der Staat nur zwei Möglichkeiten: Er verschuldet sich und lastet den Schuldendienst (Tilgung und Zinsen) den Bürgern auf, so, dass bei der Vielzahl der Geförderten, die Geförderten selber ihre Förderung bezahlen müssen oder der Staat schlüpft einmal mehr zusammen mit der Zentralbank in die Rolle des Geldfälschers.

Auf der Titelseite der neuesten Ausgabe der Vereinszeitschrift Fairconomy von der www.inwo.de lautete der Aufmacher: Wirtschaften bei Nullzins. Das

Thema können wir bald abhaken. Überall wird auf allen Ebenen versprochen, Geld zur Bekämpfung der Corona-Krisen-Folgen einzusetzen. Das hat zwangsläufig zur Folge, dass durch erhöhte Kreditnachfrage der Zins ansteigen wird. Das bewirkt, dass sich die Zinslast, die Häuslebauer, die kleinen und großen Unternehmen und alle Konsumenten zu tragen haben, steigen wird. Aber das benötigte Kreditvolumen, das für die verschiedenen Programme erforderlich ist, wird gar nicht auf dem normalen Kreditmarkt vorhanden sein, 1. weil nicht nur Deutschland auf der Kreditsuche sein wird, sondern alle vom Corona-Virus betroffenen Länder und 2. weil die Einlagen der Bankkunden – aus denen die Kredite finanziert werden müssen¹⁰ - nur in ganz kleinem Umfang als Bargeld im Tresor gehalten wird, sondern die liquiden Mittel, die sie von ihren Kunden erhält, als Kredite an andere Kunden weiterreicht oder in Geldtitel¹¹ anlegt. Wenn jetzt die Europäische Zentralbank über die Geschäftsbanken die Staaten aus der so entstehende Kreditklemme hilft, und zwar wie bisher ohne Rücksicht auf die Geldmenge, die für Kaufkraftbeständigkeit des Geldes notwendig ist, dann folgt daraus einfach eine hohe Inflationsrate.

Laut einer Sendung des DLF vom 24. 3. 2020 will die EZB 750 Milliarden Euro zusätzlich in den Geldverkehr geben. Diese Summe muss man mit ihrer Umschlaghäufigkeit pro Jahr multiplizieren und im Verhältnis zu dem bereits umlaufenden Geldmenge setzen, um das Ausmaß einer möglichen Inflation zu erahnen. Aber auf die Inflation bezogen droht nicht nur von der EZB-Politik eine Inflationsgefahr, sondern auch:

1. Dadurch, dass die Nachfrage durch das vermehrte Geld auf ein durch die Produktionsstilllegung reduziertes Angebot trifft. Maßgebend für die Preisniveau-Stabilität ist, dass das Gleichgewicht zwischen dem zirkulierenden Geld, das als Nachfrage auf dem Markt erscheint, und dem durch den Markt fließenden Angebot an Gütern gewahrt wird. (Die Güter, die noch nicht marktreif sind und die schon den Markt durchlaufen haben, werden zwar auch in Geld bewertet, sind aber nicht an der Preisbildung beteiligt.

2. Auch wenn die Zentralbank (genauer das Europäische System der Zentralbanken) mit der Vermehrung des Geldes zurückhält, ist die Gefahr noch nicht gebannt. Ich wiederhole mich: Für den Geldwert ist nur das nachfragende, kreisende Geld bestimmend. Ich habe in Erinnerung, dass sich 70% der emittierten Euros im EU-Ausland befinden. Die Wirkung ist die gleiche wie eine Geldhortung¹² im EU-Inland. Dabei ist es für den EU-Markt egal, ob das im EU-Ausland befindliche Euro-Bargeld in Tresoren liegt oder dort als zweite Landeswährung umläuft. Zu diesem riesigen Geldhort kommt,

10 Hier gibt es den große, langandauernden Streit darüber, ob die Geschäftsbanken ohne Kundeneinlagen Kredite schöpfen können oder nicht. Es ist ein Versagen der Wissenschaft und des Staates, dass hier nicht forschend eine Klarheit geschaffen wurde, die ein eindeutiges Handeln im Währungsbereich möglich macht

11 Das sind meistens Schuldtitel des Staates.

12 Der Unterschied zwischen Sparen und Horten ist bekanntlich folgender. Beim Horten wird dem Geldkreislauf Geld entzogen und beim Sparen nimmt - meistens über Einschaltung einer Bank - ein Kreditnehmer stellvertretend für den Sparer, dessen Anspruch gegenüber dem Markt, mit der Verabredung wahr, dem Sparer den Anspruch an den Markt als Bargeld oder als eine Forderung auf Bargeld zur verabredeten Zeit zurück, zu übertragen.

dass von dem restlichen 30% der ausgegebenen Geldmenge im EU-Inland große Posten sich ebenfalls in Horte befinden und aktuell nicht an der Preisbildung beteiligt sind. Mir haben die Zahlen keine Ruhe gegeben. Ich habe deshalb in einer Bundesbank-Veröffentlichung nachgeschaut.

In- und Auslandsumlauf der von der Deutschen Bundesbank ausgegebenen Banknoten

	Geschätzter Anteil / Höhe Ende 2018 (in Mrd. €)	
Gesamter Auslandsumlauf	70 %	485
davon außerhalb des Euroraums	50 %	345
davon restlicher Euroraum	20 %	140
Inlandsumlauf	30 %	205
davon Horte	20 %	140
davon für Zahlungsvorgänge	10 %	70
Gesamtumlauf		691

<https://www.bundesbank.de/resource/blob/670998/1c24e6aa48da41a6da69d91ebfefef35/mL/zahlen-und-fakten-data.pdf>

Das ist eine Veröffentlichung der Bundesbank vom Mai 2019 mit dem Titel „Zahlen & Fakten rund ums Bargeld“, S.19. Nun bringt die Bundesbank nicht alleine Geld in den Umlauf. Eine Grafik unter den oben eingefügten Zahlen zeigt einen Vergleich zwischen der Ausgabe von Dollar und Euro, da kann man entnehmen, dass die Gesamtausgabe an Euro zu dem Zeitpunkt der Drucklegung der Schrift über 1200 Milliarden € lag. Es kommt mir hier nicht darauf an, genaue aktuelle Zahlen zu liefern, sondern darauf hinzuweisen, dass der Geldwert oder die Inflationsrate von 2 % gehalten wird von dem zirkulierenden 10 % des insgesamt ausgehenden Geldes. Wenn jetzt die angekündigten weiteren 750 Milliarden € als Nachfrage auf dem Markt auftauchen würden und dazu die 90 % bisher ruhenden Ansprüche auf Güter im Euro-Markt, dann hätten wir Verhältnisse wie zur Inflationszeit nach dem Ersten Weltkrieg, wo man eine Schubkarre brauchte, um das Geld für eine Tüte mit Brötchen zu transportieren. Aber auch der Vergleich mit dem inflationierten Geld nach dem Zweiten Weltkrieg ist bedrückend genug.

Die Frage ist, ob wir mehr tun können, als zuschauen, wie unsere Republik in das Chaos versinkt. Darüber muss jede und jeder, die oder der sich mit diesem Thema beschäftigt, selber nachdenken. Ich hatte ursprünglich vor, einen Text zu schreiben, mit dem ich die Genossenschaftsbanken und Sparkassen motivieren wollte, ihre Rolle als Leidtragende der Währungspolitik aufzugeben und in die Rollen der Forscher und Aufklärer zu schlüpfen, denn von ihrer unterschiedlichen Entstehungsgeschichte wären sie dazu verpflichtet. Nicht die Erzielung einer hohen Rendite war ihr Gründungsmotiv, sondern die Not ihrer Mitglieder, des einfachen Volkes, zu lindern. Auch wollte ich sie darauf aufmerksam machen, dass sie bei dem herrschenden Währungsverständnis immer mehr ihre Autonomie verlieren und Büttel der Bürokratie werden. Diese Motivation zur Selbstbehauptung sollten wir besser gemeinsam vornehmen. Gleichzeitig sollten wir versuchen, Gruppen zu erreichen, die sich mit der Verteidigung oder Entwicklung der Demokratie befassen, denn schon wenn aufgrund der Kompliziertheit das Volk – oder

auch nur ihre Vertreter - das Währungsgeschehen nicht verstehen können, macht sie eine wahre Demokratie unmöglich. Wir haben eine ganze Bibliothek mit Büchern und Schriften zu diesem Thema ¹³ . Dann haben wir als Teilnehmer dieser Mailingliste, die Autoren Simon Bichlmaier mit seinem Buch „Zu Geld und Ökonomie“, Steffen Henke mit seinem Buch „Fließendes Geld für eine gerechte Welt“ und mit Volker Freystedt den Mitverfasser des Buches „Equilibrismus ... eine Welt im Gleichgewicht“, mit Beate Bocking, die Redakteurin von der Zeitschrift „Fairconomy“ www.inwo.de und mit Andreas Bangemann, den Redakteur der Zeitschrift „Humane Wirtschaft“ www.humane-wirtschaft.de und mehr im Hintergrund weitere Talente, da muss es doch möglich sein, mit einer einfachen Darstellung der Zusammenhänge, wenigstens ein paar Tausend Bürgern währungstheoretisch auf die Sprünge zu helfen, um besser die diesbezügliche Blindheit in der Politik bekämpfen zu können.

Anselm Rapp – mit der Internetseite www.nwo.de fordert berechtigt einfache, sachliche Darstellungen an, die auch emotional die Botschaft vermitteln: Wenn wir es wirklich wollen, können wir angstfreier und ohne Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche leben. Wenn wir dazu nicht in der Lage sind, sollten wir unsere Sachen packen und unseren Mund halten. Wir können bei einer solchen Bemühung ja durchaus bei dem Film „Der grüne Faden“ aus den 60er Jahren wieder anknüpfen.
Es grüß euch
Tristan Abromeit

Am 17.05.2020 um 19:16 schrieb Godehard Kass ...

Lieber Tristan,
Du hast die Gabe, in sehr komplexen Antworten die Diskussion in vielen Ebenen zu führen. Da wird es sehr schwer zu entscheiden. Lösungen hast Du nicht angeboten.
In den letzten Jahren wurde bei jedem Kredit das Geld von der Notenbank zusätzlich geschaffen. Man nennt das Fiatgeld. Wenn man Konsum damit anfeuert, ist die Gefahr der steigenden Geldmenge und der Inflation durchaus gegeben, ist aber trotzdem nicht passiert. Es wurde leider aber auch viel Unnützes, Ressourcen verschwendendes und Umwelt verschmutzendes damit angeschafft. In Zeiten der Arbeitslosigkeit, wie zur Zeit, ist aber die Gefahr der Deflation groß, wie in Weimar geschehen. Die Produktion läuft, die Waren werden nicht gekauft und werden darum preiswerter. Die Kunden halten den Konsum zurück, weil man später alles noch billiger bekommt. Wenn man für Investitionen in die Zukunft Geld zusätzlich in Verkehr bringt, schafft man Arbeitsplätze, die die Deflation überwinden. Der amerikanische New Deal hat in den 30er Jahren damit aus der Krise geführt. Die EU Kommission will den Green New Deal starten, den unser grüner Sven Giegold schon jahrelang fordert. Das in die Energiewende investierte Geld kommt als Rendite und als Klimaschutz mehrfach zurück und ist volkswirtschaftlich bestens angelegt. Es ist höchste Zeit für die grüne Wende!

13 <https://uol.de/bis/archive-und-sammlungen/archiv-fuer-geld-und-bodenreform>
<https://www.sozialoekonomie.info/archive/archiv-geld-und-bodenreform/archiv-geld-und-bodenreform-vorstellung.html>

Grüne Grüße
Godehard

On Tue, 19 May 2020 15:08:39 +0200

Tristan Abromeit <abromeit...> wrote:

Lieber Godehard,

ich bedanke mich für Deine Antwort. Ich würde gerne den Ausgangstext und

Deine Antwort in eine umfangreichere Stellungnahme einbauen. Wärst Du damit - mit oder ohne Namensnennung - einverstanden?

Es grüßt Dich Tristan

Am 21.05.2020 um 10:40 schrieb Godehard Kass:

Lieber Tristan,

vielen Dank für Deine Anfrage. Meine Stellungnahme ist öffentlich und daher zitierbar.

Noch ein Wort zu dem "Betrug durch Inflation" wie Du es nennst: Unser Geldsystem hat lange keine Inflation gehabt. Das hat Vorteile bei den Besitzenden und Nachteile bei den Verschuldeten. Die Besitzverhältnisse der Welt sind zunehmend ungleich, dass es für alle schädlich ist. Die Länder mit den geringsten Gegensätzen prosperieren, den anderen geht es schlecht. Eine Inflation ist ein ausgleichendes Element. Sie nimmt den Reichen und verringert die Schulden der Armen. Sie stellt durchaus eine der Lösungen für einen Neustart der Weltwirtschaft dar.

Mit grünen Grüßen

Godehard

Lieber Godehard,

ich bedanke mich für Deine Zustimmung zur Verwendung Deines Kommentars. Auch mit den Ergänzungen von heute kann ich gut arbeiten.

Es grüßt Dich Tristan

In meine Antwort an Dr. Godehard Kass, die ich an dieser Stelle formuliere und nicht im Rahmen der E-Mail-List der Grünen in Neustadt, an der ich als Sympathisant und nicht mehr als Parteimitglied teilnehme, schließe ich den Inhalt der nachfolgend wiedergegebenen Einladung, die ich heute am 4. Juni 2020 per E-Mail von der Bundestagsfraktion der Grünen erhielt, mit ein.

15.06.2020, online

The real Green Deal. Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Die Europäische Kommission hat mit dem EU Green Deal einen Vorschlag für ein Investitionsprogramm für ein klimaneutrales Europa und eine tiefgreifende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft vorgelegt. Die Europäische Union ist vor dem Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft mit drei existentiellen Krisen gleichzeitig konfrontiert: Der größten Gesundheitskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, einer beginnenden Weltwirtschaftskrise und einer sich alarmierend verstärkenden Klimakrise. Der Green Deal bietet eine einzigartige Chance, diese drei Krisen erfolgreich zu meistern. Es gilt, in ein klimaneutrales, sozial gerechtes und wirtschaftlich erfolgreiches Europa zu investieren, das unsere Gesundheit und natürlichen Ressourcen schützt und zukunftssträchtige Arbeitsplätze schafft. Dafür müssen die Gelder für den Wiederaufbau Europas schlau in zukunftssichere Industrien und Jobs fließen und ein ambitioniertes Klimaziel 2030 als politische Rahmenbedingung verabschiedet werden.

Der Kampf um den Geldtopf und die Zukunft Europas hat längst begonnen und die EU Kommission hat am 28.5.2020 ein historisches Maßnahmenpaket vorgeschlagen. Industrie-LobbyistInnen laufen in Berlin und Brüssel heiß, die Klimabewegung läuft Sturm gegen das fossile System und die Bundesregierung kann beim Klimaschutz schon lange nicht mehr Schritt halten. ...

info@gruene-bundestag.de

Die Anknüpfung des Begriffs Green Deal an den historischen – in den USA gebildeten – Begriff New Deal ist offensichtlich. Ich bezweifle aber, dass das eine gute Idee ist. Zwar sind von **Präsident Franklin Delano Roosevelt** nachfolgenden überlieferten Worte vom 14. April 1938, zuzustimmen, aber diese Politik hatte auch ihren hohen Preis:

„Die Demokratie ist bei verschiedenen großen Völkern verschwunden, nicht deshalb, weil diese Völker die Demokratie ablehnen, sondern weil sie der Arbeitslosigkeit und Unsicherheit müde geworden sind, weil sie nicht mehr zusehen wollten, wie ihre Kinder hungerten, während sie selber hilflos dasaßen und mit ansehen mußten, wie ihre Regierungen verwirrt und schwach waren ... Wir in Amerika wissen, daß unsere demokratischen Einrichtungen bewahrt werden. ... Aber um sie zu bewahren, müssen wir den Nachweis führen, daß die demokratische Regierungsform in ihrer praktischen Arbeit der Aufgabe, die Sicherheit des Volkes zu schützen, gewachsen ist.“

https://de.wikipedia.org/wiki/New_Deal#Entwicklung_des_New_Deal

Nun ist es aber interessant, mit Textstellen aus dem Buch „**John Maynard Keynes / Revolutionär des Kapitalismus**“ von Robert Lekachman, 1966, deutsche Ausgabe 1970, zu verfolgen wie der New Deal verlaufen ist. Der erste Auszug ist aus der Einleitung:

... Seit mehr als einer Generation haben weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten die Massenarbeitslosigkeit, verwaisten Fabriken, Konkurse, Hypothekenentwertungen und die weitverbreitete, tiefe Hoffnungslosigkeit zu verzeichnen gehabt, die einst zu den üblichen Begleiterscheinungen der offenbar unvermeidlichen Zyklen wirtschaftlicher Depressionen zählten. Für die Mehrheit aller Amerikaner und Briten unter Vierzig ist die Große Depression von 1929 bis 1933 nicht so sehr eine schmerzliche persönliche Erfahrung oder gar ein Modell ähnlicher Ereignisse in der Zukunft als vielmehr ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte. Das Wort *Depression* selbst ist aus der Umgangssprache so gut wie verschwunden, und weitgehend auch schon aus dem Fachwörterbuch des Nationalökonomen. An seine Stelle ist der Begriff *Rezession* getreten, und die meisten Leute verlassen sich darauf, daß solche Rezessionen kurz, harmlos und selten sind. ... (S.11)

Als das Buch 1966 erschien, war diese Aussage im Vorwort schon Schnee von gestern – zumindest in der BRD, denn wir hatten damals die ersten Konjunkturerinbrüche mit steigenden Arbeitslosenzahlen. Der wirtschaftliche Aufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg fing an zu stottern. Die Augen der Sozialdemokraten fingen an zu leuchten, weil sie ihren Retter, dem Keynesianer Karl Schiller, der uns vor dem wirtschaftlichen Abstieg bewahren sollte, in die politische Arena schicken konnte. Der dann selber von seinem Rettungspaket enttäuscht war und sich mit Ludwig Erhard verbündete.¹⁴

Bei der weiteren Auswahl der Auszüge geht es mir nicht um ein Argumentieren gegen etwas, sondern um ein Verständnis für etwas, nämlich um das Suchen nach ökonomischen Lösungen. Wir dürfen uns für Vor-uns-Denker begeistern, aber nicht einfach blind in ihren Erkenntnissen verharren und schon lange nicht uns gegen andere Einsichten verschließen. Was wir aus der Vergangenheit an Gedankengut finden, müssen wir immer vor der Anwendung im Heute auf ihre Tauglichkeit hin überprüfen. Und man sollte nicht vergessen, dass Auszüge aus einem Werk nie das Lesen des ganzen Werkes ersetzen können.

¹⁴ Hier nachzulesen:

Ludwig-Erhard-Stiftung /14. Sep 2015 / SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT / VON: ROLAND TICHY
Wirtschaftswachstum kontrovers – Ludwig Erhard versus Karl Schiller <https://www.ludwig-erhard.de/erhard-aktuell/standpunkt/wirtschaftswachstum-kontrovers-ludwig-erhard-versus-karl-schiller/>

Zu der dort dokumentierten gemeinsamen Zeitungsanzeige von Erhard und Schiller habe ich damals auch Stellung bezogen. Die Suche danach in meinen Texten in meiner Internetpräsentation lenkt mich jetzt aber ab.

Man kann auch verschiedene Ökonomen als eine Person – oder als einzelne Kapitel in einem Buch über die Geschichte der Volkswirtschaftslehre - betrachten, die in verschiedenen Lebensabschnitten aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen uns ihre wandelnden Denkergebnisse mitteilt. Das hat den Vorteil, dass wir keinen Denkansatz verteufeln und aus unserer eigenen Denkanstrengung ausschließen müssen. Diese Haltung kann einen selbst bereichern, aber auch unbequem werden, weil man nicht mehr alle Missstände auf die Marxisten, die Keynesianer, die Neoliberalen abwälzen oder auch nicht die Erlösung nur von den Freiwirten erhoffen kann.

ooooo Einschub ooooo

An dieser Stelle ist es nützlich, auf die folgende Arbeit von Werner Onken ¹⁵hinzuweisen:
Marktwirtschaft ohne Kapitalismus - Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung ¹⁶

Oldenburg 2019/2020 15 Teile Das Inhaltsverzeichnis

Downloads jeweils nach Fertigstellung:

<https://www.werner-onken.de/buecher/marktwirtschaft-ohne-kapitalismus-von-der-akkumulation-und-konzentration-in-der-wirtschaft-zu-ihrer-dezentralisierung.html>

ooooo Einschub Ende ooooo

Weiter mit Robert Lekachman aus „... Revolutionär des Kapitalismus

... Besonders in einem nichtintellektuellen Volk kommt es nicht ohne weiteres zu solchen Meinungsumschwüngen. Ihre Voraussetzungen sind lehrreiche Erfahrungen und theoretische Formulierung. Im Laufe der letzten vier Jahrzehnte haben viele Amerikaner dreierlei Erfahrungen gemacht; sie erlebten den Schrecken der Großen Depression, die neue Hoffnung des New Deal und den verbreiteten Wohlstand, der sich im Gefolge der gewaltigen Rüstungsausgaben des Zweiten Weltkriegs einstellte. Dennoch ist die Erfahrung, und sei sie noch so augenfällig, ein schlechter Lehrer. Für sich allein kann sie bestenfalls Unzufriedenheit mit bestimmten Gegebenheiten und den gängigen Rechtfertigungen für deren Beibehaltung schaffen. Sich über das Elend der Depression und Herbert Hoovers unzulängliche Politik des Jahres 1931 zu erregen, genügt nicht; was nützt, war eine logische Begründung politischer Alternativen. Daß es in Wahrheit die Ideen sind, die

15 Zu Werner Onken: https://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Onken

16 Grün war schon immer die politische Signalfarbe der Freiwirtschaft und fand über die Grüne Liste Umweltschutz den Eingang in die Umweltbewegung. Andererseits ist das Grün schon im Unter-Buchtitel „Die Welt wird jung / der gewaltlose Aufstand der neuen Generation“ von Charles Reich, 1970 / 71 zu lesen: „The Greening of Amerika“. Der beschriebene Aufstand ist gescheitert, der deutsche grüne auch

über Gut oder Böse entscheiden, hatte für Keynes schon immer festgestanden.

Die neue Wirtschaftslehre der sechziger Jahre verkörpert den Triumph einer Idee. Und diese Idee selbst ist größtenteils dem schöpferischen Genius eines einzigen Mannes zu verdanken: John Maynard Keynes, wie er von Hause aus hieß - des späteren Lord Keynes, Baron of Tilton. Das vorliegende Buch will die Geschichte jenes Mannes erzählen, dessen Kopf die Idee entstammt. Es ist folglich ein Bericht über seine Ausbildung und seine Laufbahn, seine Lehrer, Freunde und Gefährten - über das Cambridge der G. E. Moore, E.M. Forster und Lytton Strachey; das Bloomsbury Virginia Woolfs, Clive Bells und Duncan Grants; die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät am King's College, die Alfred Marshall und A. C. Pigou prägten; die Welt der Kunst und der Literatur, die Kreise der Hochfinanz und der Regierung, in denen sich Keynes gleichermaßen selbstverständlich bewegte.

Dieses Buch ist darüber hinaus die Biographie seines Geistes, der Versuch, die Ereignisse und Einflüsse nachzuzeichnen, die den aufgeweckten Schüler einer konventionellen Volkswirtschaftslehre zum einflußreichsten Häretiker seines Zeitalters werden ließen. Bis zum Beginn der dreißiger Jahre lernte und lehrte Keynes in Cambridge die gleiche Nationalökonomie wie alle anderen, die in Cambridge Rang und Namen hatten. Diese Universität erfreute sich eines so großen Prestiges, daß kein Nationalökonom im englischsprachigen Raum dem, was die erlauchten Herren in Cambridge für gut und richtig hielten, zu widersprechen wagte. Wie unorthodox Keynes war, läßt sich daran ermessen, daß die in seinem 1936 erschienenen Meisterwerk *The General Theory of Employment, Interest and Money* * vorgetragene Lehre die Cambridge-Schule spaltete, Kollegen und einstige Lehrer aufbrachte und unter den Wirtschaftswissenschaftlern einen ideologischen Meinungsstreit auslöste, der mindestens ein Jahrzehnt andauerte. Revolutionen in den Köpfen der Theoretiker sind kaum häufiger als Revolutionen in der öffentlichen Meinung. Die Faszination, die Keynes auf seine Zeitgenossen ausübte, war zum guten Teil auf seine Fähigkeit zurückzuführen, zu verschiedenen Zeiten seines Lebens für radikal gegensätzliche Auffassungen einzutreten. ...

Dt.: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München u. Leipzig 1936 (Seite 14 f.)

Auch, weil ich noch auf Silvio Gesell zu sprechen komme, wechsele ich kurz auf das Werk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ von Keynes, auf das Robert Lekachman in seinem Buch Bezug nimmt. Keynes schreibt im 23. Kapitel seiner Theorie ... *Bemerkungen über den Merkantilismus, die Wuchergesetze, gestempeltes Geld und Theorien des Unterverbrauchs* im Abschnitt VI. wie folgt:

Es ist zweckmäßig, an dieser Stelle den seltsamen, zu Unrecht übersehenen Propheten Silvio Gesell (1.862-1930) zu erwähnen, dessen Werk Einfälle tiefer Einsicht enthält und der nur gerade eben verfehlte, bis zum Kern

der Sache vorzudringen. In den Nachkriegsjahren bombardierten mich seine Anhänger mit Exemplaren seiner Werke; aber wegen gewisser offenkundiger Mängel seiner Beweisführung verfehlte ich vollständig, ihre Vorzüge zu entdecken. Wie so oft im Falle unvollkommen analysierter Eingebungen wurde ihre Bedeutung erst augenscheinlich, nachdem ich meine eigenen Folgerungen auf meine eigene Art erreicht hatte. Wie andere akademische Ökonomen, behandelte ich inzwischen seine tief originellen Bestrebungen als nichts Besseres als die eines Überspannten. Da die Bedeutung Gesells voraussichtlich wenigen Lesern dieses Buches sehr vertraut sein wird, will ich ihm einen sonst unverhältnismäßig großen Platz einräumen.

Gesell war ein erfolgreicher deutscher Kaufmann¹ in Buenos Aires, der durch die Krise der späten achtziger Jahre, die in Argentinien besonders heftig war, zur Erforschung der geldlichen Probleme geführt wurde. Sein erstes Buch, *Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat*, wurde 1891 in Buenos Aires veröffentlicht. Seine grundlegenden Anschauungen über das Geld wurden im gleichen Jahr in Buenos Aires unter dem Titel *Nervus rerum* veröffentlicht, und es folgten viele Bücher und Flugschriften, bis er sich 1906 als wohlhabender Mann in die Schweiz zurückzog, in der Lage, die letzten Jahrzehnte seines Lebens den köstlichsten Beschäftigungen zu widmen, die jenen, die ihren Unterhalt nicht zu verdienen brauchen, offenstehen, nämlich: Schriftstellerei und experimentelle Landwirtschaft.

Der erste Teil seines Standardwerkes wurde 1906 in Les Hauts Geneveys in der Schweiz unter dem Titel *Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag* veröffentlicht und der zweite Teil 1911 in Berlin unter dem Titel *Die neue Lehre vom Zins*. Beide Teile zusammen wurden in Berlin und in der Schweiz während des Krieges (1916) veröffentlicht und erreichten eine sechste Auflage während seines Lebens unter dem Titel *Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*. Die englische Ausgabe (übersetzt von Mr. Phillip Pye) erschien unter dem Titel *The Natural Economic Order*. Im April 1919 trat Gesell dem kurzlebigen Sowjet-Kabinett Bayerns als dessen Finanzminister bei und wurde danach vor ein Kriegsgericht gestellt. Das letzte Jahrzehnt seines Lebens wurde in Berlin und in der Schweiz verbracht und der Propaganda gewidmet. Gesell zog die halbreligiöse Verehrung auf sich, die früher Henry George umgab, und wurde der verehrte Prophet eines Kultus mit Tausenden von Anhängern in der ganzen Welt. Die erste internationale Zusammenkunft des schweizerischen und deutschen Freiland-Freigeld-Bundes und ähnlicher Organisationen aus vielen Ländern wurde 1923 in Basel abgehalten. Nach seinem Tode 1930 wurde ein großer Teil der besonderen Art von Schwärmerei, die Doktrinen wie die seine hervorrufen können, auf andere (nach meiner Ansicht weniger bedeutende) Propheten gelenkt. Dr. Büchi ist der Führer der Bewegung in England, aber ihre Literatur scheint von San Antonio, Texas, verbreitet zu werden. Ihre Hauptstärke liegt heute in den Vereinigten Staaten, wo Professor Irving Fisher, als einziger unter den akademischen Ökonomen, ihre Bedeutung erkannt hat.

(Fußnote Seite 299) 1 Geboren in der Nähe der Luxemburger Grenze, Sohn eines deutschen Vaters und einer französischen Mutter.

Trotz des prophetischen Schmuckes, mit dem ihn seine Verehrer ausgestattet haben, ist Gesells Hauptwerk in kühler, wissenschaftlicher Sprache geschrieben, obschon es durchweg von einer leidenschaftlicheren, einer erregteren Hingebung für gesellschaftliche Gerechtigkeit durchströmt ist, als manche für einen Gelehrten schicklich finden. Der Anteil Henry Georges¹, obschon ohne Zweifel eine wichtige Quelle der Stärke der Bewegung, ist von ganz untergeordnetem Interesse. Der Zweck des Buches als Ganzes kann als die Aufstellung eines antimarxistischen Sozialismus beschrieben werden, eine Reaktion gegen das laissez-faire, auf theoretischen Grundlagen aufgebaut, die von jenen von Marx grundverschieden sind, indem sie sich auf eine Verwerfung, statt auf eine Annahme der klassischen Hypothesen stützen, und auf eine Entfesselung des Wettbewerbes, statt auf seine Abschaffung. Ich glaube, daß die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird. Das Vorwort zu **Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld** wird dem Leser, wenn er es nachschlägt, die moralische Höhe Gesells zeigen. Die Antwort auf den Marxismus ist nach meiner Ansicht auf den Linien dieses Vorwortes zu finden.

Gesells besonderer Beitrag zur Theorie des Geldes und der Zinsen ist wie folgt. Erstens unterscheidet er deutlich zwischen dem Zinsfuß und der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, und er legt dar, daß es der Zinsfuß ist, welcher der Wachstumsrate des Realkapitals eine Grenze setzt. Dann hebt er hervor, daß der Zinsfuß eine rein geldliche Erscheinung ist, und daß die Eigentümlichkeit des Geldes, von der die Bedeutung des Geldzinsfußes herrührt, in der Tatsache liegt, daß ihr Besitz als Mittel, Reichtum aufzuspeichern, dem Besitzer unbedeutende Durchhaltekosten verursacht, und daß die Formen von Reichtum, wie Vorräte von Waren, die Durchhaltekosten bedingen, tatsächlich wegen des vom Geld gesetzten Standards einen Ertrag abwerfen. Er führt die verhältnismäßige Beständigkeit des Zinsfußes durch alle Zeitalter als Beweis an, daß er nicht von rein stofflichen Kennzeichen abhängen kann, da die Schwankungen des letzteren von einem Zeitabschnitt zum andern unberechenbar größer als die beobachteten Änderungen im Zinsfuß gewesen sein müssen; das heißt (in meiner Terminologie) der Zinsfuß, der von beständigen psychologischen Eigenschaften abhängt, ist beständig geblieben, während die stark schwankenden Kennzeichen, die hauptsächlich die Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bestimmen, nicht den Zinsfuß bestimmt haben, sondern die Rate, zu welcher der (mehr oder weniger) gegebene Zinsfuß dem Bestand an Realkapital zu wachsen erlaubt.

(Fußnote Seite 300“) 1 Gesell wich von George darin ab, daß er die Bezahlung einer Entschädigung empfahl, wenn das Land nationalisiert wird.

Aber die Theorie Gesells hat einen großen Fehler. Er zeigt, daß es nur das Bestehen eines Geldzinsfußes ist, der es möglich macht, aus dem Ausleihen von Warenvorräten ein Erträgnis zu erzielen. Sein Zwiegespräch zwischen Robinson Crusoe und einem Fremden¹ ist eine ganz ausgezeichnete wirtschaftliche Parabel - so gut wie nur irgend etwas dieser Art, was geschrieben wurde -, um diesen Punkt darzulegen. Nachdem er aber den

Grund angeführt hat, warum der Geldzinsfuß im Gegensatz zu den meisten Warenzinssätzen nicht negativ sein kann, übersieht er vollständig die Notwendigkeit einer Erklärung, warum der Geldzinsfuß positiv ist, und er unterläßt es, zu erklären, warum der Geldzinsfuß nicht durch den Standard beherrscht wird (wie dies von der klassischen Schule behauptet wird), der vom Erträgnis produktiven Kapitals gesetzt wird. Dies ist darauf zurückzuführen, daß ihm die Vorstellung der Vorliebe für Liquidität entgangen ist. Er hat nur eine halbe Theorie des Zinsfußes aufgebaut.

Die Unvollständigkeit seiner Theorie ist zweifellos die Erklärung, warum sein Werk von der akademischen Welt vernachlässigt worden ist. Er hat aber seine Theorie trotzdem weit genug entwickelt, um zu einem praktischen Schluß zu kommen, der den Kern dessen in sich tragen mag, was notwendig ist, obschon er in der vorgeschlagenen Form nicht durchführbar ist. Er legt dar, daß die Vermehrung von Realkapital durch den Geldzinsfuß aufgehalten wird, und daß, wenn dieses Hemmnis beseitigt würde, die Vermehrung von Realkapital in der modernen Welt so rasch sein würde, daß ein Nullgeldzinsfuß wahrscheinlich zwar nicht sofort, aber doch innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit gerechtfertigt sein würde. Die Hauptnotwendigkeit ist somit eine Senkung des Zinsfußes, und dies, hebt er hervor, kann dadurch erreicht werden, daß man veranlaßt, daß das Geld Durchhaltekosten bedingt, genau wie andere Vorräte unproduktiver Güter. Dies führte ihn zu dem berühmten Vorschlag von „gestempeltem“ Geld, mit dem sein Name hauptsächlich in Zusammenhang gebracht wird, und der die Zustimmung von Professor Irving Fisher erhalten hat. Nach diesem Vorschlag würden Banknoten (obschon er sich offenbar zum mindesten auch auf einige Formen von Bankgeld beziehen müßte) ihren Wert nur bewahren, wenn sie jeden Monat ähnlich wie eine Versicherungskarte mit auf dein Postbureau gekauften Marken gestempelt würden. Der Preis der Marken könnte natürlich auf jeder angemessenen Höhe festgesetzt werden. Nach meiner Theorie sollte er ungefähr gleich dem Überschuß des Geldzinsfußes (von den Marken abgesehen) über diejenige Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals sein, die einer Rate der Neuinvestition entspricht, die mit Vollbeschäftigung vereinbar ist. Die von Gesell tatsächlich vorgeschlagene Gebühr war 1 ‰ in der Woche, gleich 5,2% im Jahr. Dies würde unter bestehenden Verhältnissen zu hoch sein, aber die richtige Zahl, die von Zeit zu Zeit geändert werden müßte, könnte nur durch Versuch und Irrtum erreicht werden.

(Fußnote Seite 301) 1 The Natural Economic Order, S. 297 et seq.

Der hinter dem gestempelten Geld liegende Gedanke ist gesund. Es ist in der Tat möglich, daß Mittel gefunden werden könnten, um ihn in bescheidenem Rahmen in der Wirklichkeit anzuwenden. Aber es bestehen viele Schwierigkeiten, auf die Gesell nicht gefaßt war. Insbesondere war er sich nicht bewußt, daß das Geld nicht einzigartig darin ist, daß ihm eine Liquiditätsprämie anhaftet, sondern in dieser Beziehung nur im Grad von vielen anderen Waren abweicht, und daß seine Bedeutung daher rührt, daß es eine **größere** Liquiditätsprämie als irgendeine andere Ware hat. Wenn den Banknoten somit durch das Stempelsystem ihre Liquiditätsprämie genommen würde, würde eine lange Reihe von Ersatzmitteln in ihre Fußstapfen

treten - Bankgeld, täglich abrufbare Darlehn, ausländisches Geld, Juwelen und die Edelmetalle im allgemeinen und so weiter. Wie ich oben erwähnt habe, hat es Zeiten gegeben, in denen wahrscheinlich die Begierde nach dem Besitz von Land, ohne Rücksicht auf sein Erträgnis, dazu beigetragen hat, den Zinsfuß hoch zu halten; - freilich wäre nach Gesells System diese Möglichkeit durch die Verstaatlichung des Landes ausgeschaltet worden.

- Ende vom Abschnitt V. Im 23. Kapitel der Allgemeinen Theorie ... von Keynes -

Ob die Mängel im Denken von Gesell, auf die Keynes hinweist, zu Recht bestehen, braucht hier nicht geklärt zu werden. Auffällig ist, dass Keynes (nach dem zitierten Text geurteilt) keinen klaren Begriff vom Geld hat und das wirkt sich auf die Rationalität der Politik des Keynesianismus aus, die nicht auf eine Preisniveaustabilität ausgerichtet ist.

Ich kehre zurück zu Robert Lekachman und seinem Buch über *Revolutionär des Kapitalismus*, wobei zu vermuten ist, dass er die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus als Synonyme verwendet, womit sich viele Denkfehler in die Theorie der Ökonomie eingeschlichen haben. Ich hoffe, dass es mir gelingt zu zeigen, dass es keine gute Idee ist, für ein europäisches Aufbauprogramm die Bezeichnung Green Deal zu wählen, die ja offensichtlich vom Begriff New Deal abgeleitet ist.

Lekachman / Revolutionär ... KAPITEL 4 Die »General Theory«

Als ich 1939 als junger Student zuerst mit der Volkswirtschaftslehre in Berührung kam, benutzten wir als Lehrbuch die 1937 erschienene revidierte Ausgabe von Garver und Hansen, Principles of Economics. Alvin H. Hansen, heute emeritierter Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Harvard-Universität, sollte schon bald ein prominenter amerikanischer Schüler Keynes' werden. Er entwickelte unabhängig von ihm die Lehre von der säkularen Stagnation, nach der die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre als Dauerzustand erklärt wurde. In den Fachkreisen galt er als Spezialist für die Analyse der wirtschaftlichen Zyklen. Sein Lehrbuch wurde auf vielen angesehenen Colleges und Universitäten benutzt, noch 1947 kam eine dritte Auflage des Buches heraus.

Obgleich 1939 bereits ein halbes Dutzend Jahre des New Deal vergangen war, lag die Arbeitslosenquote noch immer sehr hoch. Welchen Aufschluß vermittelte nun diese Einführung in die Wirtschaftskunde, die zu den besten Lehrbüchern der damaligen Zeit zählte, den jungen Studenten über die Ursachen und mehr noch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit? Betrüblicherweise nicht sehr viel. Auf Seite 488 zeigte eine Grafik mit der Überschrift >Arbeitslosigkeit in amerikanischen Städten< den Verlauf der Ereignisse zwischen 1896 und 1936. Der aufmerksame Leser konnte dieser Grafik entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit 1921 bis auf rund 22 Prozent aller Be-

schäftigten emporgeschneit, dann im Laufe der zwanziger Jahre bis auf rund 9 Prozent zurückgegangen war, um zwischen 1929 und 1933 wieder auf knapp 25 Prozent anzusteigen. Was waren die Ursachen dieser Arbeitslosigkeit? Hier hatten die Verfasser wenig Tröstliches zu bieten. Als Ursachen betrachtete man offenbar >Verlagerungen in der Nachfrage und in der Produktionstechnik 1<. Und sie fuhrten fort: >So lange wir es mit einer dynamischen Gesellschaft mit ständigem Wandel und Fortschritt zu tun haben, wird notwendigerweise immer ein beträchtliches Maß an Arbeitslosigkeit vorherrschen.

Doch Garver und Hansen waren in ihren Ansichten keineswegs unmenschlich. Sie hatten ein Heilmittel anzubieten: >Eine echte Sicherung gegen Arbeitslosigkeit macht irgendeine Form der Arbeitslosenversicherung erforderlich.< Entsprechend wurde auf zwei vollen Seiten die Arbeitslosenvorsorge des Social Security Act von 1935 dargelegt; das Gesetz war gerade noch rechtzeitig für die Drucklegung des Buches verabschiedet worden. Das ist alles. Nach einer sehr großzügigen Schätzung widmeten diese führenden Lehrbuchautoren ihrer Zeit in einem recht umfangreichen Werk insgesamt kaum zehn Seiten der Analyse, Beschreibung und Behandlung des vorherrschenden wirtschaftlichen Problems der dreißiger Jahre. Der weitaus überwiegende Teil ihres Buches brachte die damals übliche Kost: Individuelle Marktpreise, Geld- und Bankwesen, Gewerkschaften, internationaler Handel, Besteuerung und die Wirtschaftslehre des Sozialismus. Eifrige junge Leute, die im Verständnis wirtschaftlicher Prinzipien die Hoffnung auf soziale Besserung suchten, hatten es sehr schwer.

Ein paar Jahre später stand ich selbst als Lehrer vor meinen Studenten. Ich richtete mich größtenteils nach Paul A. Samuelsons Economics, einem außerordentlich beliebten Lehrbuch, das bereits seine sechste Auflage erreicht hat. Welche Veränderungen waren nun innerhalb einer Generation eingetreten? Beginnen wir mit einem ganz mechanischen Vergleich. Der Index des Buches von Garver und Hansen enthält tatsächlich das Stichwort >Arbeitslosigkeit< mit einem Hinweis auf insgesamt acht Seiten. Anfang 1937 lag die Arbeitslosenquote über 10 Prozent. Samuelsons sechste Auflage erschien im Frühjahr 1964, zu einem Zeitpunkt, als die Arbeitslosenquote zwischen 5 und 6 Prozent schwankte. Der Index verweist die Studierenden jedoch auf insgesamt 43 Seiten. Das Problem Arbeitslosigkeit wird mit anderen Erscheinungen wie Technologie, Steuerlasten, Deflation, Schutzzöllen, Institutionen der Wirtschaft und Überbewertung der Währung in Verbindung gebracht. ... (Seite 94 ohne Fußnoten)

Mit anderen Worten: Die Arbeitslosigkeit wurde nicht durch den vom Geld ausgelösten Nachfrageausfall erklärt, wie es vor Keynes schon Gesell getan hat. Das bewirkte eine ökonomische Fehlsichtigkeit der Absolventen der Hochschulen, die dann von diesen in Ämter und Politik weitergetragen wurden. Nach meinem Eindruck ist die Lage der Studenten der Ökonomie von heute nicht besser geworden, sonst müsste die Auswirkung auf die Politik und Verwaltung eine andere sein. Ich versuche hier nicht, die Professoren in ihrer Berufsehre

zu kränken, die Mehrzahl der Menschen mit dieser Profession würde ich bei einer persönlichen Begegnung vermutlich als sympathische und ernsthaft denkende Menschen einstufen. Aber in der Organisation der Wissenschaft müssen Fehler vorhanden sein, sonst sind die nicht zufriedenstellenden Ergebnisse nicht erklärbar.

Im 24. Kapitel mit dem Titel *Schlussbetrachtungen über die Sozialphilosophie, zu der die Allgemeine Theorie führen könnte*, heißt es im V. Abschnitt:

Ist die Erfüllung dieser Ideen eine traumhafte Hoffnung? Haben sie ungenügende Wurzeln in den Beweggründen, welche die Umwandlung der politischen Gesellschaft beherrschen? Sind die Interessen, die sie durchkreuzen werden, stärker und deutlicher als jene, denen sie dienen werden?

Ich versuche an dieser Stelle nicht, eine Antwort zu geben. Es würde einen Band erfordern, dessen Charakter von diesem verschieden wäre, um selbst nur im Umriß die praktischen Maßnahmen anzudeuten, in welche sie allmählich gekleidet werden könnten. Wenn aber die Ideen richtig sind - eine Voraussetzung, auf die der Autor das, was er schreibt, notwendigerweise stützen muß - wäre es, wie ich voraussage, ein Fehler, zu bestreiten, daß sie im Verlauf einer gewissen Zeit Macht gewinnen werden.

Im gegenwärtigen Augenblick erwarten die Menschen mehr als sonst eine grundlegendere Diagnose, sind sie ganz besonders bereit, sie aufzunehmen, begierig, sie auszuprobieren, wenn sie nur einigermaßen annehmbar sein sollte. Von dieser zeitgenössischen Stimmung abgesehen, sind aber die Gedanken der Ökonomen und Staatsphilosophen, sowohl wenn sie im Recht, als wenn sie im Unrecht sind, einflußreicher, als gemeinhin angenommen wird. Die Welt wird in der Tat durch nicht viel anderes beherrscht. Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben, sind gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen. Wahnsinnige in hoher Stellung, die Stimmen in der Luft hören, zapfen ihren wilden Irrsinn aus dem, was irgendein akademischer Schreiber ein paar Jahre vorher verfaßte. Ich bin überzeugt, daß die Macht erworbener Rechte im Vergleich zum allmählichen Durchdringen von Ideen stark übertrieben wird. Diese wirken zwar nicht immer sofort, sondern nach einem gewissen Zeitraum; denn im Bereich der Wirtschaftslehre und der Staatsphilosophie gibt es nicht viele, die nach ihrem fünfundzwanzigsten oder dreißigsten Jahr durch neue Theorien beeinflusst werden, so daß die Ideen, die Staatsbeamte und Politiker und selbst Agitatoren auf die laufenden Ereignisse anwenden, wahrscheinlich nicht die neuesten sind. Aber früher oder später sind es Ideen, und nicht erworbene Rechte, von denen die Gefahr kommt, sei es zum Guten oder zum Bösen. (S.323 f.)

Ende Keynes-Auszug. Anzumerken ist, dass das Wohl und Wehe von der Richtigkeit und Geschwindigkeit der Übertragung und der Adaption der Erkenntnisse in der Ökonomie abhängt. Hier liegt ein so großes Versagen der Wissenschaftspolitik und

der Wirtschaftswissenschaft vor, das es berechtigt ist, von einem verbrecherischen Verhalten der Betroffenen zu sprechen. Wenn man aber diesen Personenkreis befragen würde, würden sie sich vermutlich alle von dem Vorwurf als nicht betroffen ausgeben.

Zurück zu Lekachman: Es ist eigentlich zu viel aus seinem Buch, was ich hier einfüge, Ich habe aber den starken Verdacht, dass bei der Formulierung der Politik des Green Deals zu stark von idealistischen Vorstellungen des historischen New Deals ausgegangen wird. Es ist also nützlich, von einem Zeitzeugen des Geschehens in der Vergangenheit berichten zu lassen. Ich will aber nicht behaupten, dass ich die aussagekräftigsten Passagen aus Lekachmans Buch gefunden haben. Ich gehe sowieso davon aus, dass die Leserin oder der Leser, die Passagen dieser Textzusammenstellung überspringt, die ihr oder ihm nicht interessieren.

KAPITEL 5

Die Politik des »New Deal«

Landläufige Meinungen gehen sehr oft an der Wirklichkeit vorbei. So ist es auch beim Ruf, den die beiden ersten Amtszeiten Präsident Roosevelts in der Öffentlichkeit genießen. Im Laufe der Jahre haben sich Vorurteile fest sedimentiert, die Erinnerung an damalige Ereignisse ist verblaßt. Aus diesem Grunde pflegt die Wirtschaftspolitik des New Deal fast schon mechanisch mit den währungs- und steuerpolitischen Empfehlungen der General Theory in Verbindung gebracht zu werden. Viele konservative Bürger haben Roosevelts Anfangsjahre als eine Zeit massiver Staatsverschuldung im Gedächtnis. Jedoch ziehen sie aus ihren lückenhaften Erinnerungen den falschen Schluß, daß das Unvermögen, der Arbeitslosigkeit in ausreichendem Maße mit dem Mittel des >deficit spending< entgegenzutreten, nichts weiter darstellt als den gescheiterten Versuch, Keynesianische Finanzpolitik in der Praxis anzuwenden. Nicht wenige Gegner Keynesianischer Wirtschaftspolitik haben sicherlich aus George Humphreys Erklärung Trost geschöpft, die er während seiner Amtszeit als Finanzminister unter Eisenhower abgegeben hat: durch Geldausgaben können wir nicht reich werden. Die Lehre aus den 30er Jahren lautet jedoch völlig anders. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Mehrheit unter den Wirtschaftswissenschaftlern mit folgenden vier Thesen übereinstimmen:

Erstens: Erst seit 1938 haben sich Roosevelts Hauptberater stark von Keynes beeinflussen lassen. Weitere Anzeichen dafür, daß Roosevelt selbst jemals Einsicht in die Zweckmäßigkeit einer Politik des unausgeglichenen Haushalts, des >deficit spending< oder der Staatsverschuldung größeren Ausmaßes gehabt oder sie auch nur voll verstanden hätte, gibt es nicht. In seinen Augen konnte eine optimale Ausgabenpolitik nur von echten Nachfahren sparsamer kalvinistischer Ahnen aus den Niederlanden betrieben

werden.

Zweitens: Vom Keynes'schen Standpunkt aus lassen sich die Entscheidungen der 30er Jahre wie folgt zusammenfassen: Eine Finanzpolitik, die zu zaghaft und zu unschlüssig vorgeht, die zu oft im Widerspruch zu anderen Maßnahmen mit gegensätzlichen Zielrichtungen steht, wird nicht in der Lage sein, den Beschäftigungsgrad und das Volkseinkommen in dem Umfang zu steigern, wie es zur Wiederherstellung der Prosperität erforderlich ist. Zwischen Reform und Restauration hin- und herschwankend, hat die Politik des New Deal beide Ziele nicht im gewünschten Umfang realisieren können.

Drittens: Das Modellbeispiel für die Wirksamkeit Keynes'scher Gegenmittel wurde nicht in den 30er Jahren geliefert, sondern durch das gewaltige Anschwellen der Staatsausgaben während des Krieges sowie durch den darauffolgenden Boom der Konsumgüter in der Zeit kurz nach dem Krieg. Beide Ereignisse beweisen, daß eine Regierung Arbeitslosigkeit ausschalten kann, wenn sie hinreichende Ausgaben bei hinreichender Verschuldung des Staates tätigt. Wie Keynes selbst bereits in seiner *General Theory* bemerkt hat, sind Militärausgaben eines der wenigen konkreten Mittel, mit denen der Staat die Gesamtnachfrage ausdehnen kann.

Viertens: Gegen Ende der Ära Roosevelt hat die Keynes'sche Lehre ohne Zweifel eine deutliche Auswirkung auf die Politik der öffentlichen Hand gehabt, jedoch hat sich der Zeitpunkt, zu dem diese Wirkung zum Tragen kam, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges verzögert. In den 30er Jahren war der Keynes'sche Einfluß weit mehr unter Wirtschaftswissenschaftlern und verhältnismäßig jungen Beamten als bei Politikern und den Leitern bedeutender staatlicher Stellen verspürbar.

Woraus aber bestand nun die Wirtschaftspolitik der beiden ersten Amtsperioden Roosevelts? Es fällt schwer, bei Betrachtung der ersten Jahre von Roosevelts Präsidentschaft ein Gefühl der Ironie zu unterdrücken. Wie bereits im 4. Kapitel ausgeführt, prangerten Roosevelts Parteiprogramm und, in noch stärkerem Ausmaße, seine Wahlkampfreden die Defizitpolitik Hoovers sowie dessen Verschwendung staatlicher Mittel an, die das Defizit verursacht hatte.

130

In der Tat, wenn sich überhaupt eine Grundlinie aus Roosevelts Wahlkampfaussagen herauslesen läßt, dann spiegeln sie jene Vorliebe britischer Finanzminister für staatliche Sparmaßnahmen während Depressionen wider, über die gerade Keynes einige seiner scharfsinnigsten Schmähchriften verfaßt hat. ... (S. 129 f.)

Weiter mit Lekachman:

Eine >reife Volkswirtschaft< wird nicht mehr durch intensive Investitionstätigkeit nach vorn getrieben. Genau das war die Lage der amerikanischen Wirtschaft. Betrachten wir zuerst die überragende Rolle des Bevölkerungszuwachses. Seit Smiths *Wealth of Nations* (Vom Reichtum der Nationen) haben die Wirtschaftswissenschaftler schnellen Bevölkerungszuwachs als Anreiz für intensive Investitionstätigkeit erachtet. Hansen erinnerte seine

Zuhörer daran, daß Adam Smith bewiesen hatte, daß eine wachsende Bevölkerung eine differenziertere Arbeitsteilung sowie eine steigende Produktivität pro Kopf ermöglichte. Mehr noch, größere Bevölkerungszahlen erleichterten die Ausdehnung der Konsumgütermärkte. Je ausgedehnter diese Märkte sind, desto stärker wird weitere Arbeitsteilung gefördert.

Seit 1776 war eine lange Zeit vergangen. Konnte man Smiths Einsicht ohne weiteres auf die Verhältnisse des Amerika von 1938 übertragen? Hansens Versuch stützte sich auf zwei neue Begriffe >Kapitalausweitung< und >Kapitalvertiefung<.

Er drückte den Unterschied zwischen beiden wie folgt aus: >Die Kapitalausweitung hängt von einer Ausweitung des End-Outputs ab. Dieser wiederum ist abhängig a) von einem Ansteigen der Bevölkerungszahl und b) einem Anstieg in der Produktivität pro Kopf der Bevölkerung, dem andere Ursachen als ein gesteigerter Kapitaleinsatz pro Output-Einheit zugrunde liegen.< Dies läßt sich auch so ausdrücken: Die Kapitalausstattung wird erweitert, wenn der nationale Output an Konsumgütern, Wohnungen, Fabriken und ähnlichem eine erhöhte Nachfrage nach Maschinen und anderen Anlagen zur Deckung der Marktnachfrage hervorruft. Hierbei wird ein konstanter Stand der Technik angenommen. Im Gegensatz dazu >resultiert die Vertiefung des Kapitals teilweise aus kostensenkenden technischen Änderungen, teilweise (obwohl dies wahrscheinlich ein weniger wichtiger Faktor ist) aus der Senkung der Zinssätze und teilweise aus Veränderungen in der Zusammensetzung des gesamten Outputs, womit besonders Bezug auf die Kapitalmenge, die man zu seiner Produktion benötigt, genommen wird.< Kurz gesagt: Kapital wird vertieft, wenn im Produktionsprozeß Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt werden und die Kapitalmenge, die benötigt wird, um eine gegebene Gütermenge zu produzieren, steigt. So befaßt sich die heutige Diskussion über die Ausbreitung der Automation (siehe Kap. 11) mit einem Vertiefungsproblem folgender Art: Ist Arbeitskraft durch Realkapital in einer ungewöhnlich schnellen Geschwindigkeit oder auf signifikant abweichende Art und Weise ersetzt worden? ... (Seite 152 f.)

Ich wollte diesen Ausschnitt aus Lekachmans Würdigung von Keynes Wirken und Bedeutung erst wieder löschen, weil mir der Aufklärungswert nicht besonders gelungen scheint. Aber Lekachman stellt Keynes ja als Revolutionär des Kapitalismus vor und nicht als einen der Marktwirtschaft. Vielleicht hat er zu seiner Zeit noch gar nicht gelernt, dass beide Begriffe unterschiedliche Inhalte haben. Nach meiner Einsicht – die mag nicht weit über den Tellerrand hinausreichen, aber ich habe keine andere – ergibt sich daraus die Verwirrung in der Theorie der Ökonomie, die sich immer wieder negativ auf die Praxis auswirkt.

Mit dem Begriff >reife Volkswirtschaft< ist die Rentabilitätskrise des Kapitalismus gemeint, die immer dann eintritt, wenn allgemein eine Investition keine genügend hohe Rendite mehr abwirft. Man muss sich den Kapitalismus als eine Schmarotzerpflanze vorstellen, die sich

nicht nur von der Gastpflanze Marktwirtschaft ernährt, sondern auch noch die Fähigkeit hat, die Wirtspflanze (Marktwirtschaft) sterben zu lassen, wenn diese nicht mehr der schmarotzenden Pflanze (dem Kapitalismus) genügend an Nährstoffen (Rendite) liefert, obwohl sie für sich genommen noch genügend erzeugt (weil sie in diesem Stadium noch die Wirtschaftlichkeit erreicht, die für den Selbsterhalt erforderlich ist). In dieser unzureichenden Klärung bzw. Nichtaufklärung hat die ganze Wachstumsideologie ihren Ursprung. Vollbeschäftigung kann man in der Marktwirtschaft auch bei einem Null- oder Minuswachstum haben, wenn dafür gesorgt wird, dass alle Einkommen wieder zur Nachfrage werden. Dazu ist eine Ergänzung des Saysche Theorems erforderlich. Daran hat sowohl Keynes wie auch Gesell gearbeitet.¹⁷ Die Lösung von Keynes hat dabei erhebliche Nebenwirkungen, die sich in einer Staatsverschuldung und / oder eine Inflationierung der Währung ausdrücken. In einer vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft würde eine >Kapitalvertiefung> durch eine Automatisierung (Einsatz von technischen Produktionsmitteln – z.B. Roboter - , die nur einen Anspruch auf eine Vermögensbestandssicherung und nicht auf eine Rendite haben) nicht zur Arbeitslosigkeit führen, sondern zu Arbeitszeitverkürzungen.

Dass man mit Adam Smith in der Gegenwart nicht mehr in Bezug auf die Beschäftigung arbeiten kann – wie Lekachman meint – konnte ich in der Schnelle für mich nicht klären. Im Internet stieß ich auf einen Beitrag unter dem Titel „Der Segen des Egoismus“ von Peter Bofinger in der FAZ vom 24. 8. 2013, wo ein Bildnis von Adam Smith untertitel ist mit:

Adam Smith hat als Erster den Wert des Ego-Kapitalismus erkannt: Der Eigenliebe des Bäckers ist es zu danken, dass wir satt werden. Aus unserer Serie „Die Weltverbesserer“

Ich habe in dem umfangreichen Sachregister des 860 Seiten umfassenden Werkes von Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen / Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen* nachgeschaut. Das Buch enthält auf Smith bezogen den Begriff Kapitalismus gar nicht. Es kommt nur in der Würdigung von Smith durch seinen Herausgeber Horst Claus Recktenwald in der deutschen Ausgabe von 1974 vor und der setzt es in Anführungsstrichen neben dem Begriff Marktwirtschaft ohne Anführungsstriche. Aber schon auf der Seite 50 des Smith-Textes ist zu lesen, dass der Grundbesitzer seinen Boden nicht mehr anbietet, wenn ihm die (Grund- oder Boden-)Rente nicht hoch genug ist. Und diese Zurückhaltung vom Angebot mit dem Ziel einen Ertrag ohne Gegenleistung zu erzielen, kann mit allen Gütern betrieben werden, die eine Monopolstellung haben und geringe oder keine Erhaltungs-

¹⁷ Ob sie jeweils von diesem Theorem ausgegangen sind, nehme ich gar nicht an, sondern bei ihren Überlegungen müssen sie auf den Inhalt gestoßen sein, der hier gemeint ist.

kosten verursachen. Diese Mittel sind neben dem Boden, das Geld – ohne dem eine arbeitsteilige Wirtschaft, die keine Zwangswirtschaft sein soll, nicht betrieben werden kann – und das Patentrecht, das ursprünglich die Arbeitsleistung des Erfinders schützen sollte und heute in der Hauptsache dem Rechteinhaber dazu dient, das Angebot in seinem Sinne zu manipulieren und die gesellschaftliche Vorleistung, die in jedem Patent steckt für sich auszubeuten. Damit sind auch die Kernelemente des Kapitalismus beschrieben.

Der von Bofinger thematisierte Egoismus hat in der Marktwirtschaft eine positiv dienende Wirkung auf die Gemeinschaft, während er im Kapitalismus eine negative, zerstörerische Kraft ist. In der Marktwirtschaft fällt ein unangemessener Umgang mit dem Egoismus auf den Egoisten zurück, während er im Kapitalismus zulasten der Gemeinschaft geht. Während man den Egoismus in der Marktwirtschaft auf ein persönliches Verhalten zurückführen kann, liegen die Dinge beim Kapitalismus anders. Hier muss von einem Systemfehler gesprochen werden. Die Moral von Personen kommt beim Kapitalismus erst dann ins Spiel, wenn Individuen trotz des Erkennens der negativen Wirkungen des Kapitalismus sich für seinen Erhalt einsetzen.

Ich wollte nun den hier lesenden Zeitgenossen, die sich lieber über Marx – der ein bekennender Nicht-Marxist war – dem Thema nähern wollen, einen Tipp geben. Nur tue ich mich da schwerer. Ich habe von der Marx-Engels-Ausgabe zwar 6 Bände im Regal stehen, bin da aber nicht so richtig zu Hause. Ich habe daher als Stichwort in eine Suchmaschine eingegeben „Marx und die Rentabilitätskrise“. Als erster Text wurde mir zum Lesen angeboten die mir vertraute Schrift *Die Überwindung des Kapitalismus unter Beibehaltung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs* von Karl Walker. Veröffentlicht unter:

<http://www.meinepolitik.de/marktsoz.htm> ¹⁸

18 Ich habe diesen Text selber auf meine Internetseite:

http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.21%20Walker%20Ueberwindung%20Kap..pdf

Ich war nun neugierig, wer den Text außer mir noch ins Netz gestellt hat. Es ist der im Alter von 85 Jahren verstorbene Wilhelm Röhl. Er stellt sich wie folgt vor:

>> Ich werde hier einige Papiere veröffentlichen, die ich im Laufe meiner Tätigkeit als SPD- Kreistagsabgeordneter und als BUND- Mitglied erstellt bzw. mit anderen Genossen bzw. Naturfreunden beschlossen habe. Es soll auch gezeigt werden, dass diese Papiere nicht nur geschrieben und im Papierkorb gelandet sind, sondern auch, wenn insgesamt auch bescheiden, etwas in der Gesellschaft und Politik bewirkt haben. Die einzelnen Berichte werden nach und nach hier erscheinen. Sehr oft können sie mit aktuellen Ereignissen verbunden werden. Denn viele politischen Vorgänge wiederholen oder ähneln sich.<<

<http://www.meinepolitik.de/homepage.htm>

Auch Karl Walker, dessen Schrift er vorstellt, war als Mitglied der SPD in einem Stadtrat. Da ich das Modell der Sozialdemokratie kritisiere und allgemein die Politik nicht nur in Deutschland beherrscht, ist es mir ein Bedürfnis darauf hinzuweisen, dass die Modell-Kritik nicht mit einer mangelnden Sympathie für die Mitglieder der SPD zu tun hat. Die sind mir so lieb, wie die Mitglieder der anderen Parteien auch.

Was bei Lekachman als >reife Volkswirtschaft< mehr versteckt als beleuchtet wird, ist die von Marx beschriebene Eigenschaft des tendenziellen Falls der Profitrate. Und dieser Fall tritt immer ein, wenn nach einer längeren guten Konjunktur die Kapitalbildung so hoch war, dass das Kapital sein Charaktermerkmal der Knappheit als Voraussetzung der Erpressung einer zufriedenstellenden Rendite oder Zinsertrages verliert. Dann kann sich der Kapitalismus nur durch eine Reinigungskrise retten. Diese Reinigungskrise kann auch in einem Krieg oder einer Pandemie wie der Corona-Krise bestehen. (Nicht vergessen: Der Kapitalismus ist keine Person, sondern ein Überlagerungssystem, ein Systemfehler in der Marktwirtschaft mit parasitärer Wirkung, der in anderer Form in der Zentralverwaltungswirtschaft so gut wie unvermeidbar ist.

Ich kann noch auf zwei Arbeiten verweisen: Georg Otto, ein wesentlicher Akteur beim Aufbau der grünen Partei, erst bei der GLU, dann bei der SPV (Sonstige politische Vereinigung bei der damaligen Europawahl) Die Grünen und danach bei der Bildung der Bundespartei DIE GRÜNEN, hat 1991 eine Broschüre veröffentlicht mit dem Titel:

Warum der Marxismus scheitern mußte / Widersprüche zwischen Mehrwerttheorie – Grundlage der realsozialistischen Versuche und der Geldtheorie von Marx – Basis eines Sozialismus in Freiheit?

Vielleicht findet man hier ein Bezugsquelle: www.alternativen.bi

Eine Biographische Notiz ist zu finden unter:

<https://www.yumpu.com/de/document/read/51203533/georg-otto-alternativen>

Dann liegt mir noch vor eine Arbeit mit dem Titel:

Der Kapitalismus als monetäres Syndrom / Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie von 1988

Von Dr. Dieter Suhr, er war Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik und eine Zeit lang Verfassungsrichter in Bayern. Er ist tödlich verunglückt. Texte wie *„Auf die Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft“*, *„Die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus“*, *„Geld ohne Mehrwert – Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten“* und *„Gleiche Freiheit“* sind wertvolle Beiträge für eine humane Wirtschaft. Die Quellen sind zu erschließen über:

<https://www.dieter-suhr.info/de/>

<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/fragen-der-freiheit/heft206/suhr-leben.htm>

Es geht wieder weiter mit den Auszügen aus dem Buch „Revolutionär des Kapitalismus“ von Robert Lekachman. Ich habe zwar Bedenken wegen des Umfanges der Auszüge, aber mir geht es darum, dass das tragende Skelett vom New Deal sichtbar und klar wird, dass die Befürworter eines Green Deals sich nicht einfach mit der Vorlage des historischen „Deals“ zu-

friedengeben, wenn er für die nächsten Jahrzehnte tragfähiges Modell der Ökonomie in Europa werden soll.

Die Vereinigten Staaten befanden sich in einer scheinbar ausweglosen Situation. Einerseits >konnte die fortdauernde Arbeitslosigkeit großen Umfangs, deren Ursachen in unzureichenden Möglichkeiten für private Investitionen lagen, zu einer in allen Bereichen reglementierten Wirtschaft führen<. Das konnte jedoch >auch eintreten, wenn man einen indirekten Weg mit langsamer Entwicklung einschlug und ein weit ausgedehntes Programm staatlicher Ausgabenpolitik verwirklichte<. Keiner dieser beiden Wege schien ein glückliches Ende zu nehmen. Die beste Lösung schien ein Programm zu sein, >das durch Staatsausgaben Nettoeinkommen schuf< und sie dann wohlweislich >einschränkt, wenn wir uns dem Stadium der Vollbeschäftigung und dem entsprechenden Einkommensniveau nähern<. Aber selbst dann gab es noch einige sehr gefährliche Fallgruben: Engpässe in der Produktion (bottlenecks), steigende Kosten, übermäßige Lohnforderungen und die heimtückische Lohn-Preis-Spirale bei sinkender Auslastung der Kapazitäten<. Auch Hansen mußte zugeben, keine vollständige Lösung dieses Problems parat zu haben: >Die Fragen, die ich angeschnitten habe, sind eine Herausforderung an unser Fach.< (S.157)

Politische Entscheidungen in ökonomischen Krisenlagen sind immer schwer, aber besonders, wenn die Vorstellungen von den Ursachen und Lösungen der anstehenden Probleme unklar sind und nicht das Allgemeininteresse, sondern die Sonderinteressen von speziellen Schichten der betreffenden Gesellschaft geschützt oder durchgesetzt werden sollen. Den Völkern und dem Völkerfrieden bekommt es nicht, wenn sich in die Theorie der Ökonomie zu viel Ideologie oder Ehrgeiz der Forschenden, Lehrenden und Propagandisten versteckt. Die Frage ist, ob die Ausgangssituation für den Green Deal heute besser ist als in der Vergangenheit für den New Deal. Ich vermute, dass das Märchen von der >heimtückische Lohn-Preis-Spirale< auch heute noch erzählt wird. Auch wird noch immer die Vorstellung, dass die durch das Deficit spending angeschobene Nachfrage, bei besserer Konjunktur wieder zurückgenommen werden könnte, trotz gegenteiliger Erfahrung in den Köpfen der Befürworter dieser Methode vorhanden ist.

Lekachman:

Der Krieg hat einen Grundsatz Keynes'scher Theorie unterstrichen: Zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen haben sich alle Kriege (vor dem Atomzeitalter) als ideal erwiesen. Da die gesamte Kriegsproduktion, ökonomisch gesehen, reine Verschwendung darstellt, gelangt man nie in die Gefahrenzone der Überproduktion. Selbst eine Nation mit hohem Entwicklungsstand könnte so viele Schulen, Straßen, Wohnhäuser, Erholungsgebiete und Kranken-

häuser bauen, daß damit der gesamte Bedarf abgedeckt wird. Was geschieht, wenn sich die Nachfrage nach vollkommen nutzlosen Dingen bis ins Uferlose potenziert? Was geschieht, wenn diese Nachfrage tatsächlich durch die Ausgabe von neuem (Papier-Geld) finanziert wird? Die Periode von 1941-1945 war durch Vollbeschäftigung, geschäftige Fabriken und einen Produktionsanstieg bei nützlichen und nutzlosen Dingen gekennzeichnet. Im wirklichen Leben resultierten diese Ereignisse aus ökonomischer Verschwendung, genau wie Keynes es vorausgesagt hatte. Im Zweiten Weltkrieg waren Panzer, Bomber und Flugzeugträger das Gegenstück zu den Pyramiden Ägyptens, den Kathedralen des Mittelalters und vergrabenen Flaschen, gefüllt mit Geld. (S. 177)

Will Europa, das so viel unter Kriege gelitten hat, wirklich ein Ökonomie-Modell, das seine Wirkung erst voll in einem Krieg entwickelt, wählen? Will die grüne Partei, die in ihrer Gründungszeit ausgeprägte pazifistische Tendenzen hatte, wirklich ein solches Ziel verfolgen? Wollen die Umwelt bewegten Menschen, wirklich eine Ökonomie wählen, deren Entfaltung auf Verschwendung aufgebaut ist?

Panzer, Bomber und Flugzeugträger mit den Kathedralen des Mittelalters in Verbindung zu bringen, ist ökonomisch gesehen völlig daneben. Selbstverständlich haben viele Menschen beim Bau der Kathedralen Arbeit gefunden. Aber diese Arbeiten waren kein Arbeitsbeschaffungsprogramm, sondern konnten gebaut werden, weil der Aufwand für den Lebenserhalt so gering und sicher war. Ihr Bau waren Ausflüge in eine kreative Lebensgestaltung, die von religiösen Vorstellungen inspiriert wurden. Es wird berechtigt vermutet, dass in dieser Zeit eine Vollbeschäftigung herrschte, die von einem Geld – den Brakteaten – getrieben war, das sich nicht für die Wertaufbewahrung eignete. Aus Anlass des achthundert jährigem Stadtjubiläum Neustadt a. Rbge. habe ich einiges zu dem Thema zusammengetragen.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/133.0.Brakteaten.800.Jahre.Neustadt.pdf>

Auch die „ vergrabenen Flaschen, gefüllt mit Geld“ - in der Vergangenheit -, die nur in Zeiten guter Konjunktur gefüllt werden konnten, haben doch immer einen Nachfrageausfall und damit eine Depression erzeugt. Dieses Beispiel ist eine Begründung dafür, dass die dem Geld zugeschriebene Wertaufbewahrungsfunktion unsinnig ist und Geld, was sich verschatzen lässt, für eine bekömmliche Ökonomie untauglich ist, aber nicht dafür, dass die Rüstung und der Krieg taugliche Instrumente für eine Dauerkonjunktur sind.

Im übrigen liegt auch hier eine wesentliche Ursache des Antisemitismus. In diesen Zeiten außerhalb des Hochmittelalters ¹⁹ , als den Juden mit einer religiös verbräm-

¹⁹ Die Schrift „Das Hochmittelalter – Ein Geschenk des Mittelalters“ , befindet sich auf meiner Internetseite.

ten Konkurrenzabwehr der Zugang zu den ehrlichen Berufen verwehrt wurde, mussten sie notgedrungen in das Geschäft mit dem Geld und den Handel ausweichen. Auch soll es vorgekommen sein, dass sie Hüter der Münze (Münzprägestalten) wurden. Und für die Mängel, die den Währungen anhaften und die damit verbundene Zinsproblematik, die es von der ersten Münzprägung bis heute gibt, wurden die Juden verantwortlich gemacht. Und diesen Verursacher-Mythos werden sie wohl so lange nicht los, bis ein allgemeines sicheres Wissen über eine einwandfrei funktionierende Währung in den Völkern verankert ist.

Lekachman:

Offensichtlich hatte der New Deal die stagnierende Volkswirtschaft nicht wieder in Gang bringen können. Aber immerhin hatte man mit dem Einsatz von ausgedehntem >deficit spending< bereits den richtigen Weg betreten: >Aus den letzten fünf Jahren läßt sich die Lehre ziehen, daß Staatsausgaben ein wirksames Mittel zur Schaffung von allgemeinem Wohlstand sind.< Durch umfangreichere Ausgaben hätte man im New Deal weit zufriedenstellendere Ergebnisse erzielen können. Die Rezession von 1937-1938 bewies jedoch die Notwendigkeit durchgreifender Änderungen in der Struktur der amerikanischen Volkswirtschaft, >deficit spending< allein reichte nicht aus. Da >in Amerika heute eine langfristige Trendverschiebung stattfindet<, benötigte man koordinierte Regierungsmaßnahmen zur Neuordnung der institutionellen Verhältnisse, die den chronischen Mangel an Gesamtnachfrage verursacht hatten, der seinerseits wieder die Verantwortung für die hohe Arbeitslosigkeit trug. (S. 178)

Hier wird für mich sichtbar, warum die Sozialdemokraten vom Marxismus auf den Keynesianismus, aber nicht auf die Freiwirtschaft umsteigen konnten. Im Gegensatz zum Marxismus ist die von Silvio Gesell begründeten Ökonomieschule an die Marktwirtschaftsordnung, also an ein dezentrales System, gekoppelt. In dem der Staat auf den Normgeber und Hüter des Wettbewerbs beschränkt ist. Die Sozialdemokraten konnten sich den Staat aber nur als Akteur im wirtschaftlichen Handeln vorstellen. Die Freiwirte hingegen wollten nur jene Strukturen und Institutionen ändern, die die Ungerechtigkeit und Unsicherheit in der Ökonomie verursachen und die erforderliche Gestaltungsfreiheit verhindern. Die Ermöglichung des selbstwertbewussten, mündigen Bürgers, der aus eigener Kraft, wenn er arbeiten will und kann, für sich und die seinen alleine - oder im frei gewählten Verbund mit anderen - sorgen kann, ist hier das Ziel. Das Einkommen wird im Wesentlichen aus der Arbeitsleistung bezo-

Der Autor der Schrift ist der verstorbene Arzt Dr. Hans Weitkamp,

gen und nicht aus dem Kapital, weil die Wirtschaftsgüter ihren Kapital-Charakter verlieren. Es wird so das alte sozialistische Ziel: „Der Arbeit der volle Arbeitsertrag!“ - bis auf den übermäßigen Teil, der sich ein anmaßender Staat aneignet - erreicht. In einen Datenkranz, den der demokratische Staat dann setzt und dem dann die ökologischen Belange berücksichtigt werden, können sich die wirtschaftlichen Akteure dann frei bewegen. Im marktwirtschaftlichen Staat ist er selber in der Wirtschaft kein Akteur mit Ausnahme des Auftraggebers, für die Erhaltung und den Ausbau von Institutionen und Strukturen geht, die nicht oder nur mangelhaft in privatrechtlicher Form betrieben oder hergestellt werden können. Das Modell ist verwandt mit jener Ökonomie, die sich die Ordoliberalen vorstellten, legt aber ein größeres Gewicht auf die Geld- und Bodenprobleme und damit auf eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung, nicht durch Umverteilung, sondern durch den vom Kapitalismus befreiten Markt. Die Unterscheidung zum Neoliberalismus (Chicagoer Schule) ist größer oder so groß, dass von einer Gegnerschaft gesprochen werden kann. Ich gehe aber davon aus, dass das heutige Erscheinungsbild des Neoliberalismus nicht die Form von Ökonomie ist, die sich Entwickler dieses Modell gewünscht haben. Gegen dem marxistisch begründeten Kommunismus als staatliches Modell besteht, seitens der Freiwirtschaft eine eindeutige Ablehnung. Gegen privatrechtlich organisierten kommunistische Kommune, die durch freie Bürger eingeführt werden und im Markt mit anderen Unternehmensformen konkurrieren und keine Kartelle und Monopole bilden, bestehen keine Einwände. Mit Aversionen seitens der Freiwirtschaft ist zu rechnen, wenn Bürger unfreiwillig vom kapitalistischen Joch in ein kommunistisch gezwungen werden sollen. Es ist nicht eine Gegnerschaft gegen Marx, sondern gegen den Marxismus, der als ideologisches Betriebsprogramm einer Zentralverwaltungswirtschaft gewählt wurde. An diese Vorstellung waren die Sozialdemokraten aber lange gebunden und bestimmt nicht aus Böswilligkeit oder weil sie sich selbst kasteien wollten, sondern weil sich ihnen kein freiheitlicher Weg erschloss. Von ihrer Tradition und von den eingeübten Denkfiguren her kam und kommt ihnen die Freiwirtschaftslehre als Spinnerei oder Verrat an ihren eigenen Vorstellungen vor. Aber auch jenen Bürgern, die sich in der FDP oder bei den Christdemokraten engagieren oder diese Parteien wählen, scheint es unmöglich zu sein, sich eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus²⁰ vorzustellen.

Bei Keynes spielt der Staat nicht die allumfassende Rolle wie im Marxismus, aber doch we-

20 Der Begriff Marktwirtschaft ohne Kapitalismus ist später gebildet worden und mit dem Wort „natürlich“ in Natürliche Wirtschaftsordnung ist nicht gemeint, dass es diese in der Natur gibt, sondern Gesell sagt damit, dass die Ordnung, die wir uns geben, die Natur des Menschen, so wie sie ist, berücksichtigen muss, wenn sie brauchbare Ergebnisse erzielen soll.

sentlich mehr als bei Gesell. Meiner Meinung liegt das daran, dass Gesell die Wirtschaft als kybernetisches System (oder als ein Element der Selbstorganisation der Gesellschaft) besser zu Ende gedacht hat als Keynes. Wobei bei Keynes ein Mangel an Intelligenz nicht die Ursache gewesen sein kann. Vielleicht wollte er nicht einfach als einer dastehen, der bekennen musste, dass die Lösung der hauptsächlichen Probleme bereits ein anderer gefunden hat. Es kann aber auch sein, dass Keynes Gesell in letzter Konsequenz nicht ganz verstehen konnte, weil er keinen eindeutigen Geldbegriff hatte.

Aber das sagt einer, der von der Volkswirtschaftslehre nur angehaucht ist, aber so viel versteht, dass er feststellen kann, dass die verschiedenen Fakultäten der Ökonomie diese dahinter stehenden Fragen wie solche des Glaubens in Priesterseminaren konkurrierender Konfessionen behandeln. Die Freiwirtschaft vermittelt aber keine Glaubenselemente, sondern nachvollziehbare Erkenntnisse. Die Ignorierung dieser Erkenntnis hat der Menschheit im vorigen und dem gegenwärtigen Jahrhundert schon viele Kriege gekostet, Millionen von Menschen den frühen Tod gebracht oder auch nur ihr Lebensglück gekostet. Das beantwortet aber noch nicht die Frage, warum die Anhänger der Sozialdemokratie Keynes folgen konnte, aber nicht Gesell. Ich habe dazu in der Literatur noch keine Erklärung gefunden, sondern mir nur meine eigenen Gedanken gemacht. Ich nenne daher das Modell Sozialdemokratie ein Gutsherrenmodell ²¹, das entstanden ist, als Arbeitnehmer in einer miserablen, unsicheren und abhängigen Position waren. Die Mägde und Knechte, die sich durch ihre Sozialisation und weil sie zu den Landlosen gehörten nicht vorstellen konnten, selbst Bäuerinnen und Bauern zu werden, kamen bei der Suche nach Möglichkeiten zur Erleichterung ihres Schicksals auf die Idee, dass einer aus ihren eigenen Reihen Verwalter werden müsste, damit dieser bessere Arbeits- und Lebensbedingungen beim Gutsherren durchsetzen kann. Die Rolle des Gutsherren wurde aber nicht angetastet, die erschien ihnen naturgegeben. Dabei hatten sie aber nicht bedacht, der Verwalter in seiner Rolle nicht nur ihre Interessen zu vertreten hatte, sondern auch die des Gutsherren. In dieser zwiespältigen Rolle wurden die Verwalter die Entscheider – mit Rücksichten auf die Interessen des Gutsherren – darüber, was den Mägden und Knechten zugemutet und zugestanden werden konnte und kann.

Ich denke, dass der Verwalter, der in der Folgezeit aus dem ganzen parlamentarischen und außerparlamentarischen Apparat der Funktionäre gebildet wurde, der die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer „bewirtschaften“ durfte. Der Gutsherr bildet in diesem Bild vom Gutsherrenmodell das Kapital in allen Formen. Aber diese „Verwalter“ ent-

21 Man könnte auch von dem Fabrikherren Modell sprechen. Mir ist aber vermutlich der Gutsherr eingefallen, weil in der Bezeichnung Mägde und Knechte das Abhängigkeitsverhältnis gut zum Ausdruck kommt.

wickeln Eigeninteressen und sind kostenträchtig. Zu der Rechtfertigung ihrer Existenz haben sie eine Ideologie entwickelt, die sie nicht verzichtbar macht und in der Folge können sie keine Reform zulassen, die diese Ideologie infrage stellt. Und aus dieser Haltung heraus haben sie auch eine Abneigung gegen den Neoliberalismus (Chicagoer Prägung) entwickelt, ohne sich darum zu bemühen, die Fehler offenzulegen, die uns seit ihrer Inthronisierung als wirtschaftspolitische Leitidee Kummer bereitet. Merkwürdigerweise hat sich der Sozialdemokratismus trotzdem auf alle Parteien ausgedehnt und tobt sich dort aus, wo es gilt, den Schaden zu reparieren, den der Neoliberalismus verursacht. Dass ich hier den einzelnen Funktionär oder Abgeordneten, der sich bemüht, das Beste für andere mit seiner Leistung herauszuholen, nicht kritisiere, sollte aus meinem Denkansatz deutlich werden. Aber der einzelne Mensch, der im Denken eines Kollektivs oder den eines fehlerhaften Modells gefangen ist, kann sich abstrampeln, so viel er kann, dass Ergebnis muss unbefriedigend bleiben.

Es folgt der letzte Auszug aus dem Buch über Keynes von Lekachman:

Eigentlich hatte die Harvard-Tufts-Gruppe nichts weiter getan als die Implikationen der Stagnationstheorie klar und eindeutig formuliert. Wirtschaftswissenschaftler mit dem gleichen Standpunkt gab es damals in allen speziell für die Verwaltung der Kriegswirtschaft eingerichteten Behörden und in den älteren Ressorts. Es war nur selbstverständlich, daß sie sich gegen Kriegsende mit den Problemen der Zukunft auseinandersetzten, denn der Krieg hatte die Gefahr einer wirtschaftlichen Stagnation nur aufgeschoben, nicht aber aus der Welt geschafft.

Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als ob jeder, der sich einigermaßen ausdrücken konnte, etwas darüber zu sagen hatte, wie sich die Nachkriegszeit attraktiv gestalten ließe und welche Politik dazu erforderlich wäre. Als die Brauerei Pabst (Pabst Brewing Company) einen Aufsatzwettbewerb mit dem Thema >Der Arbeitsplatz in der Zeit nach dem Kriege< veranstaltete, gingen bei ihr 36 000 Beiträge ein; darunter befanden sich Abhandlungen führender Ökonomen und Sozialwissenschaftler. Allein die vom Legislative Reference Service herausgegebene und kommentierte Bibliographie bedeutender Bücher und Aufsätze zum Thema Beschäftigung, die zwischen 1943 und 1945 zusammengestellt wurde, umfaßt 56 eng bedruckte Seiten. Innerhalb der Regierung entwickelte sich die Planung für die Nachkriegszeit zur Manie. Von einer ganzen Anzahl Ministerien und Behörden, darunter dem Department ... wurden die verschiedenartigsten Projekte geplant und durchgeführt. ... (Seite 180)

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die alten Unsicherheiten in der Beschäftigung wieder da. Aber eben auch eine erhebliche Geldentwertung. Weil ich keine Zahlen im Kopf hatte,

habe ich mit einer Suchmaschine im Internet gesucht. Als erste Nennung wurde eine Stelle in dem Buch „*Provitwahn / Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt*“ von Christian Kreiß angezeigt. Hierauf konnte ich direkt zugreifen, weil ich es im Bestand habe. Bei Kreis ist im Kapitel „9 / Weichenstellungen in eine menschengerechte Wirtschaft und Gesellschaft“ bei den Erläuterungen der Deflation und der Inflation bezogen auf die USA u. a. zu lesen:

Im Ergebnis führt Inflation auf den ersten Blick ebenso wie ein offener Schuldenschnitt über Insolvenz zu einer realen Reduzierung der Schuldenlast, stellt also ebenfalls einen Schuldenschnitt dar. So reduzierten beispielsweise die USA kurz nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Staatsschulden, die nach dem 2. Weltkrieg deutlich über 100 % vom BIP lagen, durch die Freigabe der zuvor administrierten, das heißt künstlich niedrig gehaltenen Preise. Nach Außerkraftsetzung der Preisverordnungen aus der Kriegszeit am 9.11.1946 durch Präsident Truman stiegen die Großhandelspreise innerhalb weniger Monate um etwa 43 %, die Einzelhandelspreise um 28 %, nachdem sie bereits von 1938/39 bis Juni 1946 um 47 bzw. 50 % gestiegen waren. Zwischen 1938/39 und Februar 1948 stiegen die Großhandelspreise insgesamt um 110 %, die Einzelhandelspreise um 92 %.

Das heißt, in den zehn Jahren von 1938 bis 1948 halbierte sich die Kaufkraft des US-Dollars. Dadurch verringerte sich die reale Schuldenlast der US-Regierung erheblich und wurde wieder handhabbar. Nicht nur die Schuldenlast der US-Regierung, sondern die aller Schuldner halbierte sich in diesen zehn Jahren, während reine Geldgläubiger entsprechende Wertverluste hinzunehmen hatten. De facto fand durch die Geldmengenausweitung im Laufe des Krieges ein Schuldenschnitt zu Lasten der Geldgläubiger statt. Die Gläubiger, die zum Beispiel 1938 eine US-Staatsanleihe im Wert von 1.000 \$ zeichneten oder Spareinlagen von 1.000 \$ hatten, bekamen dafür 1948 real nur etwa 500 \$ zurück. Selbst unter Einbeziehung zwischenzeitlich erzielter Zinserträge war das ein Negativinvestment. Umgekehrt konnten Familien, die vor dem Krieg Immobilienkredite aufgenommen hatten, oder Unternehmen mit Schulden diese halbieren. Dadurch wurde die chronische US-Immobilienkrise der 1930er Jahre praktisch behoben. (S. 140)

Kreiß bestätigt auch die Aussage von Lekachman, dass die Arbeitslosigkeit erst mit dem Kriegsbeginn zurückging.

Ein Blick auf obiges Schaubild ²² New-Deal-Strategien verdoppelten Staatsausgaben ohne steigendes Budgetdefizit von Richard Koo, dem Chefökonom von Nomura Research, zeigt, dass die USA in den zehn Jahren 1931 bis 1940 nie eine Arbeitslosigkeit unter 14 % hatten. Zwischen 1930 und 1940 lag die Zahl der Arbeitslosen nur im Jahr 1937 unter 8 Millionen. 1933 gab es etwa 13 Millionen Arbeitslose. Die USA kamen also aus eigener, innerer Kraft zehn Jahre lang nicht aus der großen Depression heraus. Erst der Eintritt in den 2. Weltkrieg löste die fundamentalen ökonomischen Probleme der USA und damit das Arbeitslosenproblem. Eine sehr beunruhigende Tatsache, denn ein erneuter nicht-friedlicher Ausweg aus der heutigen Kri-

22 Das Schaubild gebe ich aus technischen Gründen hier nicht wieder.

sensituation brächte erneut unendliches Elend in die Welt.

Umso wichtiger ist eine korrekte Analyse der Krisenursachen damals wie heute. Was war die Hauptursache für diese fürchterliche ökonomische Entwicklung in den USA und vielen anderen Ländern in den 1930er Jahren? (S. 51 f.)

Ich habe Prof. Dr. Christian Kreiß schon in einer früheren Arbeit vorgestellt, dort bezweifelt er, dass die Wirtschaftswissenschaft überhaupt eine Wissenschaft ist. Ich blende hier der leichteren Auffindbarkeit den Link und die Beschreibung des Textes ein:

Die Bündnisgrünen und die Ökonomie- Über die Fehlleistungen der Wirtschaftswissenschaft und -politik - Offener Brief an Jürgen Trittin MdB von Tristan Abromeit 24. August 2011 www.tristan-abromeit.de Text 96.2 <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/96.2%20Links.zu.Prof.Kreiss.pdf>

Auswirkungen der Finanzkrise auf Spanien Christian Kreiß, Hochschule Aalen

„Was ist das überhaupt für eine Wissenschaft, in der man – abgesehen von wenigen Ausnahmen – die entscheidenden Ursachen unserer wesentlichen Misere und Zwänge nicht wahrnimmt und uns damit ohne gangbare Auswege in die Zukunft entlässt?“ (H.Creutz)

2... Die große Mehrheit der wissenschaftlichen Ökonomen und viele Bank-Analysten, zum Beispiel Dr. Bergheim von der Deutschen Bank, lieferten den Politikern grundlegend falsche Analysen und Theorien: Sie waren in der Einschätzung der Situation in einem Ausmaße blind und machten derartig fundamentale Fehlprognosen, die nur schwer erklärlich sind. Überraschend dabei ist, dass im Wissenschaftsbereich bislang angesichts der Blindheit bei fast allen Prognosen zur Finanz- und Wirtschaftskrise personell keinerlei Konsequenzen gezogen wurden und werden. Trotz fundamental unkompetenter Aussagen wurde keinem Professor der Volkswirtschaftslehre oder etwa einem der „fünf Weisen“, den führenden Volkswirtschaftsprofessoren Deutschlands, ein Rücktritt oder eine Umschulung nahe gelegt.

Zwischen Keynes und Freiwirtschaftler war durchaus ein gegenseitiger positiver Bezug, aber auch gegenseitige Vorbehalte. Bei Keynes habe ich das schon deutlich gemacht, indem ich aus seiner „*Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*“ zitiert habe. Jetzt zitiere ich aus der Schrift „*Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie*“ von Karl Walker.²³ Der Inhalt ist aus dem Jahr 1962.

Jetzt bei der Prüfung, was ich aus dieser Schrift – in der es um die Übereinstimmung und dem Unterscheidenden zwischen Keynes und Gesell geht – zitieren soll, bin ich zu dem Schluss gekommen, darauf zu verzichten und auf die kleine Schrift im DIN A 5-Format mit 20 Seiten Umfang zu verweisen, die auf meiner Internetseite mit dem nachfolgenden Link in

²³ Walker war sich nicht zu schade, um für die SPD als Mitglied eines Stadtrates in den Ring zu gehen, obwohl die SPD seine Denkergebnisse missachtet hat. Mit Keynes hat er einen direkten schriftlichen Kontakt gehabt.

digitalisierter Form zu finden ist.

http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.15%20Walker%20Gesell%20Keynes.pdf

Ich füge aber einen Leserbrief von Walker ein, den ich jetzt wieder auf meinem Rechner entdeckt habe. Hier wird deutlich, dass Walker nicht in einem Elfenbeinturm hockte, sondern immer verfolgt hat, was öffentlich über die Ökonomie verhandelt wurde.

Karl Walker in der **Wirtschaftswoche** Nr. 9 vom 26. 2. 1971
zu einem **Streit zwischen Keynesianer (Wilhelm Hankel) und Monetaristen (Karl Brunner)**

Wer seinen Keynes aufmerksam gelesen hat, wird noch wissen, daß Keynes auch den Outsider S. Gesell kannte. — Tatsächlich gleicht die Konjunkturdiagnose von Keynes der 40 Jahre älteren Gesellschen Krisentheorie.

Wichtig scheint mir aber der Unterschied in der Therapie der beiden. Dieser liegt hier darin, daß Gesell den in den gehorteten Geldern steckenden legitimen Anspruch auf Güter um der Erhaltung der Kaufkraft des Geldes willen respektierte und nur darauf bedacht war, dieses Geld (mit Durchhaltekosten für die Hortung) wieder in den Umlauf zu zwingen. Keynes dagegen wußte natürlich von der Aversion, mit welcher die Gesellsche Idee von der Fachwissenschaft zur Kenntnis genommen worden war, und hielt es deshalb für eine bessere Lösung, den Leuten ihre Geldhortung zu lassen und stattdessen einfach neues Geld zu drucken und damit staatliche Investitionen zu finanzieren.

Karl Walker, Altenahr

Da wir nun schon lange die Situation haben, dass Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftswissenschaftler, die Einfluss auf die Währungs- und Wirtschaftspolitik haben, lieber eine Mangelwirtschaft, Hunger, Flucht und Krieg durch ihre jeweils verfolgte Politik riskieren als einfache, aber richtige Einsichten zu den ihren zu machen und als Richtschnur zu nehmen, wird von Anhängern der Freiwirtschaftsschule schon lange diskutiert, ob man das Geld nicht durch eine dosierte Inflation zum Fließen bringen sollte.

Es ist der gleiche Grund, warum die EZB 2% Inflation als Preisniveaustabilität definiert, ohne dem Publikum zu erklären, warum sie den Begriff der Preisniveaustabilität verfälscht. Dieser beinhaltet nämlich 0 %, also keine gewollte Abweichung in die Deflation oder Inflation. Zu dem Thema hat Eckhard Behrens, der am 7.4.2018 gestorben ist, lange Vorstandsmitglied des Seminars für freiheitlicher Ordnung (www.sffo.de) war, politisch in der FDP

im Ring ²⁴ stand, einen Artikel verfasst. Sein Beitrag lautet: „**Wie viel Inflation? / Zum Streit der Notenbanken um Inflationsziele**“. Der Beitrag ist im Heft 265 der Zeitschrift „Fragen der Freiheit“ veröffentlicht worden. Mir liegt er als Sonderdruck vor. Er erläutert auch die Hintergründe, warum eine bewusste Inflation einen Sinn hat und warum 2% als Inflationsziel für den gedachten Zweck nicht reichen. Außerdem empfiehlt eine solche Möglichkeit nur, wenn alle Verträge indexgebunden werden.

Ich selber kann mich mit einer solchen Methode der Umlaufsicherung des Geldes nicht anfreunden, weil das Geld in einer notgedrungen arbeitsteiligen Welt nach der Sprache das zweitwichtigste Kommunikationsmittel ist – man kann es auch als einen Datenträger verstehen –. So dringend unser Geld auch eine Umlaufsicherung benötigt, es ist kontraproduktiv seine Nutzung mit einem hohen Aufwand an Arbeit zu belasten und es als Maß für die Bewertung von Gütern unsicher zu machen. Auch eine indexgebundene Inflation²⁵ würde eine Quelle für nicht endende Querelen zwischen den Wirtschaftsteilnehmer werden.

Man muss sich mal vorstellen: Da erhält irgend ein Mensch am Jahresanfang eine Zeichnung, ein Rezept mit Maß- oder Gewichtsangaben anhand derer er am Jahresende etwas bauen, backen, oder eine Medizin verabreichen soll und die Maßeinheit hat sich verändert. Damit er das kann, muss er dann erst die neueste Tabelle des Amtes für Statistik studieren, die ihm sagt, wie viel die z. B. am 1. Januar angegebene Menge, die Länge oder das Gewicht im Zeitpunkt der Anwendung z. B. am 21. Juni, am 4. Oktober oder am 31. Dezember darstellt. Maßeinheiten – und Geld ist auch eine Maßeinheit – müssen zuverlässig und dauerhaft definiert werden, sonst stiften sie Chaos an. Und diese Not-Maßnahme mit der Inflationsrate als Stimulierung des Geldumlaufs, damit das Geld dauerhaft in vollem Umfang gleichmäßig fließt, soll nur deshalb eingesetzt werden, weil die klugen Ökonomen und Währungspraktiker die solide und einfachere Methode - die den weniger klugen Zeitgenossen, wenn sie ihnen sachlich vorgetragen werden, gleich verstehen – nicht kapieren?

24 In einer Würdigung aus Anlass seines Todes ist von Prof. Dr. Dirk Löhr und Werner Onken in der Zeitschrift für Sozialökonomie, Folge 198-199/2018 zu lesen: >> Drei Gedankenströme flossen hier zusammen: die von Rudolf Steiner konzipierte Dreigliederung des Sozialen Organismus, die auf den Sozialreformer Silvio Gesell zurückgehende Geld- und Bodenreform und die ökonomische Denkschule des Ordoliberalismus, deren Grundlagen während des Zweiten Weltkriegs und der frühen Nachkriegsjahre durch den Ökonomen Walter Eucken, den Juristen Franz Böhm und die Soziologen Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow gelegt worden waren. Der Ordoliberalismus verstand sich als Alternative sowohl zum Laissez-faire-Kapitalismus als auch zu den totalitären Systemen des Nationalsozialismus und Kommunismus.

25 Die Indexbindung von Verträgen wurde immer wieder abgelehnt oder eingeschränkt, weil sie angeblich ein Treiber der Inflation ist. Das stellt sich bei genauer Prüfung als Unsinn heraus.

Die meisten ökonomischen Probleme haben wir, weil jene Zeitgenossen, die die Politik bestimmen, nicht einsehen können, dass das Geld einen handhabbaren Impulsgeber benötigt, damit das Geld beständig fließt und dadurch die Märkte räumt, die Konjunktur nicht abbrechen kann und die Geldwertstabilität ohne das Störungselement *Horten* aufrechterhalten werden kann. Aber solche Sätze finden sie nicht in den Zeitungen, aber Schlagzeilen wie

„Gewerkschaften: Land muss in der Krise mehr Geld ausgeben / „Minuszinsen nutzen“: Neuer Investitionsfonds soll 10 Milliarden Euro in Sozialwohnungen, Krankenhäuser, Energiewende und Digitalisierung pumpen.
(HAZ 10. 6. 2020)

sind in diesen Tagen genug zu finden. Dass diese Hinweise auf ein gescheitertes Konzept erfolgen und die Marktwirtschaft weiter demontiert, wird nicht mitgeteilt.

Am 9. 6. 2020 war im Morning Briefing von Gabor Steingart zu lesen:

Deutschlands Ökonomen stellen sich in diesen Tagen ein Armutszeugnis aus. Viele glauben, es sei in dieser schwierigen Situation ihre staatsbürgerliche Pflicht, der Regierung zuzustimmen und deren Konjunkturprogramm mit optimistischen Prognosen zu flankieren.

Doch wer es wissen will, weiß es besser. Das Programm mit einer 20-Milliarden-Mehrwertsteuersenkung im Zentrum setzt an der falschen Stelle an. Deutschland leidet nicht an mangelnder Konsumenten-Nachfrage, sondern an einer staatlich gewollten Angebotsverknappung.

Nun ist es doch so, dass unsere Wirtschaftswissenschaftler nicht dumm und faul sind und auch nur in Ausnahmefällen sich von Eitelkeiten und überzogenen Ehrgeiz leiten lassen. Sie streben nicht das Armutszeugnis an, was Steingart ihnen ausstellt. Man denke aber mal an die weiter oben zitierte Aussage von Robert Lekachman über die Suche nach der ökonomischen Zukunft der USA nach dem Zweiten Weltkrieg.

Als die Brauerei Pabst (Pabst Brewing Company) einen Aufsatzwettbewerb mit dem Thema >Der Arbeitsplatz in der Zeit nach dem Kriege< veranstaltete, gingen bei ihr 36 000 Beiträge ein; darunter befanden sich Abhandlungen führender Ökonomen und Sozialwissenschaftler.

Es ist ein ungeheuer vielfältiges Material, was Ökonomen verarbeiten müssen / müssten, wenn sie sich einen Überblick verschaffen und behalten wollen.

In meinem Text >Die Hemmung des ökonomischen Fortschrittes durch herrschende Lehrmeinungen und die Fruchtbarkeit des Streites über theoretische Aussagen< vom Oktober

2005 zitiere ich aus meiner Abschlussarbeit vom Sept. 1966 an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg zum Thema >Die Problematik flexibler Wechselkurse als Instrument des Zahlungsbilanzausgleichs< aus dem Abschnitt >C Die eigentliche Problematik der flexiblen Wechselkurse< ohne Fußnoten wie folgt:

>> *II. Gegebenheiten der Kommunikation in der (Wirtschafts-)Wissenschaft*

a) *Zweifel an der Wertfreiheit in der Wirtschaftswissenschaft*

Professor Bruno Molitor äußerte in einer Vorlesung sinngemäß: In einer Arbeit, die ein ökonomisches Problem abhandelt, müssen ökonomische Argumente zur Erklärung des Problems dienen; es gehe nicht an, Anleihen in anderen Disziplinen zu tätigen. In einer wissenschaftlichen Arbeit gehe es nicht um Bekenntnisse – Bekennermut zähle an einem anderen Ort – sondern um Erkenntnisse. Diese Bemerkungen sollten sicherlich als ein Warnschuß verstanden werden, bei der Anfertigung einer wissenschaftlichen Arbeit nicht in das Fahrwasser des Normativen zu geraten. Wie verhält sich nun ein Verfasser, wenn er feststellt, daß ein ökonomisches Problem (daß es auch ein politisches Problem ist, soll dabei außer Acht gelassen werden) normativ begründet ist? Er stellt 1. fest, das ökonomische Problem besteht nicht, es ist ein normatives Problem; wenn es als ökonomisches Problem von Ökonomen hingestellt wird, so ist die viel beschworene und sicher nützliche Wertfreiheit unter diesen Ökonomen nicht zu Hause. Es bleibt nur der Ausweg, die Wertfreiheit wertfrei anzuzweifeln und eine Anleihe in einer anderen Disziplin zu machen, um zu einer vernünftigen Erklärung zu kommen.

b) *Erklärungsversuch der Widersprüche in der Literatur*

Röpke deutet in dem weiter oben zitierten Aufsatz an, daß sich die verschiedenen Interessenlagen in der Argumentation bemerkbar mache. Bachmann meint, daß es nicht um Intelligenz und Dummheit geht, sondern, daß dem in der Verantwortung stehenden Praktiker Erfahrungen im System flexibler Wechselkurse fehlen. Sohmen schreibt: „Der entscheidende Grund dafür dürfte in vielen Fällen nicht in unterschiedlichen Werturteilen über die letzten Ziele der Wirtschaftspolitik zu suchen sein, sondern vielmehr darin, daß man versäumt, wirtschaftspolitische Empfehlungen bis zu ihren letzten Konsequenzen zu durchdenken.“ Und an andere Stelle äußert Sohmen: „... diejenigen, die heute für die Wirtschaftspolitik in den meisten Ländern verantwortlich zeichnen, geben (die) Ansichten der zur Zeit ihres Studiums führenden Nationalökonomien wieder.“ Hahn bekennt; er hätte es aufgegeben, für flexible Wechselkurse zu kämpfen, man müsse „nicht nur gewisse Theorien in sein Kalkül einsetzen, sondern auch – als Datum – die Vorurteile gegen die flexiblen Wechselkurse, ...“¹⁴ Giersch bestätigt Hahn, daß die Vorurteile bestehen und schreibt wörtlich: „Ich habe selber lange Zeit Vorurteile und Abneigungen dieser Art gehabt, bis ich mich bemühen mußte, diese Zusammenhänge zu lernen; das ist nicht ganz so einfach und dauert ziemlich lange an.“

...

d) Die Meinungsbildung in der Wissenschaft

Dr. Peter Stromberger äußerte sich in einer Diskussion, die sich nach einer Vorlesung ergeben hatte, er glaube feststellen zu können, daß es in der Wissenschaft auch so etwas wie eine öffentliche Meinung gäbe. Dieses sei wohl leider nicht vermeidbar. Bei der Fülle an Literatur und Fakten orientiere sich einer an den anderen, wobei herauskäme, daß bestimmte Autoren und Lehrmeinungen Bedeutung beigemessen wird und anderen nicht. Soweit die Wiedergabe von Strombergers Äußerung. Es wäre ja nicht störend, daß sich herrschende Lehrmeinungen herauskristallisieren, wenn diese nicht einen Wissenschaftler, der andere Wege geht, zum Außenseiter stempeln würden und ihn somit isolieren. Wesentliche Forschungsergebnisse bleiben dann lange Zeit oder immer ungenutzt. Die sinngemäße Wiedergabe einer Äußerung von einem dem Verfasser als kritischer Geist bekannter Wissenschaftler zeigt, wie die 'öffentliche Meinung in der Wissenschaft' verblenden kann: Er äußerte nach dem Bekanntwerden des Jahrgutachtens 1964/65: Für Giersch (einer der Gutachter) wird das Eintreten für flexible Wechselkurse das Ende seiner wissenschaftlichen Karriere bedeuten. In dieser Aussage braucht kein Funken Gehässigkeit zu sein. Wenn man von Hofstätters Gruppendynamik ausgeht, so war durch die Gruppenleistung vom Typ des Bestimmens – die einsetzt, wenn vorher die Gruppenleistung des Suchens und Findens ergebnislos blieb - festgelegt (normiert) worden, daß flexible Wechselkurse schädlich sind. Diese Normierung von Sachverhalten ist kein bewußter Akt. Die bestimmten Sachverhalte werden als selbstverständlich empfunden. Giersch war also in dem Moment, wo er aus der Gruppe ausbrach, ein Normbrecher. Wäre Giersch der einzige Normbrecher gewesen und geblieben, so hätte es sein können, daß die Aussage des zitierten Wissenschaftlers eingetroffen wäre. Giersch war nicht allein mit seiner Meinung, die Normierung des Sachverhaltes wurde erschüttert, die Gruppenleistung des Suchens und Findens wurde wieder wirksam.

Die Wirtschaftswissenschaftler sind bezüglich bestimmter Sachfragen eine stark polarisierte Gruppe. Ihr Kommunikationssystem, die Literatur, scheint die Eigenschaft zu haben, einen Teil der Kommunikés zu schlucken und somit nicht weiterzuleiten. Dieses könnte die Ursache dafür sein, daß Vorurteile so langlebig sind. Wenn einem der in diesen Abschnitt beschriebene Sachverhalt bewußt ist, so brauchen ihn widersprüchliche Aussagen der Wirtschaftswissenschaft nicht in Verwunderung zu versetzen.<<

Ich fahre dann im Oktober 2005 fort:

Den gleichen Sachverhalt wie bei der Diskussion um flexible Wechselkurse haben wir bei der Giralgeld Diskussion. Die starke Polarisierung zwischen einer Minderheit der Schöpfungsverneiner und der Mehrheit der Giralgeldschöpfungsbejaher kann nicht durch einen Kompromiß aufgelöst werden. Kompromisse, die in der Politik bei uns den Status von heiligen Kühen haben, sollten nach dem Professor für Staatswissenschaften, Erich Reigrotzki, vermieden werden, weil sie nur neue Probleme schaffen. Reigrotzki: ... „Und nun das Thema: Wiederum mit Goethe! So etwa: gegen Menschen tolerant, aber völlig intolerant in der Sache. In der Politik (Bundestag) ist es meist to-

tal umgekehrt: Da pöbelt man sich erst an, und fällt dann meist hinter der Scene in irgendeinen elenden Kompromiß zurück.“²⁶

Diese Empfehlung von Reigrotzki, die ich für klug halte, weil sie persönliche Verletzungen vermeidet und damit eine weitere Kommunikation und Kooperation ermöglicht, setzt natürlich die Fähigkeit zum Streit um die Sache voraus. Dieser Streit um die Sache ist auch immer wieder erforderlich, weil die gruppenspezifischen Festlegungen nicht bewußt gesteuert werden und auch nicht durch Mehrheitsentscheidungen aufgehoben werden können. Der Streit ist also die Voraussetzung für das Aufbrechen von Normierungen, die nicht mehr leisten können, was sie sollen, nämlich zielgerichtetes, vernünftiges Handeln. Aus einer Vorlesung in der AWP habe ich auch die Aussage mit nach Hause genommen, daß die größten Fortschritte in der Wirtschaftswissenschaft durch heftige Fehden zwischen den Gelehrten zustande gekommen wären. Der Streit um die Geldschöpfung durch die Banken vor Gericht, kann also auch ein Fortschritt in der Sache bringen.

Ich denke die Wirtschaftswissenschaften haben sich selber einen Käfig gezimmert und selbst eingesperrt, aus der sie aus eigener Kraft nicht herauskommen. Die Ökonomen im ehemaligen Ost-Block saßen einst auch in einem solchen Käfig, bei denen die Käfigstangen aus Ideologien bestehen. Eine der Ursachen ist wohl, dass die Notwendigkeit der Bildungsfreiheit nicht genügend erkannt und durchgesetzt wird. Diese Bildungsfreiheit wurde und wird auch durch Prüfungsnormen, die das überholte Wissen zementieren und Zugangsberechtigungen sabotiert. Ihre Befreiung kann nur von den Außenseitern und Seiteneinsteigern in die Ökonomie kommen. Ich stelle gleich noch ein Buch eines Seiteneinsteigers vor. Die Befreiung der institutionellen Wirtschaftswissenschaft ist aber nicht ohne Risiko, weil die Gefahr besteht, dass die Fesseln nur ausgetauscht werden. Zur Zeit habe ich von dem Aktivisten auf allen Ebenen, die gegen das Modell des fehlerhaften Neoliberalismus opponieren den Eindruck, als sei ihr Ziel, von der BRD eine besser DDR machen zu wollen und das Moskau aus sowjetischer Zeit im Gebiet der EU in neuer Form in Brüssel wieder auferstehen zu lassen. Meines Erachtens liegt es daran, dass die Politik und auch die Lehre die Orientierungsmarken Zentralverwaltungswirtschaft und Marktwirtschaft nicht mehr beachtet und glaubt eine beliebige Mixtur aus beiden Ordnungen fertigen zu können. Bedacht wird dabei nicht, dass die wesentlichsten Fehler im Bodeneigentum, im Währungssystem und im Patentrecht für das heutige Erscheinungsbild der Ökonomie ursächlich sind.

Ich verweise jetzt auf das angekündigte Buch. Es ist von dem Autor Steffen Henke. Er ist ehrenamtlicher Geschäftsführer der gemeinnützigen GmbH Neues Geld.

²⁶ So in einem Brief an mich. Prof. Reigrotzki war etwa 90 Jahre alt.

Seine Kontaktadresse: Neues Geld gemeinnützige GmbH, Rosestraße 11, 04158 Leipzig
Tel: +49 (0) 341 23 15 98 18 / Fax: +49 (0) 341 23 24 328 / E-Mail: [henke\[at\]neuesgeld.net](mailto:henke[at]neuesgeld.net)
Web: www.neuesgeld.net

Der Titel seines Buches und und sein Anliegen gefallen mir. Das genügt mir, um es hier zu empfehlen. Ich bin noch nicht dazu gekommen, es zu lesen, ich kenne den Autor aber von anderen Beiträgen und seine Vorträge sind lebendig und informativ.
Beispiel: https://www.youtube.com/watch?v=csvY_mHXzFk

Steffen Henke

Fließendes Geld für eine gerechtere Welt

Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen, wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat



Tectum

Wir brauchen ein anderes Geldsystem, wenn wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern wollen. Umweltzerstörung, Demokratieverlust und extreme soziale Ungleichgewichte sind unter anderem schädliche Wirkungen des bestehenden Geldsystems. Eine bessere Alternative existiert, doch sie ist noch zu wenig bekannt: Fließendes Geld.

Veränderungen im Geldsystem sind wegen gegebener Machtstrukturen nur dann erzielbar, wenn breite Bevölkerungsschichten dem Wandel zustimmen und ihn unterstützen. Dazu muss der seit Jahrzehnten stattfindende Erkenntnisprozess deutlich an Fahrt gewinnen.

Geld greift mit hoher Intensität in so gut wie alle Bereiche unseres Lebens ein. Neuerungen beim Geld bringen deshalb hervorragende Potentiale für fast alle Gebiete, wie den Schutz der Natur, die Verbesserung demokratischer Strukturen oder den Frieden.

Ziel muss es sein, dass der Mensch nicht dem Geld, sondern das Geld dem Menschen dient.

Da ich bei der Niederschrift meiner Gedanken und Hinweise nicht den leisen Vorwurf im E-Mail von Dr. Godehard Kass – der ja Arzt ist - vergessen habe, der da lautet: „Lösungen hast Du nicht angeboten.“, kam ich auf die Idee, den Vergleich des Geldkreislaufes mit dem Blutkreislauf vorzutragen. Die eigentliche Lösung kann man auf einer DIN A 4-Seite darstellen, wenn einem die Zusammenhänge vertraut sind. Da die Menschen heute – die in einer Zeit leben, wo sie sich nicht mehr vorstellen können, dass es für komplexe Zusammenhänge einfache Lösungen geben kann, sondern nur noch komplizierte, die mit viel Interventionen von Verwaltungseinheiten, gehandhabt werden können, reagieren sie seit Adenauers Zeiten mit dem abwehrenden Hinweis: „Das, was ihr da vorstellt, ist doch ein nicht funktionierendes Patentrezept. Wenn es anders wäre, hätte man es doch längst so gemacht.“ Da schimmert immer noch die alte Hörigkeit gegenüber jenen durch, die es aufgrund des Amtes oder des Bildungsstandes wissen müssen. Tatsächlich müssen diese – am Ergebnis gemessen - blind oder begriffsstutzig in Bezug auf das angedeutete Modell sein. Im ehemaligen Land der Denker und Dichter sind zu viel Bewohner durch ihre Abneigung gegen die „Anstrengung des eigenen Begriffs“ (Suhr) zum Land der Schuldigen geworden. Die Zeiten, wo es hieß „Führer befiehlt, wir folgen Dir“ haben sich in dieser Beziehung nicht wesentlich geändert. Diese Aussage bezieht sich mehr auf die politische Mitte als auf ihre Ränder.

Der Vergleich der Rolle des Geldkreislaufes mit Blutkreislaufes hat den Vorteil, dass die meisten Menschen heute wissen, dass Störungen im Blutkreislauf zu erheblichen gesundheitlichen Störungen führen können, und dass es Therapien für die verschiedenen Arten der Störungen gibt, aber keine beliebigen Eingriffe vorgenommen werden dürfen, wenn nicht zusätzliche Schäden verursacht werden sollen. Und genauso ist es beim Geld.

Da der Vergleich zwischen Blutkreislauf mit dem Geldkreislauf auch mit Vorbehalten belastet ist – vermutlich besonders von jenen, die nichts vom Geld verstehen, Marx nicht richtig gelesen haben und daher meinen, der Rolle des Geldes im ökonomischen Prozess die Bedeutung nehmen zu müssen, wollte ich mich noch mal vergewissern, wer den Begriff denn eingeführt hat. Ich machte dabei eine unerwartete Entdeckung. Ich stieß auf folgende Quelle:

Präzision und Prägnanz: Logische, rhetorische, ästhetische und literarische Erkenntnisformen (Deutsch) Taschenbuch – 18. Februar 2019
von [Gottfried Gabriel](#) (Autor)

Die Funktion des Geldes

Auf Grund seiner besonderen Logik kommt dem Geld onto-logisch eine Sonderstellung zu. Als besonders wirkmächtig hat sich die kategoriale Metaphorik von Hobbes erwiesen, der den Status des Geldes dadurch auf den Punkt zu bringen suchte, dass er den Geldkreislauf im Staatskörper mit dem Blutkreislauf im menschlichen Körper verglich: >>Eine Münze geht aus einer Hand in die andere, und durch ihren Umlauf wird jeder Bürger ernährt, so daß sie dem Staate dasselbe ist wie das Blut dem menschlichen Körper.<< (295)

Einen nicht organischen sondern maschinellen Vergleich der den Warencharakter des Geldes ausdrücklich bestreitet, bietet Hume:

Geld ist, genau genommen, keine Handelsware, sondern nur das Instrument, auf das Menschen sich geeinigt haben, um den Tausch von Waren zu erleichtern. Es ist nicht eines der Räder des Handels, es ist das Öl, das die Räder leicht und glatt laufen läßt. (296)

In jedem Falle ist, wie Kant es formuliert hat, der Wert des Geldes >>indirekt>>: <<Man kann es selbst genießen, oder als ein solches irgend wozu unmittelbar gebrauchen.<< (297) An andere Stelle heißt es normativ gewendet, dass Geld >>keine Brauchbarkeit hat (wenigstens nicht haben darf) als bloß zum Verkehr des Fleißes der Menschen (...) zu dienen<<. (298)

In dem selben Sinne betont Schopenhauer, dass Geld >>kein Konsumartikel<< ist, sondern >>ein bloßer Repräsentant der wirklichen brauchbaren Güter; nicht selbst ein solches<<. Anders gesagt: Geld ist gut, aber kein Gut. Angesprochen findet sich dieser Gedanke bereits im Mythos des Königs Midas, dem alles, was er berührte, zu Gold wurde, so dass dieses seine Funktion als Tauschmittel verlor; denn das, was Midas als Gut hätte eintauschen können, wurde ihm wiederum zu Gold. So insbesondere auch Speisen und Getränke, deren Verzehr nicht ohne Berührung durch Lippen, Zunge oder Gaumen möglich ist.

Wo die Betrachtung des Geldes selbst Genuss verschafft, indem es seinen Mittelcharakter verliert und zum Selbstzweck mutierend zum Objekt der Begierde wird, liegt der Verdacht einer verdinglichenden Pervertierung nahe.

...

295 Thomas Hobbes: Leviathan; in: The English Works, hg. Von W. Molesworth, Bd. 3. ND Aalen 1961, S. 238 f.; dt. Leviathan. Erster und zweiter Teil, übers. Von J.P. Mayer. Stuttgart 1980, S. 219. Zur Wirkungsgeschichte dieses Vergleichs siehe Jochen Hörisch: Kopf oder Zahl. Die Poesie des Geldes. Frankfurt a. M. 1998, S. 341 ff.

296 David Hume: Über Geld; in: Politische und ökonomische Essays, übers. Von S. Fischer, hg. Von U. Bernbach, Teilband 2. Hamburg 1988, S. 205-218, hier S. 205.

297 Immanuel Kant: Die Metaphysik der Sitten; in Kants Werke. Akademie-Textausgabe, Bd. 6. Berlin 1968, S. 203-493, hier S. 287

298 Kant: Anthropologie in pragmatischer Hinsicht; in Kants Werke. Akademie-Textausgabe, Bd. 7.

Berlin 1968, S. 117-333, hier S. 274.

299 Arthur Schopenhauer: Parerga und Paralipomena. Kleine philosophische Schriften II; in: Sämtliche Werke, hg. Von W. Von Löhneysen, Bd. 5. Darmstadt 1976, S. 246

Die Aussagen decken sich mit dem, was die Freiwirtschaft zur Funktion des Geldes sagt. Ich bin darüber erfreut. Es war aber nicht das, was ich in Erinnerung hatte. Mir fiel der Name Quesnay, der im Zusammenhang mit der Physiokratie benannt wird, wieder ein. Ich habe deshalb in den Band 1194, Sammlung Göschen, in die „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“ von Prof. Dr. Siegfried Wendt geschaut und folgendes gefunden:

2. Die Physiokratie

Die erste wissenschaftliche Auswertung des Gedankens einer »natürlichen Ordnung« des menschlichen Gesellschaftslebens finden wir in der physiokratischen Lehre, deren Vertreter den Versuch machen, den Gesamtzusammenhang des wirtschaftlichen Geschehens als ein System von Tauschbeziehungen zu begreifen. Allerdings beschäftigen sich die Physiokraten nicht in erster Linie mit der Frage, wie die Wertverhältnisse bei frei gewählten persönlichen Tauschbeziehungen zustande kommen, sondern sie untersuchen, wie der Gesamtzusammenhang der wirtschaftlichen Leistungen der Sache nach im Gleichgewicht gehalten wird. Sie übernehmen also die makroökonomische Fragestellung, die Frage nach den Entsprechungsverhältnissen der wirtschaftlichen Kräfte, von den Kameralisten. Während die Kameralisten es aber als eine politische Aufgabe ansahen, die Entsprechungsverhältnisse zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen so zu gestalten, daß die Volkswirtschaft sich auf ausgeglichenen Leistungen aufbaut, versuchen die Physiokraten, den „natürlich gegebenen“ Zusammenhang der Leistungen systematisch zu begreifen und theoretisch zergliedernd zu beschreiben.

Man hat im Anschluß an JOSEPH SCHUMPETER davon gesprochen, daß die Physiokraten den wirtschaftlichen Kreislauf entdeckt hätten. Richtig ist daran, daß sie gefragt haben, welche Bedingungen im Gesamtzusammenhang der Wirtschaft erfüllt sein müssen, damit die verschiedenartigen wirtschaftlichen Leistungen immer wieder vollzogen werden können. Sichtbar wird das etwa in dem von FRANOIS QUESNAY (1694-1774) entworfenen Schema des „Tableau Economique“. FRANOIS QUESNAY, der ursprünglich Arzt war, übertrug die Ende des 17. Jahrhunderts entdeckte Vorstellung des Blutkreislaufes auf die Wirtschaft, deren Lebensvorgänge er in diesem Bilde darzustellen sich bemühte. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie die wirtschaftliche Materie die einzelnen Phasen des Produktionsvorganges durchschreite und jeder Gruppe von Leistungsträgern das Dasein so ermögliche, daß ihre Kräfte für die künftigen Aufgaben wiederhergestellt würden. (S. 26.f.)

...

Die Klasse der Grundeigentümer erscheint darüber hinaus durch ihre ge-

sellschaftliche Position dazu bestimmt, die Aufgaben der politischen Führung, der geistig-kulturellen Schöpfung und der öffentlichen Repräsentation wahrzunehmen. Neben diesen drei aktiv tätigen gesellschaftlichen Gruppen steht die „classe passive«, die passive Klasse der Arbeiter, der in abhängiger Stellung Tätigen, die Lohn erhalten, und zwar einen Lohn, der - wirtschaftlich gesehen - nur die Aufgabe hat, der Wiederherstellung der Arbeitskraft zu dienen.

Das Großartige an dem physiokratischen Entwurf ist der Versuch, den Zusammenhang von Einkommensbildung, Einkommensverwendung und Produktion zu beschreiben. Hier wird ein Problem angepackt, das später - mit anderen politisch-soziologischen Vorzeichen - von KARL MARX und von John MAYNARD KEYNES wieder aufgegriffen worden ist: Das Problem des Zusammenhangs aller wirtschaftlichen Leistungen, das auch als die Frage bezeichnet werden kann, wie die Identität des wirtschaftlichen Ordnungszusammenhanges in die Zeit hinein sicher gestellt werden kann. (S. 28 f.)

Hier hätte Wendt Gesell auch einfügen können, den hat er aber seinem ganzen Werk nicht benannt, vermutlich weil er nicht den Stallgeruch der Universitäten hatte. Die Freiwirte haben sich in der Anfangszeit stark auf die Physiokraten berufen.

Die Steuer, die der Staat als Entschädigung für seine Leistungen und für seine Aufgaben in Anspruch nehmen kann, darf als direkte Abgabe nur den Reinertrag der Urproduktion, das „produit net“ belasten. Da dieser Reinertrag den Bodeneigentümern als Pacht zufließt, erscheint es zweckmäßig, diese einzige wirtschaftlich zu rechtfertigende Steuer bei den Bodeneigentümern, die über die Verwendung des Reinertrages entscheiden, zu erheben. Alle anderen Steuern, insbesondere die indirekten Steuern, die den Verbrauch bestimmter Erzeugnisse belasten, verzerren nach Ansicht der Physiokraten den natürlichen Zusammenhang der wirtschaftlichen Leistungen und stören damit den natürlichen Ablauf der wirtschaftlichen Vorgänge. So kommen die Physiokraten auf Grund ihrer theoretischen Konzeption zu der Forderung, an Stelle eines Systems von Steuern nur eine einzige Steuer zu erheben, die den Reinertrag als solchen belastet.

31

Den natürlichen Ablauf der wirtschaftlichen Vorgänge zu sichern, ist auch der Leitgedanke der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Die Aufgabe der Staatsordnung, des Ordre positif ist es, dafür zu sorgen, daß die natürlichen Gesetze, der Ordre naturel, sich frei auswirken können. Staatliche Gesetze sollen nicht reglementieren, sondern Freiheit schaffen.

Darum gipfelten die wirtschaftspolitischen Forderungen der Physiokraten in dem Satz: „Laissez faire, laissez aller, le monde va de lui-meme!“ Wer diesen Satz zum erstenmal gebraucht hat, konnte bis heute nicht

einwandfrei geklärt werden. Verbreitet worden ist er in der Mitte des 18. Jahrhunderts von dem MARQUIS D'ARGENTON. Die hier geforderte wirtschaftliche Freiheit gilt nicht nur für den Binnenhandel, sondern auch für zwischenstaatliche Geschäftsbeziehungen. Man erwartete wirtschaftlich richtige Getreidepreise, wenn alle Ausfuhrbeschränkungen für dieses Erzeugnis aufgehoben sein würden.

Als Physiokraten wurden die Anhänger FRANÇOIS QUESNAY'S, die sich selber zunächst als „Economistes“ bezeichnet hatten, von DUPONT DE NÉMOURS, einem Schüler FRANÇOIS QUESNAY'S genannt. (S. 30 f.)

Siehe auch: https://de.wikipedia.org/wiki/Fran%C3%A7ois_Quesnay

Ich habe hier so ausführlich zitiert, weil es deutlich wird, wie lange man schon um die richtige Form der Wirtschaft und um die gerechte Steuer ringt. Und hier wird auch deutlich, dass der Bodenreformer Henry George mit seiner Idee von der Single Tax, mit der die Bodenrente abgeschöpft werden sollte, einen Vorgängerin hatte.

Siehe auch: <https://de.wikipedia.org/wiki/Georgismus> / „**Fortschritt und Armut**

Eine Untersuchung über die Ursache der industriellen Krisen und der Zunahme der Armut bei zunehmendem Reichtum“ von [George, Henry](#)

Aber auch in Bezug auf das Bodenrecht, dessen Klärung eine Voraussetzung dafür ist, ob die allgemeinen Menschenrechte vom Wunschkatalog zur Wirklichkeit zu werden und ob die Völker eine wirkliche Chance bekommen, in Frieden zu leben, besteht der Fortschritt in der Ökonomie darin, die in Jahrhunderten mühsam und mit bitteren Erfahrungen gewonnenen Erkenntnisse zu verdrängen und zu vergessen. Das wird durchaus von einer Minderheit gegenwärtigen Ökonomen beklagt, aber der Politik, die von Parteien betrieben wird, in der sich die Mainstream-Ökonomie spiegelt und nur um ihren Vorteil für den Tag kämpfen, nicht wahrgenommen.

Wir können z. B. in dem Buch „Der Sektor / Warum die globale Finanzwirtschaft uns zerstört“ von Michael Hudson, deutsch 2016, lesen:

Bis zum Ende des Jahrhunderts gab es zahlreiche Vorschläge, wie die ökonomische Rente, die Grund und Boden abwarfen, am besten zu besteuern oder zu verstaatlichen sei. Unter anderem trugen Patrick Dove, Alfred Wallace, Herbert Spencer und Henry George zu der ungeheuren Vielzahl journalistischer und politischer Werke bei, die zu diesem Thema erschienen. Doch auch sie schreckten vor einer Verstaatlichung des Landbesitzes zurück und folgten

grundsätzlich der Logik Mills:

Der erste Schritt müsste sein, alles Grundeigentum des Landes zu schätzen; sein gegenwärtiger Wert müsste von der Steuer frei bleiben, aber nach Verlauf einiger Zeit, während dessen die Bevölkerung und das Kapital des Landes zugenommen haben, könnte ein allgemeiner Überschlag der von selbst entstandenen Vermehrung der Rente seit jener früheren Schätzung vorgenommen werden ... [So] ließe sich annähernd schätzen, wie viel die Grundstücke in Folge natürlicher Ursachen an Wert zugenommen haben, und wenn man darnach eine allgemeine Grundsteuer anlegte ... würde man die Sicherheit haben, diejenige Vermehrung des Einkommens aus Grundstücken nicht zu treffen, welche durch verbesserte Bewirtschaftung oder Kapitalauslagen seitens der Eigentümer bewirkt worden ist.

Auch in Bezug auf die Bodenschätze gibt es keinen Fortschritt. Ich bringe eine Nachricht und ein Zitat, Texte, die mir in den letzten Tagen vor die Augen kamen: In einem Bericht von Frank-Thomas Wenzel in der HAZ vom 9. Juni 2020 ist zu lesen:

Ölkartell rauft sich zusammen: Tanken wird teurer

Opec + drosselt Fördermenge um fast zehn Millionen Fass pro Tag / Rohöl mehr als doppelt so teuer wie im April

... Die Analysten des norwegischen Energie-Beratungsunternehmens Rystad gehen davon aus, dass die globale Nachfrage im Mai bei 78,5 Millionen Fass pro Tag lag und sich im Juni bei rund 84 Millionen Fass einpendeln wird – das wären immer noch knapp 15 Prozent weniger als vor einem Jahr. Den Hochrechnungen zufolge wird sich der Verbrauch nur ganz allmählich erholen.

Wie sich dies auf die Preise auswirkt, hat viel mit der Disziplin in der Opec+ zu tun. So haben sich unter anderem so wichtige Förderländer wie Nigeria und Irak zuletzt nicht an die beschlossenen Restriktionen gehalten.

Derweil kündigte der staatliche saudische Ölförderer Aramco an, seine Lieferungen nach Asien deutlich zu verteuern. Das wird von Experten als ein Signal dafür gewertet, dass der Preiskampf gegen Russland endgültig beendet ist. Beide Staaten haben ein großes Interesse, die Notierungen auf einem stabil hohen Niveau zu halten, denn sie sind auf teures Öl angewiesen, um ihre Staatshaushalte zu finanzieren.

Solche Berichte über den Ölmarkt machen auf mich immer den Eindruck, als wären es bezahlte Ankündigungen von unabwendbaren Gesetzen der beteiligten Regierungen der Ölförderländer. Hier werden Kartelle so dargestellt, als seien sie Auswirkungen von Naturgesetzen, obwohl man doch wissen muss, dass Kartelle grundsätzlich eine Sabotage der Marktwirtschaft sind und ein perfides Mittel der Ausbeutung von Menschen. Auch sind die Boden-

schätze schon immer ein wichtiger Auslöser von Kriegen gewesen und sie sind es noch. Das Thema Boden als Kriegsgrund wird so gut wie nicht behandelt. Auch die Frage: „Wem gehören eigentlich die Bodenschätze?“, ist selten ein Thema in der Vermittlung von Ökonomie-Wissen und auch nicht in den Medien, ebenso wenig, wie die Frage, ob es eigentlich ein Privateigentum am Boden, der Existenzvoraussetzung menschlicher Existenz, geben kann. Und wenn die Marktwirtschaft als Modell für die Ökonomie gewählt wird, dann muss es auch ein geschütztes Privateigentum geben. Aber welche Bedingungen muss es erfüllen?

Erdöl und Erdgas sind Naturschätze, die als ökologischen Gründen heruntergefahren werden müssen. Aber Länder wie Deutschland, die über solche Schätze nicht verfügen, haben auch aus ökonomischen Grund vom Erdöl und Erdgas unabhängig zu werden. Deutschland z. B. ist ein Land, das über den Ölpreis, den die Kartelle vereinbaren, die Kuh, die die Herrscher über das Öl melken und dann ihre Überschüsse in Deutschland investieren und den Melkvorang in Form von Abkassieren der Dividende wiederholen. Und das Aktienstimmrecht – wenn die Aktienpakete groß genug sind, auch einen indirekten Einfluss auf die Politik.

Prof. Dr. Felix Fuders, der in Chile Ökonomie und Recht lehrt und Vorsitzender der deutschen Vereinigung Initiative Natürliche Wirtschaftsordnung ist (www.inwo.de), hat neulich mit dem nachfolgenden Link auf eine Buchveröffentlichung hingewiesen, in dem es in der Einführung heißt:

Dieses Buch schlägt Strategien zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit und Erhaltung der Wälder in den gemäßigten Zonen Südamerikas vor, so dass diese Wälder auf nachhaltige Weise Ökosystemdienstleistungen erbringen können. Als solches trägt es zum Entwurf eines widerstandsfähigen Mensch-Wald-Modells bei, das die Multikulturalität lokaler Gemeinschaften berücksichtigt und in vielen Fällen Aspekte der ökologischen Ökonomie, der Entwicklungsökonomie und der territorialen Entwicklungsplanung einbezieht, die mit indigenen Völkern oder First Nations zu tun haben. Darüber hinaus liefert es Vorschläge für öffentliche und territoriale Politiken, die den Erhaltungszustand der einheimischen Wälder und Waldökosysteme verbessern, basierend auf einer kritischen Analyse der wirtschaftlichen Faktoren, die heute zur Schädigung der Waldökosysteme in Südamerika führen.

<https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-030-35379-7>

Mir kam das Thema bekannt vor, nach einigem Nachdenken und Suchen in meinen Unterlagen wußte ich wieder, dass Nachhaltigkeit ein Thema einer der Tagungen unter dem Namen „Mündener Gespräche“ gewesen ist. Eine Hilfe beim Suchen nach inhaltlichen Spuren dieser Tagung war mir, dass sie in der Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen stattgefunden

den hat, wo ich im Sommerkurs 1959 Schüler war. Über ein paar Zwischenstufen kam ich dann auf die Folge 137 vom Juni 2003 der Zeitschrift für Sozialökonomie, in der die gehaltenen Vorträge dieser Tagung zu lesen sind.

<https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-136-143.html>

Zwischendurch war mit dann wieder eingefallen, dass es auch von Prof. Dieter Suhr einen Beitrag gibt, in dem es um den Wald (oder Waldschäden) und die Verfassung geht. Eine Suche könnte hier vielleicht zum Ergebnis führen:

<http://www.fragen-der-freiheit.de/hefte/FdF-285.pdf> <https://www.dieter-suhr.info/de/>

<https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=Prof.+Dieter+Suhr+Waldsch%C3%A4den+und+Verfassung>

Beim Blättern in diesem Heft stieß dann auf einen „Kasten“ in dem Folgendes zu lesen ist:

Internationalisierung der Ressourcen als Friedenspolitik – Eine Forderung aus dem Jahr 1921

"Darum erneuern wir unseren Mahnruf an die Regierung. Machen wir mit der Forderung der Internationalisierung der Rohstoffe - vor allem der Kohle, des Eisens, des Kalis, des Petroleums - den ersten Schritt. Alle Freunde eines wahren Völkerfriedens in der ganzen Welt werden uns begeistert zu solcher Tat zustimmen. ... Die Ursache des Krieges liegt im Petroleum, im Eisen, im Kali. Sie liegt letzten Endes in der Furcht der Völker begründet, es könnten ihnen durch das mit den Zöllen auftretende imperialistische Streben der einzelnen Staaten die Zugänge zu lebenswichtigen Rohstoffquellen versperrt werden. Diese Furcht muss gründlich gebannt werden, ehe es zu einem wahren Frieden kommen kann. Das Mittel ist die Internationalisierung der Rohstoffquellen, der Weg dahin die Ausrufung von Freiland als allgemeines Menschenrecht."

aus: Silvio Gesell, Petrol-Trust (1921), in: Gesammelte Werke Band 13, Lütjenburg 1992, S. 146 – 147.

Darüber ist folgender Zeitungsbericht zu lesen:

Ressourcen als Streitobjekte

"Viel zu viele Machthaber engagieren sich für das riesige, kaum erschlossene Land im Herzen Afrikas. Libyen, Tschad, Sudan, Kongo, Gabun sind militärisch beteiligt, Bergbauunternehmen aus Kanada sind ebenso interessiert wie Söldner aus Frankreich. Die zentralafrikanische Republik ist das Epizentrum eines neuen, transnationalen Krieges um Macht und Ressourcen in Afrika geworden. ... Korruption, Rechtlosigkeit und Denunziantentum haben nach Meinung aller Oppositioneller ein gigantisches Ausmaß angenommen. Nach unabhängigen Schätzungen werden vier Fünftel der zentralafrikanischen Staatseinnahmen regelmäßig veruntreut. Das Hauptexportgut Diamanten dient vor allem der persönlichen Bereicherung. ... Im Kern geht es um die zukünftige Kontrolle des vermuteten Gürtels riesiger Ölreserven, die sich vom Süden des Tschad über den Norden der Zentralafrikanischen Re-

publik bis nach Südsudan, Nordostkongo und Uganda erstrecken. Wer diese Gebiete kontrolliert, entscheidet über Afrikas zukünftige Milliardenumsätze. Das erste Geschäft läuft bereits. In diesem Jahr soll ein USgeführtes Konsortium die Ölförderung im Süden des Tschad aufnehmen. Aus der Nähe der Stadt Doba wird eine Pipeline das Öl nach Kamerun zum Export transportieren; ihr Bau ist das derzeit größte einzelne private Investitionsprojekt in Schwarzafrika und die Ausweitung der Ölförderung in dieser Region ist von hohem strategischen Wert. ... Libyen bohrt seit kurzem in der zentralafrikanischen Republik nach Öl. Dies ärgert westliche Firmen, denen der Präsident dieses Recht auch schon mal verkauft hat."

aus: Die Tageszeitung (TAZ) vom 4./5. Januar 2003, S. 6.

Die einzelnen Fakten und Vermutungen mögen heute nicht mehr aktuell sein, aber mit ähnlichen Inhalten könnte es auch ein Bericht von heute sein.

Aber nochmal zum Geld: Als ich die Auszüge aus dem Buch von Wendt über die Geschichte der Volkswirtschaftslehre gescannt habe, stellte ich fest, dass ich bei einer anderen Gelegenheit, nach dem Ursprung der Quantitätstheorie des Geldes geschaut habe. Ich fand folgenden Text aus diesem Werk:

Die Geldlehre ist auf der Grundlage des Gedankens, daß Geld eine „Anweisung“ sei, von verschiedenen Schriftstellern entfaltet worden. In England hat JOHN LOCKE Wesentliches dazu beigetragen, die Funktionen des Geldes zu erkennen. Er hat auch nach den Bestimmungsgründen der Wertschwankungen des Geldes gefragt und ist zu der Erkenntnis gekommen, daß die Geldmenge den Wert des Geldes entscheidend bestimme. Dieser - der einfachen Quantitätstheorie entsprechende - Gedanke ist vor ihm schon durch JOHANNES Bodinus (1530-1596) entwickelt worden. (Wendt S. 20)

Siehe auch: <http://www.aufklaerung21.de/aufklaerung/vordenker-der-aufklaerung-15-17-jahrhundert/john-locke-1632-1704/>

Man kannte also schon im 16. Jahrhundert den Zusammenhang zwischen Geldwertstabilität und umlaufendem Geld. Es ist ein Wissen, was die Wirkmächtigen in der EZB und bei den alten und neuen Deficit-Spendern nicht kennen oder vergessen haben.

Dann möchte ich auf einen alten Geldkritiker hinweisen, der vom Geld als kriminelles Geld gesprochen hat. Es ist **Pierre Le Pesant de Boisguilbert** (auch *Boisguillebert*). (* [17. Februar 1646](#) in [Rouen](#); † [10. Oktober 1714](#) ebenda) Was er uns heute zu sagen hat, berichtet **Santiago Fernandes**: <http://tristan-abromeit.de/pdf/102.2%20Fernandes.pdf>

Von de Boisguilbert liegt auch ein Buch vor mit dem Titel „PIERRE LE PESANT DE BOIS-GUILEBERT Denkschriften zur wirtschaftlichen Lage im Königreich Frankreich“ vor. Es

wurde übersetzt und mit einem Nachwort herausgegeben von Achim Toepel, 1986.

Gegen Ende meiner Ausführungen (Ein Kommentar zu dem Interview von Martin Schulz SPD steht noch aus), das eigentlich kein Ende ist, sondern eine Unterbrechung, bringe ich die beiden letzten Absätze des Gliederungspunktes V. 4. d) und V. aus seiner Studie über die *„Gleiche Freiheit / Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft* von Dieter Suhr unter Mitarbeit von Armin Trautmann, 1988:

In der Geldwirtschaft dagegen kommen alle diejenigen, die die Güter brauchen, an die Nutzung der Güter nur heran, wenn sie den Flaschenhals des Geldsystems überwinden. Und bevor ein Gütereigentümer anderen die Nutzung der Güter kostenlos überlassen müßte, kann er sie verkaufen, das Geld anlegen und den Zins einstreichen. Also überläßt er auch den Güternutzen selbst den anderen nur, wenn sie eine entsprechende Pacht oder Miete zahlen.

So überträgt sich die fundamentale Reziprozitätsstörung, die im Geldsystem angelegt ist, auch auf die Güterwelt im übrigen. So macht das kapitalistische Geld die gesamte Realwirtschaft kapitalistisch. Man muß also, wenn man die sekundären Asymmetrien in den Mikrostrukturen der kapitalistischen Wirtschaft beseitigen will, das Übel an der Wurzel, nämlich beim Geld packen. Die theoretische Formel dafür hat bereits Keynes angegeben, und vor ihm hatten schon andere den praktisch richtigen Gedanken. Die Formel ist extrem einfach. Es geht darum, dem Geld Durchhaltekosten (carrying costs) oder, wie man heute sagt, Lagerhaltungs- bzw. Liquiditätskosten (storage or liquidity costs) anzuheften. Wegen der theoretischen Grundlagen sei daher auf das 17. Kapitel der „Allgemeinen Theorie“ von Keynes und auf andere Studien verwiesen.

5. Verfassungsvoraussetzung „Geld“ im sozialen Rechtsstaat

Das überkommene Geld führt einen Liquiditätsmehrwert mit sich, und zwar ohne daß dieser Mehrwert durch entsprechende Liquiditätskosten i.S. der intrapersonalen Komplementarität von Recht und Pflicht ausgeglichen wird. In dieser asymmetrischen Struktur des Geldes liegt die gleichheitswidrige Asymmetrie, der wir den Kapitalismus und die soziale Frage im wesentlichen verdanken. Die monetäre Asymmetrie bewirkt mikro- und makroökonomisch Ungleichheiten und Einkommensströme, die im Gegensatz zum Gebot sozialer Gleichheit im sozialen Rechtsstaat verlaufen.

Das alles war bisher ökonomisch schicksalhaft, da es nicht durchschaut wurde. Es wurde daher auch von der Verfassung „unter Protest“ vorausgesetzt. „Unter Protest“ insofern, als der „soziale“ Staat herausgefordert ist, die freiheitlich-rechtsstaatliche Lösung der sozialen Frage zu finden. Jetzt aber ist offenkundig, daß unser Geld ökonomische Effekte zeugt, die der verfassungsrechtlichen Gleichheit zuwiderlaufen und die die Gegenseitigkeit von Geschäften in der Geldwirtschaft korrumpieren.

Welche Folgerungen daraus zu ziehen sind, soll und kann hier nicht im ein-

zelenen verfolgt werden:

– Wie etwa sind solche überkommenen faktischen und einfach-rechtlichen Strukturen zu beurteilen, wenn sie sich im Verlaufe der Zeit als so grundlegend verfassungswidrig erweisen, sie die Strukturen des überkommenen Geldes?

– Ist der Staat verfassungsrechtlich verpflichtet, ein „neutrales“ Geldsystem zu schaffen, das nicht mehr länger parteilich zugunsten derer wirkt, die Geld gerade nicht brauchen, sondern übrig haben?

- Und wie ist alles das dogmatisch genau zu fassen, wenn man es mit einer so elementaren Verfassungsvoraussetzung zu tun hat wie mit dem Geld?

– Was geschieht mit den faktischen, rechtlichen und institutionellen Altlasten, wenn neutrales Geld realisiert ist,— z.B. mit den Stichentscheidungsrechten des Kapitals in den Unternehmungen, mit den Verzugszinsen des BGB?

–

Die Fragen muten heute freilich noch abwegig an. Sie transzendieren das Gewohnte und daher Vorstellbare noch zu weit.

Jedenfalls darf der Staat seinen Bürgern nichts in den Weg legen, wenn sie sich selbst helfen und im Rahmen der geltenden Gesetze sich ihr neutrales (Giral-)Geld selbst schaffen. Denn in der Tat besteht offenbar die Möglichkeit, daß sich in diesem Falle die Menschen einmal im Wege der Selbsthilfe auf eine zwanglose, freiheitliche, marktgerechte Weise von den kapitalistischen Reziprozitätsdefiziten und den damit verbundenen Lasten befreien, indem sie ein preiswerteres monetäres Transaktionssystem schaffen, das die Chance hat, sich *im Wettbewerb* mit den herkömmlichen monetären Zahlungs- und Kredittechniken durchzusetzen: Abschaffung des monetären Kapitalismus als marktwirtschaftliche Finanzinnovation. (S. 92 f. Ohne Fußnoten)

oooooooooooo

„Das Urteil schadet Deutschland“

Der frühere EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD)
über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Anleihekäufen

Ein Interview von Marina Korbaki

Das Interview erschien in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 15. Mai 2020

>> Martin Schulz ist Mitglied des Bundestags. Von 2012 bis 2017 war er Präsident des Europäischen Parlaments, von 2017 bis 2018 Bundesvorsitzender der SPD.<< (HAZ)

Ich habe schon zweimal in Meldungen über ihn gelesen, dass bemängelt wurde, dass er kein

Abitur hat. Das ist im demokratischen Sinn kein Mangel, denn dieses Regierungssystem kennt keinen bestimmten Bildungsnachweis für die Übernahme einer Funktion im System. Wenn es anders wäre, dürfte ich mich, der nur einen Volksschulabschluss hat, hier nicht äußern.

Meiner Wahrnehmung nach ist Martin Schulz der klassische Vertreter der Sozialdemokratie, den ich versucht habe, als Gutsherren-Modell zu beschreiben. Ein Modell, das vielen Funktionären Bedeutung verleiht, die Bürger in hilfsbedürftiger Unmündigkeit hält und eine effektive Stütze des Kapitalismus ist. Das sind aber keine charakterlichen Mängel, sondern Vorstellungen von der Gesellschaft und der Ökonomie, die sich allgemein auf alle Parteien in unterschiedlichem Umfang ausbreiten konnten und die sich aufgrund eines mangelhaften Ideenwettbewerbs halten konnten.

Wer Martin Schulz kritisiert, weil er sozialdemokratische Politik betreibt, kann auch unsere Bundeskanzlerin – die ich als Person schätze und bewundere – kritisieren, der man ihre politische Sozialisation in der DDR - und damit die Verwandtschaft mit der Sozialdemokratie - durchgängig anmerkt. Auch diese Aussage ist keine über eine Charakterschwäche, sondern, dass sie als Leitfigur der CDU / CSU wiederholt gewählt wurde, dass diese Parteien keine Aushängeschilder der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ wortwörtlichen Sinn sind.

Den Parteien allgemein fehlt in ihrer Programmatik die Ehrlichkeit und Zielklarheit aufgrund einer mangelhaften Analyse der Wirkkräfte in der Gesellschaft, um die sich schon Generationen von Denkern bemühen und damit die Orientierungshilfe für die Wähler. Diesen Mangel kann man einzelnen Mitgliedern einer Partei – die sich meistens in Konkurrenz zu anderen Sichtweisen gebildet hat - nicht vorwerfen. Man muss auch anerkennen, dass das Modell Sozialdemokratie die Rollen als Befreier vom Kapitalismus und als Hüter der Gerechtigkeit zugeordnet war. Die Verfehlung des Zieles erscheint mir, als das typische Merkmal von politischen Bewegungen zu sein, auch bei der CDU, der FDP und den Grünen. Dagegen hilft nur, nie mit den Bemühungen um Analysen und Aufklärung aufzuhören. Trotzdem schmeckt die heute Morgen (12. Juni) vermittelte Einsicht durch Gabor Steingart in seinem Morning Briefing bitter:

„Irren ist menschlich, lügen demokratisch“, so hat der bekennende Zyniker **Nicolás Gómez Dávila** die **Zustände** der **Moderne** beschrieben.

Die Lüge in der Demokratie hat viele Formen, sie kann sich in Schweigen und Verhinderungen andere Ein- und Ansichten ausdrücken und sie wird geradezu erfinderisch, wenn es um den Einsatz von militärischer Gewalt geht. Die Hauptlüge unserer Demokratie liegt neben der Tatsache, dass die Deutschen noch keine Gelegenheit hatten, sie sich wirklich anzueignen, in dem Zustand, dass die Aufklärung über ihre ökonomische Basis nicht wirklich gewollt wird.

Mir kam kürzlich „Das Volksbuch Über Island und Gott und die Welt“, das der isländische Schriftsteller Halldór Laxness, der 1955 den Nobelpreis für Literatur erhielt, in jungen Jahren geschrieben hat, wieder in die Hände.²⁷ Ich wollte ein Zitat bringen, was zeigt, dass durchaus eine aufklärerische Gesinnung zu so etwas geführt hat, was heute Sozialdemokratie genannt wird. Ich fand die Stelle nicht und kam zum Schluss, eine Empfehlung zu diesem Zweck für das ganze Buch auszusprechen. Im Klappentext steht zu recht:

Mit Laxnes kann man lernen, noch einmal an den Anfang zu gehen und sich ganz neu zu befragen. Auch darin liegt für heutige Leser der Reiz dieser Essays, die nun zum ersten Mal in deutscher Sprache vorliegen.

Und eingangs im Klappentext heißt es:

Mit diesem Buch von 1929 versuchte Halldór Laxnes seine Isländer zu erziehen. Sie sollten teilhaben an dem, was der junge Schriftsteller auf seinen Reisen im Ausland gelernt hatte. ...

In dieser Erzieherrolle stecken jener unserer Mitbürger, die Politiker genannt werden – besonders wenn sie ein Mandat in einm Parlament errungen haben – heute noch. Es hat sich keiner von ihnen in meinem Gedächtnis eingepägt als Kämpfer für die individuelle Freiheit, sondern sie machen alle mehr oder weniger den Eindruck, dass jedes neue Gesetz, mit dem man die Bürger zwingen kann, etwas zu tun oder zu lassen, willkommen heißen und als ihren Verdienst ansehen. Im Grunde leben wir heute in einer Situation, wo sich kein Bürger

27 Erinnerungen werden manchmal durch simple Ereignisse ausgelöst. Meine Frau hatte ein Gericht mit Rhabarber gekocht. Sie erinnerte sich an das Rhabarbergericht, das wir in oder auf Island gegessen haben. Bei der Überlegung, in welchem Quartier es war, kam die Frage auf, war es die vor der Wirkstätte von Jan Svensson, dem Autor von Nanni und Manni, die Literatur unserer Kinder als sie noch klein waren oder war es vor der Wirkstätte des Nobelpreisträgers, in dessen Wohnstätte zu Lebzeiten wir uns „Das Volksbuch ...“ erworben haben. Wir waren auch im Althing, dem Parlament in der Natur, - , es „geht bis ins Jahr 930 zurück und ist damit nach dem färöischen Lögting, dessen Ursprünge in das Jahr 900 zurückreichen, das zweitälteste bestehende Parlament der Welt bzw. das älteste eines unabhängigen Staats.“ (Wikipedia) Im >>Text 105.3.2 Von Gljufrasteinn und Halldór Laxnes über gedankliche Umwege in unsere verworrene Gegenwart zu Hans Küngs Buch „Anständig wirtschaften“ T.A., August 2012 in der Reihe: Färöer und Island Gedanken vor, während und nach einer eindrucksvollen Reise von Tristan Abromeit Text 105.0 www.tristan-abromeit.de << kann man das nachlesen. <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/105.3.2%20HalldorLaxnessHansKueng.pdf>

mehr ohne einen PC griffbereit auf dem Bauch hängend, im und außer Haus bewegen kann, denn er müsste, wenn er heutzutage noch ein gesetzestreuer Bürger sein will, vor jedem Schritt, den er machen will, abfragen, ob der auch erlaubt ist. Er kann sich nur noch einigermaßen frei bewegen, wenn er sich dazu entschließt, als ein gesetzessblinder Bürger zu leben.

Nun aber meine direkten Anmerkungen zu den Äußerungen von Martin Schulz MdB in dem Interview von Marina Korbaki:

Herr Schulz, hat das Verfassungsgerichtsurteil über Käufe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) Deutschland in der EU isoliert?

Eindeutig: ja. Dieses Urteil fügt Deutschland und dem Euro Schaden zu. Sieht man einmal von eingefleischten Gegnern der EU ab, stößt es außerhalb Deutschlands auf großes Unverständnis. Zudem widerspricht sich Karlsruhe selbst.

TA: Ich sehe das entgegengesetzt wie Marin Schulz. Das Verfassungsgericht hat den Mut gehabt, klar zu sagen, was währungspolitisch auf der EU-Ebene läuft, eindeutig nicht dem entspricht, was die deutsche Regierung – ohne Befragung des Volkes – bei der Zustimmung zur Währungsunion erwartet und mit dem „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ unterschrieben hat. Der Vertrag macht auf mich auch nicht den Eindruck einer Verfassung, sondern als ein Dokument der Herrschaft der vereinigten Bürokraten Europas. Im Übrigen sind Verfassungsrichter auf dem Hintergrund der währungstheoretischen Schlamperie der Wirtschaftswissenschaft nicht bei der Findung eines sachlich richtigen Urteils über Geld- und Währungsfragen zu beneiden. Martin Schulz kommt vermutlich zu seiner Einschätzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes, weil es ein Bremsklotz auf den weiteren Weg in ein zentralisiertes Europa ist. Diese Zentralisierungsneigung in der EU folgt jener in den nationalen Parlamenten. Martin Schulz subsumiert unter die „eingefleischten Gegner der EU“ auch jene Bürger, die für Europa glühen, aber kein zentralistisches Europa wollen. Die EU-Politiker – in der Mehrheit sicher Zentralisten – haben trotz Englands Austritt – immer noch nicht begriffen, dass dieser Weg Europa nur in seine kriegerische Vergangenheit zurückführen kann.

Die Bejahung von Gemeinsamkeit schließt die Sonderung eine abgegrenzte Sonderheit nicht aus. Und das Bedürfnis in der Orientierung und Gemeinschaft vermittelnde Sonderheit ist Föderalismus und nicht Nationalismus. Aber hier ist Deutschland kein gutes Beispiel, denn sein Föderalismus ist unter der Herrschaft der Zentralisten ein Zerrbild dieser Idee gewor-

den und kann mit seiner Anreicherung des Neoliberalismus (Chicagoer Prägung) nur noch als abschreckendes Beispiel dienen.

Wie das?

Das Bundesverfassungsgericht hatte zu Beginn der Neunzigerjahre ein wegweisendes Urteil erlassen. Es stellte klar, dass die im Maastrichter Vertrag vereinbarte Souveränitätsübertragung von der nationalen auf die EU-Ebene verfassungskonform ist. Damit erkannte das Gericht die Kompetenzhoheit der EU-Organen an. Doch dem widerspricht das Bundesverfassungsgericht nun. Den Richtern fällt es offenbar schwer, sich damit abzufinden, dass ihre gefühlte Allzuständigkeit Grenzen hat. Karlsruhe offenbart nicht bloß einen Sinneswandel, sondern einen Gesinnungswandel.

TA: Wenn man sich über bestimmte Begriffe – wie hier über den Unterschied zwischen Sinneswandel und Gesinnungswandel klar werden will und deshalb nach Klärung sucht, wird es häufig kompliziert. Ich bin in einem Beitrag von Richard Schaeffler (in „Nach Kant: Erbe und Kritik“ herausgegeben von Ian Kapplow) (Seite 172 f.):

... 3. Aus der Erfahrung, dass wir einen „Sinneswandel“ nötig haben, entsteht ein Widerspruch. Um den Gesinnungswandel auch nur zu wollen, müssten wir schon sittlich gesonnen sein. Dann aber hätten wir den Gesinnungswandel nicht nötig. Wenn wir ihn aber nötig haben, scheinen wir die sittliche Gesinnung noch nicht zu haben. Wie soll es dann zum Gesinnungswandel kommen, der uns ja nicht von außen abgenötigt werden kann, sondern von uns selber gewollt werden muss? ...

Ich deute das auf dem vorliegenden Fall angewandt so: Der Gesinnungswandel ist nicht von außen abgenötigt worden, sondern entspringt neuer Einsichten, in diesem Fall, dass das, was das Bundesverfassungsgericht zu beurteilen hatte, entsprach nicht dem, was es in seinem Urteil über die Abtretung und Übertragung von Teilen der Souveränität der BRD auf die EU zugestimmt hatte. Wenn das Bundesverfassungsgericht seiner Einsicht nicht gefolgt wäre, dann hätten sie sich in den Status von Richtern wie im Nazi-Reich als Diener des politischen Opportunismus katapultiert. Wenn ein Konflikt zwischen einem zuletzt entscheidendem nationalen Gericht und ein dem EU-Gerichtshof entstanden ist, dann hat der Gesetzgeber diesen Konflikt aufzulösen. Die Frage ist nur, wer dann der Gesetzgeber in einem demokratischen Sinne in diesem Fall ist. Die EU ist nämlich keine demokratische Vereinigung, sondern nur eine Vereinbarung nationaler Regierungen, die dazu keinen Auftrag von ihren Völkern (im Sinne von Gesellschaften) hatte.

Das Gericht pocht auf eine stärkere Einbindung des Bundestags in

EZB-Entscheidungen. Was können Sie als Abgeordneter dagegen haben?

Stellen Sie sich vor, zu D-Mark-Zeiten hätte der Bundestag von der Bundesbank Erklärungen für ihr Verhalten verlangt. Da wäre das Verfassungsgericht sofort eingeschritten – unter Verweis auf die Unabhängigkeit der Bundesbank. Nach deren Vorbild wurde die EZB als unabhängige Institution geschaffen – das war hierzulande die Voraussetzung für die Zustimmung zum Euro. Ausgerechnet ein deutsches Gericht untergräbt nun diese Unabhängigkeit. Wenn andere Staaten auf dieselbe Idee kommen, wird die EZB Spielball der parteipolitischen Auseinandersetzungen in den Euro-Staaten. Das wäre das Ende der Unabhängigkeit der Zentralbank.

TA: Hier liegt Martin Schulz auch falsch. Ursprünglich lag das Münzrecht und der Betrieb der Münze (so hieß in vergangener Zeit die „Zentralbank“, die für die Prägung von Münzen zuständig war) bei den Fürsten. Hier kam es auch vor, dass die Fürsten die Münze gegen Abgaben an die Münzherren vermietet haben. Die Entwicklung des Papiergeldes ist auf der Welt nicht einheitlich verlaufen. In China, das hier ein zeitlicher Vorreiter war, war es wohl von Beginn an eine staatliche Angelegenheit. In Europa soll es aufgrund von Hinterlegungsscheinen bei Banken für eingezahlte Münzen aus Gold entstanden sein. (Bei Heinson und Steiger auch Schuldscheine von Bodeneigentümern / <https://www.youtube.com/watch?v=SpGjPrE5EI>). Jedenfalls haben dann einige Geschäftsbanken vom Staat die Lizenz für die Aufgaben einer Zentralbank erhalten. Das wurde mit der Zeit für einen unmöglichen Zustand empfunden und die Zentralbanken wurden verstaatlicht. Die Regierungen und Parlamente haben dann entdeckt, dass mit diesen Zentral- oder Notenbanken durch die Bedienung der Notenpresse sich viele Dinge und Geschenke finanzieren lassen, ohne bei den Bürgern die Steuerschraube fester anziehen zu müssen. Das wurde dann soweit getrieben, bis das Geld seine Zahlungsmittelfunktion verlor und alle Forderungen, die auf Geld lauteten wertlos wurden.

Diesen Zugriff durch die Politik auf die Notenpresse wollte man dadurch verhindern, dass die Notenbanken unabhängig von den Weisungen der Regierungen wurden, was aber nie ganz gelungen ist, denn die Anbindung der DM an den Dollar mittels eines fixierten Wechselkurses wurde nicht von der Bank deutscher Länder (später Deutsche Bundesbank) vorgenommen, sondern von der Politik.

Die Bank deutscher Länder (BdL) wurde am 1. März 1948 per Erlass in [Frankfurt am Main](#) gegründet. [1] Vorausgegangen waren lange Querelen zwischen den [alliierten](#) Besatzungsmächten und die Errichtung von Landeszentralbanken in [der amerikanischen](#) und der [französischen Zone](#). Die briti-

sche Auffassung der Notwendigkeit einer einzigen Zentralbank und einer gemeinsamen Geldpolitik für das neu organisierte Deutschland setzte sich durch. Die BdL war damit faktisch eine funktionelle Nachfolgerin der Reichsbank und eine Vorläuferin der Bundesbank.

https://de.wikipedia.org/wiki/Bank_deutscher_L%C3%A4nder

Und in dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 steht:

§ 3 Aufgabe

Die Deutsche Bundesbank regelt mit Hilfe der währungspolitischen Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehenden, den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft mit dem Ziel die Währung zu sichern, und sorgt für bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland.

§ 12 Verhältnis der Bank zur Bundesregierung

Die Deutsche Bundesbank ist verpflichtet, unter Wahrung ihrer Aufgabe die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen. Sie ist bei der Ausübung der Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, von Weisungen der Bundesregierung unabhängig.

Ich habe jetzt nicht geprüft, ob es die letzte Fassung bis zum Übergang zum Euro ist und will auch gar nicht diskutieren, ob alle Eingriffsrechte, die das Gesetz der Bundesbank zubilligt, sinnvoll sind. Ich will nur verdeutlichen, auf welchem Hintergrund die Idee von der Unabhängigkeit der Notenbank entstanden ist. Man muss auch sehen, dass alle Eingriffsrechte nur im Hinblick auf „die Währung zu sichern“ angewandt werden konnten. Und jedenfalls zu dieser Zeit wusste man in der Bundesbank noch, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der umlaufenden Menge an Geld im Verhältnis zur Menge der Güter, die jeweils im Markt sind und der Preisniveaustabilität besteht. (Und man weiß es wahrscheinlich heute noch. Woraus sich der Widerstand der DBB gegenüber der EZB erklärt. Durch die Verleihung des „Alfred-Nobel-Gedächtnispreises-Nobelpreises“ an Milton Friedman im Jahr 1976 konnte die Bundesbank sicher als Bestätigung ihrer Politik betrachten. Ich erinnere mich daran, dass es damals hieß, er bekäme den Preis für die Wiedereinführung der Quantitätstheorie in die Wirtschaftswissenschaft. Der Prof. für Ökonomie Dr. Felix Binn wollte sich beim Verleihungskomitee beschweren, weil die Freiwirtschaftsschule durchgängig daran festgehalten hat und zwar an die bereinigte Quantitätstheorie, die eigentlich keine Theorie, sondern ein Erfahrungssatz ist. Unter Wikipedia ist heute zu lesen:

Er erhielt 1976 den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften für seine Leistungen auf dem Gebiet der Analyse des Konsums, der Geschichte und der Theorie des Geldes und für seine

Demonstration der Komplexität der Stabilitätspolitik.^[1] Friedman wird neben John Maynard Keynes als der einflussreichste Ökonom des zwanzigsten Jahrhunderts angesehen.

Ohne die Missachtung dieser Zusammenhänge hätte Keynesianismus seine Lehrmeinungs-Führerschaft nicht an die Neoliberalen (Chicagoer Prägung) verloren. Und vorher die Neo- oder Ordoliberalen der Freiburger Schule aufgrund der Abgrenzungspolitik gegenüber den Freiwirten nicht an die Keynesianern.

Der Auftrag der Bundesbank, für stabiles Geld zu sorgen, stand von Anbeginn auf tönernen Füßen, denn die Wahl des Wechselkurses - fixiert oder flexibel - stand ihr nicht zu und bei fixierten Wechselkursen mit einem Ankaufszwang einen überhöhten Kurs zum Dollar, der nicht die Kaufkraftparität widerspiegelte, war es der Bundesbank unmöglich, die DM stabil zu halten.

In den rund 50 Jahren von ihrer Einführung 1948 bis zur Einführung des Euro Anfang 1999 sank der Geldwert der D-Mark auf etwa ein Viertel.

https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Mark#Geldwert

Mich würde aber nicht wundern, dass inoffiziell diese Inflationsrate schon als Stimulanzmittel der Konjunktur gesehen wurde. Dieses hat aber schon zeitweise zu einer Überhitzung der Konjunktur geführt, die zur „Notwendigkeit“ der Arbeitskräftezufuhr mittels Gastarbeiter führte. Den Preis dafür haben alle Wirtschaftsteilnehmer (also auch die Gastarbeiter) dadurch bezahlt, dass die DM auf diese Weise entwertet wurde. Und dass diese Entwertung durch den Zwangsankauf von überbewerteten Devisen, die für den Goldankauf durch die Bundesbank genutzt wurden, gehört das Gold auch nicht der Bundesbank, sondern den Inflationsgeschädigten. Da diese aus verschiedenen Gründen nicht ermittelt werden können, sollte das Gold bzw. sein Verkaufserlös den Rentenkassen zugeführt werden. Es ist jedenfalls kein Vermögensbestand, der der spekulativen Politik der Europäischen Zentralbank geopfert werden sollte.

Und was noch wichtig ist. Vom demokratischen Grundverständnis her gesehen kann einer Zentralbank neben der Regierung und dem Parlament keine Wirkungsmacht mit politischer oder gesetzgeberische Wirkung zugebilligt werden. Sie muss wie ein Stellwerkwärter bei der Bahn in ihren Aktionen an einem Regelwerk halten, das parlamentarisch begründet ist. Dies kann aber erst geschaffen werden, wenn die währungs-theoretischen Zusammenhänge verstanden werden. Diese Zusammenhänge – so hat es den Anschein – werden bewusst kompliziert gehalten, damit sie die Abgeordneten und ihre Wähler sie nicht durchschauen können.

Aber erfordert eine Zeit, in der Milliarden- und Billionen-Kreditpakete geschnürt werden, nicht eine strengere Kontrolle als zu Zeiten Kohls?

Gewiss bewegt die Zentralbank hohe Summen – aber warum? Weil die Euro-Zone immer noch keine gemeinsame Wirtschaftspolitik und keine Wirtschaftsregierung hat. Das Karlsruher Urteil ist ein Appell, der Währungsunion endlich die politische Union hinzuzufügen. Aber ich warne vor einer politischen Kontrolle der Zentralbank.

TA: Dass die EZB eine gemeinsame Wirtschaftspolitik und eine fehlende Wirtschaftsregierung ersetzen will, halte ich – wenn es so ist - einmal für eine Kompetenzüberschreitung dieser Institution und zum anderen für ein politisches Ziel der Zentralisten und Freunde der Fiskal- und Interventionspolitik und dem Gedanken vom vereinigten Europa abträglich. Aber bis das eingesehen wird, ist das vereinigte Europa vermutlich schon wieder ein Gedanke von gestern. Aus dem Urteil des Verfassungsgerichtes ist vielleicht ein Appell an die Politik und Wissenschaft herauszulesen, für klare Verhältnisse zu sorgen, aber nicht, der EU eine politische Union hinzuzufügen. Aber um selber zu einem Urteil zu kommen, müsste ich den ganzen verkündeten Beschluss lesen.

Liefert ausgerechnet Deutschlands oberstes Gericht den Nationalisten und Autoritären des Kontinents Munition in ihrem Kampf gegen EU-Recht?

Die Jubelschreie in Warschau und Budapest sowie in den Parteizentralen der Antieuropäer – bei uns die AfD – waren ja nicht zu überhören. Die Richter wussten, was sie mit diesem Urteil auslösen. Wegen einer Kompetenzstreitigkeit haben sie diesen Jubel billigend in Kauf genommen. Sie müssen deshalb jetzt mit dem Vorwurf leben, dass ihre Rechtsprechung Europa mehr schadet, als nützt.

TA: Ein Protest gegen eine politische Fehlentwicklung – in diesem Fall gegen EU-Politik - geht nicht vom Kollektiv der betreffenden Einheit aus, sondern von Teilen, des ganzen Verbundes, die sich in ihrem Denken, Handeln und Wollen unterrepräsentiert und nicht beachtet fühlen. Das Ringen um die Anerkennung der Allgemeinen Menschenrechte kann gelingen, wenn sie klar genug für alle Bewohner dieser Erde formuliert werden. Aber die ganze Menschheit zu einem kulturellen, ökonomischen und politischen Einheitsbrei zu formen, wird immer wieder Gegenbewegungen auslösen. Nicht zuletzt hat auch der Nationalismus seine ökonomischen Ursachen. Zu denken ist der Kampf um Exportüberschüsse – die waren bei der Goldwährung erforderlich, um genügend Zahlungsmittel im Inland vorhalten zu können

-, Absatzmärkte und koloniale Gebiete für die Ausbeutung zu finden und zu verteidigen. Dadurch wurde ein normales und auch konstruktives Großgruppen-Selbstwertbewusstsein, das man auch Nationalbewusstsein nennen kann, aber nicht die Achtung und den Respekt für und gegenüber anderen Nationen mit eigener Prägung verhindert oder sabotiert. Statt die Ursachen für die Fehlentwicklungen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg aus dem Weg zu räumen, hat man eine Politik der Verachtung der Nation eingeläutet. Heute beginnt die Saat, die man lange mit politischem Druck im Keimzustand gehalten hat, an zu wachsen. Und alle „politischen Dummköpfe“, die die Saat gesät haben, wundern sich und weisen mit ihrem Zeigefinger auf die hässlichen Pflanzen.

Von politischer Blindheit zeugt auch, dass man glaubt, ein soziales Sicherungssystem mit hohen Leistungen in Form der Zwangskollektive, das nicht aus dem Kapitalertrag, sondern aus dem Arbeitsertrag finanziert wird, sich bei offenen Grenzen leisten zu können. Keinem Menschen, der außerhalb dieses sozialen Sicherungssystems in prekären Verhältnissen lebt – aus welchen Gründen auch immer - ist zu verdenken, dass er auch gerne daran teilhaben möchte und dahin strebt. Die Wirkung ist aber wie die Verschleuderung des staatlichen DDR-Vermögens, in dem die Ergebnisse des Zwangssparens der DDR-Bürger steckte. In den staatlich organisierten sozialen Sicherungssystemen steckt aber auch ein wesentlicher Teilbetrag des Einkommens der Arbeitnehmer, aber die Mitglieder des Bundestages glauben zugunsten von Menschen, die dafür nichts geopfert haben verfügen zu können. Offene Grenzen kann man nur zwischen Völkern haben, deren Ökonomie in etwa das gleiche Niveau befindet wie die eigene. Seit ihrem Bestehen hat die Bundesrepublik Deutschland den effektivsten Beitrag für die Wiedergutmachung des Schadens, den das Vorgängerregime angerichtet hat, trotz der geleisteten Entwicklungshilfe, versäumt. Mit dem Wissen, was in das Modell der Sozialen Marktwirtschaft eingeflossen und schnell wieder verraten wurde, hätten innerstaatlich und andere Länder zu dem ökonomischen Gleichgewicht in Bezug auf Vermögen und Einkommen kommen können. Dieses jetzt mit falschen Mittel, die die Gesellschaften entzweit, erreichen zu wollen, wird den jetzt politisch gestaltenden Generation von den nachfolgenden als ihre große Schuld angekreidet werden.

Aber sollen Richter ihre Urteile an der Frage ausrichten, ob diese instrumentalisiert werden können? Wofür gibt es dann Gesetze und Paragraphen?

Nein, das nicht. Die Richter urteilen frei und unabhängig. Diese Urteile sind aber nicht die Zehn Gebote. Es gibt Verfassungsrecht. Und es gibt Verfas-

sungswirklichkeit. Der Text erinnert mich aber stellenweise an die Debatte eines Gelehrtenzirkels über Kompetenzen. In der Verfassungswirklichkeit konnte sich die EZB diesen akademischen Luxus nicht leisten. Sie musste in einer Notsituation für die gesamte Euro-Zone handeln, wovon auch Deutschland nachhaltig profitiert.

TA: Auch hier hat meine Antwort zwei Teile. Zuerst die Antwort auf das Thema Verfassung und dann auf die Möglichkeiten der EZB in einer Situation einer Entscheidung.

Es ist wohl immer so, dass die Idee von etwas – in diesem Fall von der Verfassung – bei der Realisierung der Idee, von der Wirklichkeit abweicht. Es ist also eine Binsenwahrheit, wenn die Verfassung und die Verfassungswirklichkeit nicht übereinstimmen. Uns West-Deutschen wurde nach dem Zweiten Weltkrieg die Demokratie aufgenötigt und dabei wurde uns versprochen, dass wir dadurch bessere Menschen würden. Bekommen haben wir eine Parteienherrschaft, die uns mehr Kummer als Freude macht. Es wird auch gesagt, in der Demokratie ist das Volk der Herrscher. Aber in der Wirklichkeit hat das Volk noch nie die Möglichkeit gehabt, sich für die Demokratie zu entscheiden, indem es eine Verfassung formulierte und für die Inkraftsetzung eine große Mehrheit durch eine Abstimmung zu finden. Uns wurde auch gelehrt, dass für die Demokratie bei großen Teilnehmerzahlen die Gewaltenteilung notwendig ist, damit eine Vertretung nicht selbstherrlich wird. Die Gewaltenteilung haben wir nur in Ansätzen bekommen. Besonders bei den Parlamenten ist zu sehen, dass sie nicht das Zentrum in einer Vertreter-Demokratie sind, sondern nur die Dienerinnen der Regierungen, die für sie den rechtlichen Rahmen für das zu schaffen hat, was die Regierungen wollen. Die Parlamentarier ändern fortwährend auch das Grundgesetz, obwohl dieses Recht auch in einer Vertreter-Demokratie beim Volk bleiben muss, wenn man die Demokratie nicht als eine Unmöglichkeit bezeichnen will. Auch die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes haben einen Verfassungsverrat begangen oder dulden ihn noch heute. Bei der Formulierung und Annahme des Grundgesetzes wurde in einer Notsituation, die Annahme, dass in der Demokratie alle Herrschaft vom Volk ausgeht, missachtet. Der Parlamentarische Rat war sich des Mangels bewusst und hat deshalb in den Artikel 146 geschrieben:

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Die Vereinigung der beiden deutschen Republiken wäre der Zeitpunkt für die Verfassungsgebung durch das Volk gewesen, aber die dominanten Mitglieder der Parteienherrschaft ver-

weigerten dem Volk – nicht aus Not, sondern aus Angst vor Machtverlust – eine wirkliche Demokratie. Auch die Partei von Martin Schulz hat an diesem Verfassungsverrat mitgewirkt – leider auch die FDP und DIE GRÜNEN, in denen ich meinen demokratischen Dienst geleistet habe. Die Entrüstung über die AfD ist unangemessen, weil sie die Frucht des Wirkens der anderen Parteien ist. ²⁸

Da die Verfassungsrichter ohne Widerstand den Verfassungsbruch der Exekutive und Legislative im Vereinigungsprozess der beiden deutschen Republiken geduldet haben und nicht dafür aus dem Amt gejagt wurden oder erst hinterher gewählt und bestätigt wurden, konnten sie da zurecht von ausgehen, dass sie befugt über den Sachverhalt urteilen durften. Die schwierige Aufgabe bestand darin, den künftigen Schaden möglichst gering zu halten. Da aber der Wissensstand über die Zusammenhänge bezüglich im Währungsbereich völlig verwirrend ist, war ein Urteil, das alle am Urteil Interessierten zufriedenstellte, eine Unmöglichkeit.

Nun zu der Frage, die in der hier wiederholtem der Äußerung von Martin Schulz steckt:

In der Verfassungswirklichkeit konnte sich die EZB diesen akademischen Luxus nicht leisten. Sie musste in einer Notsituation für die gesamte Euro-Zone handeln, wovon auch Deutschland nachhaltig profitiert.

Das System der europäischen Zentralbanken hat soviel Personal in Diensten, die sich in den theoretischen Gefilden und der Geschichte des Geldes auskennen oder auskennen müssten, wie keine andere Institution im EU-Bereich. Und sie bekommen seit einiger Zeit auch aus dem englischsprachigen Raum Andeutungen, dass die Lösung bei Gesell zu finden ist. Wenn das Kenntnisvolumen von der EZB als System nicht unterdrückt wurde oder noch wird und die Führung der EZB sich nicht bewusst für eine Methode entschieden hat, die einige Länder auf Kosten andere Euro-Länder bevorzugt, dann hätte sie eine Lösung wählen können, die allen Teilnehmer am Eurosystem Gerechtigkeit widerfahren lässt, ohne das Geldvolumen, das jetzt schon eine Bedrohung für die Preisniveaustabilität ist, weiter auszudehnen. Sie hätte nur einem Teil des Geldes, das jetzt in den Horten inaktiv liegt, Beine machen müssen. Dieser Weg steht der EZB immer noch offen. ²⁹

²⁸ Es ist möglich, dass ich am Anfang dieser Niederschrift meine Gedanken schon einmal auf diesen Komplex eingegangen bin. Eine Wiederholung kann aber nicht schaden.

²⁹ Ich hänge am Schluss einen Beitrag von Bearte Bockting zu diesem Thema, der in der Frankfurter Rundschau erschienen ist, an.

EU-Kommissionschefin von der Leyen prüft nun ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. Zu Recht?

Frau von der Leyen zeigt klare Haltung. Ich unterstütze sie darin aus voller Überzeugung. Als Hüterin der EU-Verträge muss sie den harten Schlag aus Karlsruhe parieren. Ich hoffe, dass Bundeskanzlerin Merkel sie darin unterstützt – am Mittwoch im Bundestag blieb sie jedoch, wie so oft, im Ungefähren.

TA: Ich habe zu wenige Äußerungen von Frau von der Leyen gelesen, um die Aussage zu der „klaren Aussage“ zu bestätigen oder zu widersprechen. Mein Eindruck ist, dass sie die Gelegenheit genutzt hat, um zu zeigen, dass sie nicht als Deutsche, sondern als Europäerin ihr Amt ausführt.

Aber hier ist dem scheidenden Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle zuzustimmen. Hier ein Ausschnitt aus einem Interview der ZEIT, Ausgabe 2020/21:

DIE ZEIT: „Wer könnte feststellen, dass sie (die Urteile) völlig verfehlt sind?“

Voßkuhle (in Bezug auf das Euro-Urteil): Manche, die unsere EZB-Entscheidung kritisch sehen, haben das schon zehn Minuten nach der Verkündung erkannt.

Die Zeit: Da spricht jetzt aber doch ein leichter Rochus auf die Medien ...

Voßkuhle: Nun, wenn eine Entscheidung 130 Seiten lang ist, aber der erste Blog-Beitrag veröffentlicht wird, noch während die Verkündung läuft, dann darf man schon fragen: Was ist das für eine Diskussionskultur?

Weiter mit der letzten Frage der HAZ an Martin Schulz:

Wie findet die Bundesregierung aus dem Dilemma heraus?

In erster Linie bedarf es eines kooperativen Dialoges zwischen dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof. Es muss klar werden, dass hier nicht die generelle Kompetenzordnung infrage gestellt wird, sondern dass es sich um einen juristischen Sonderfall handelt. Die Bundesregierung ihrerseits muss klarstellen, dass sie zum EU-Recht und zur Souveränität der EZB steht. Mit Zustimmung von Bundestag und Bundesrat muss sie eventuell eine ergänzende Protokollerklärung zum EU-Vertrag hinterlegen, in der sie die Unabhängigkeit der EU-Organe garantiert.

TA: Wichtig ist, dass aus dem „kooperativen Dialog“ der Gerichte durch politischen Druck und die Richterwahl nach Parteiengunst keine Kumpanei wird. Aber wenn Richter über ökonomische Fragen besser Urteile fällen soll, dann muss ihnen von der Wirtschaftswissenschaft ein besseres Wissen ohne Parteienfärbung und ohne Widersprüche vermittelt werden und die Politik muss klar die Grenzen der Kompetenz der EZB bestimmen und sich klar dazu äußern, ob die Reise zum vereinigten Europa im Zentralismus enden oder ob die Dezentrali-

tät und die Selbstorganisation der europäischen Gesellschaften gestärkt werden sollen.
Auch hier lasse ich eine Antwort von Andreas Voßkuhle aus dem gleichen ZEIT-Interview folgen:

ZEIT: Würden Sie denn sagen, dass die Autorität des Europäischen Gerichtshofs nach diesem Urteil gestärkt ist, das wie eine Ohrfeige wahrgenommen wurde?

Voßkuhle: Die Ohrfeigen-Metapher ist in den Medien sehr beliebt, die kommt nach fast jedem Urteil, daran haben sich alle gewöhnt. Aber Sie fragen nach der Autorität des Europäischen Gerichtshofs. Die sehe ich nicht als gefährdet an. Es ist völlig alltäglich, dass Gerichte nicht einer Meinung sind. Wir sind in intensivem Kontakt mit dem EuGH. Dass dieser Konflikt im Raum steht, ist allen bewusst, wir setzen uns seit vielen Jahren über die Kompetenzen der Europäischen Zentralbank auseinander. Und bislang haben wir ja alle Entscheidungen der Kollegen vom Gerichtshof akzeptiert. Der Präsident des EuGH hat deshalb die Dialogbereitschaft beider Gerichte noch jüngst ausdrücklich als einen "Meilenstein für die Vertiefung des Rechtsprechungsverbundes" gelobt. Ich sehe das genauso und hoffe, er bleibt nun auch bei seiner Meinung, wenn man dem Gerichtshof einmal nicht in allen Punkten folgt. Auch unsere jüngste Entscheidung ist ein Beitrag zum Dialog. Einige Formulierungen darin, das Wort "willkürlich" etwa, mögen dem Laien schroff erscheinen, Juristen wissen sie richtig einzuschätzen.

ZEIT: Ist Ihnen diese Entscheidung schwerer gefallen als andere?

Voßkuhle: Es gibt viele Entscheidungen, die uns als Verfassungsrichtern schwerfallen. Denken Sie etwa an das Urteil zur Sterbehilfe vor wenigen Wochen [<https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-02/sterbehilfe-urteil-palliativmedizin-suizid-medizin>], an die Entscheidung zum Europäischen Rettungsschirm oder an das NPD-Verbotsverfahren.

Ende der Kommentierung des HAZ-Interviews mit Martin Schulz MdB das am 15. Mai 2020 unter dem Titel „**Das Urteil schadet Deutschland**“ erschienen ist.

Schlussbemerkungen

Ich muss jetzt zu meiner Kette der Aneinanderreihung von Meldungen, Meinungen und Einsichten das Ende finden. Ich habe mir einen Stapel dicker Bücher neueren Datums hingelegt, die sich mit dem Problemkreis auseinandersetzen, den ich mich hier bemüht habe zu erfassen. Die Bücher wollte ich noch als Anregung für die Leser benennen, die ich mit diesem, meinem Text erreiche. Aber Bücher können nur ein Hilfsmittel bei der Arbeit sein, die geleistet werden muss, wenn unsere Gesellschaft, wenn Europa und die Welt in ein ruhiges, sicheren Fahrwasser der Entwicklung kommen soll. Und ehrlich gesagt, ich weiß nicht, wie

wir dieses Fahrwasser erreichen können. Sicher bin ich mir nur in der Einschätzung, dass wir von der Politik und den Gerichten keine besseren Entscheidungen erwarten können, wenn nicht eine Vielzahl von Bürgern zu neuen Einsichten kommt und wenn es uns nicht gelingt, die selbstverschuldete Unmündigkeit (Kant) zu überwinden. Weil ich jetzt überlegte, in welchem Zusammenhang Kant sich wohl so geäußert hat und es mir zu mühsam schien, in den ungelesenen Bänden der Kant-Werke zu suchen, die noch ungelesen bei mir im Bücherregal stehen, habe ich mich einer Suchmaschine im Netz bedient. Das Ergebnis: Die Universität Münster hat die Quelle bereitgestellt, die mir offenbart, was ich wissen wollte. Und weil ich den Text so gut finde, auch weil er uns sagt, was wir in der heutigen - nur scheinbar aufgeklärten – Zeit zu tun haben, gebe ich den Anfang des Textes hier wieder. Die Fortsetzung kann dann – wer will – im Netz lesen.

3.1.1. Aufklärung als Epochenbegriff

Quelle: Immanuel Kant, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? 1784

In einem Artikel der „Berlinischen Monatsschrift“ war 1783 beklagt worden, dass noch niemand diese so wichtige Frage zu beantworten versucht habe. Das provozierte zuerst Moses Mendelssohn zu einer Antwort und löste in der Folge eine Grundsatzdebatte aus. Die klassische Antwort Kants ist für das Verständnis des Aufklärungszeitalters bis heute prägend geblieben.

„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der EntschlieÙung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.

Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung freigesprochen (naturaliter majorenes), dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben; und warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so bequem, unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt u.s.w., so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nötig zu denken, wenn ich nur bezahlen kann; andere werden das verdrieÙliche Geschäft schon für mich übernehmen. Daß der bei weitem größte Teil der Menschen (darunter das ganze schöne Geschlecht) den Schritt zur Mündigkeit außer dem, daß er beschwerlich ist, auch für sehr gefährlich halte: dafür sorgen schon jene Vormünder, die die Oberaufsicht über sie gütigst auf sich genommen haben. Nachdem sie ihr Hausvieh zuerst dumm gemacht haben und sorgfältig verhüteten, daß diese ruhigen Geschöpfe ja keinen Schritt außer dem Gängelwagen, darin sie sie einsperreten, wagen durften, so zeigen sie ihnen nachher die Gefahr, die ihnen drohet, wenn sie es versuchen, allein zu gehen. Nun ist diese Gefahr

zwar eben so groß nicht, denn sie würden durch einigemal Fallen wohl endlich gehen lernen; allein ein Beispiel von der Art macht doch schüchtern und schreckt gemeiniglich von allen ferneren Versuchen ab. ...

<https://www.uni-muenster.de/FNZ-Online/wissen/aufklaerung/quellen/kant.htm>

-- TA --

Anhang:

Frankfurter Rundschau vom 1. 06. 2020 / Thema **Verschuldung**

Her mit den Negativzinsen



von Beate Bockting

Der Staat verteilt in der Corona-Krise Geld aus der Wundertüte. Dabei gibt es doch gar keinen Mangel an Liquidität. Was wir brauchen sind Negativzinsen - auch auf Bargeld. Sonst wird die Schuldenlast automatisch weiter steigen.

Ade Schuldenabbau – willkommen Neuverschuldung! Die Corona-Hilfspakete erscheinen wie eine Wundertüte. Alle freuen sich, dass der Staat Geld verteilt, und jeder will etwas davon abhaben.

Schon nimmt das Volumen staatlicher Schuldverschreibungen zu: hierzulande um 3,4 Prozent zum Vorjahr. Im gesamten Euroraum wurden im März und April 200 Milliarden Euro zusätzliche Staatsanleihen begeben. Diese neuen Kredite steuerten im April schon 2,3 Prozentpunkte zum Wachstum der Geldmenge M 3 bei.

Dabei gibt es doch gar keinen Mangel an Geld – im Gegenteil: Unternehmen und Private halten 6,8 Billionen Euro auf täglich fälligen Konten. Hinzu kommen noch über 1,3 Billionen Euro Bargeld. Die Sichteinlagen haben sich seit Februar um 479 Milliarden erhöht, der Bargeldumlauf um 55 Milliarden. Wofür? Wieso brauchen wir immer mehr Liquidität, wo doch die Wirtschaftsleistung abnimmt? Die wird im Euroraum voraussichtlich um 5,5 Prozent schrumpfen. Wie passt das zusammen?

Wir brauchen nicht mehr Geld. Die Crux liegt in der ungleichen Verteilung. Diejeni-

gen, die zu wenig Geld haben, müssen es sich bei denen leihen, die viel zu viel davon haben. In die Rolle des Zinszahlers oder des Zinsempfängers wird man meist schon hineingeboren. Die Chance, die Seite im Laufe des Lebens zu wechseln, nimmt ab in einem System, das auf der unaufhörlichen Ausweitung von Guthaben und Schulden beruht. Hinter der exponentiellen Zunahme von Vermögen und Schulden verbirgt sich die wachsende Ungleichheit.

Diese basiert auf positiven Zinsen und privatisierten Bodenrenten. Die Rendite der Staatsschulden liegt im Euroraum immer noch bei zwei Prozent und die staatlichen Zinszahlungen noch bei über 150 Milliarden Euro jährlich. Der weit höhere private Zinsdienst kommt noch obendrauf.

Bei der Fülle an Liquidität müssten die Zinsen weiter sinken! Dazu muss auch das Bargeld negativ verzinst werden. Bleiben die Kreditzinsen im Durchschnitt positiv, wird die Schuldenlast automatisch weiter steigen. Und wer zahlt die Zinsen? Wir, die Konsumenten und Steuerzahler, sind es doch selbst! Wir profitieren also von Negativzinsen! Da mag das Geschrei über die „Enteignung der Sparer“ noch so laut sein! Für die schuldenfinanzierten Coronahilfen und den europäischen Green Deal brauchen wir jetzt stärkere Negativzinsen!

Die Autorin ist stellvertretende Vorsitzende der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung.

<https://www.fr.de/wirtschaft/gastwirtschaft/gastwirtschaft-her-mit-negativzinsen-13795016.html>

www.inwo.de